

BESCHLUSS

des Bundesvorstands der FDP, Berlin, 13. Januar 2025

Ergänzende Beschlüsse zum Bundestagswahlprogramm 2025

I. Weltbeste Bildung für selbstbewusste Bürger	2
II. Wohlstand und Aufstiegschancen für die Zukunft schaffen	15
III. Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	30
IV. Für einen schlanken Staat, der funktioniert	63
V. Nachhaltigkeit, Innovation und Infrastruktur	70
VI. Freiheit, Sicherheit und Menschenrechte weltweit	88

I. Weltbeste Bildung für selbstbewusste Bürger

Ein Bildungsföderalismus auf der Höhe der Zeit

Wir Freie Demokraten fordern eine grundlegende Reform des Bildungsföderalismus, die einheitliche Standards und eine stärkere Rolle des Bundes in der Bildung möglich macht und in deren Rahmen die Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern so geändert wird, dass der Bund die nötigen Finanzierungsverpflichtungen übernehmen kann. Bis zur entsprechenden Umsetzung unterstützt der Bund in Ausnahmen im Rahmen der Kompetenzzuweisung des Grundgesetzes Vorhaben höchstens hälftig, der Länderanteil muss dem strikten Grundsatz der Zusätzlichkeit (also neuer Mittel) folgen. Darüber hinaus sollen Kooperationen zwischen dem Bund auch nur mit einem Teil der Länder ermöglicht werden. Wir wollen die Kultusministerkonferenz (KMK) als Entscheidungsgremium abschaffen und durch einen Bundesbildungsrat aus Wissenschaftlern, Praktikern, Eltern- und Wirtschaftsvertretern ersetzen. Schülerleistungen sind besser, wenn Schulen mehr Freiräume haben und nicht durch Bürokratie gelähmt werden. Wir setzen uns für Schulfreiheitsgesetze ein. Wir wollen unter Wahrung der bestehenden Finanzierungsverantwortung für Bildung einheitliche bundesweite Qualitätsstandards für Bildung von Kindern ab der Kita bis zum Schulabschluss schaffen. Durch einheitliche Abschlussprüfungen (Deutschland-Abitur) stellen wir die bundesweite Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen sicher. Wir setzen uns für moderne außerschulische Lernorte ein – beispielsweise sogenannte Schülerlabore, Maker Spaces und TUMO-Zentren.

Qualität der frühkindlichen Bildung stärken

Für uns Freie Demokraten gehört frühkindliche Bildung als erster Baustein der Bildungskette in die Zuständigkeit der Bildungsressorts. Wir wollen die Qualität der frühkindlichen Bildung in unserem Land durch bundeseinheitliche Kita-Qualitätsstandards erhöhen. Diese umfassen insbesondere einen bedarfsgerechten Betreuungsschlüssel, der pädagogische Arbeit, administrative Aufgaben und Ausfallzeiten einberechnet, den Abbau überflüssiger Bürokratie und den Einsatz von multiprofessionellen Teams zur Entlastung des Erziehungspersonals. So stellen wir verlässliche Betreuungszeiten und eine hohe Betreuungsqualität sicher. Die Fachberatung wollen wir stärken und als festen Bestandteil im System der Kindertagesbetreuung etablieren. Außerdem wollen wir die Kindertagespflege als weitere Säule der Kindertagesbetreuung stärken. Der MINT-Förderung wollen wir mehr Raum in der frühkindlichen Bildung einräumen und die Stiftung Kinder forschen stärken. Zudem wollen wir das letzte Kita-Jahr zu einem verpflichtenden Vorschuljahr ausbauen.

Ein Startchancen-Programm für Kitas

Wir Freie Demokraten wollen ein Startchancen-Programm für Kindertagesstätten initiieren. Auf Basis von wissenschaftlichen Kriterien wollen wir Kitas mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Kinder oder in Gebieten mit akutem Kita-Platz-Mangel gezielt über zehn Jahre unterstützen. Der Fokus liegt dabei auf den Vorläuferfähigkeiten für Lesen, Schreiben, Rechnen und auf der Persönlichkeitsentwicklung. Dazu wollen wir eine Qualifizierung und Sockelausstattung für Leitungstätigkeiten unabhängig von der Kitagröße. Mit einem Chancenbudget schaffen wir Experimentierräume zur Lösung regionaler Herausforderungen. Wir wollen das Programm wissenschaftlich begleiten und evaluieren.

Sprachkompetenzen frühzeitig fördern

Wir Freie Demokraten wissen: Sprache ist der Schlüssel zum Bildungserfolg. Nur wenn Sprachdefizite frühzeitig erkannt werden, können Kitas und Schulen erfolgreich entgegensteuern. Deshalb fordern wir bundesweit verpflichtende Sprachtests für alle Kinder im vierten Lebensjahr, auch wenn sie keine Kita besuchen. Wird dabei ein Förderbedarf festgestellt, soll eine verpflichtende Sprachförderung für mindestens zwei Jahre vor Beginn der Schulpflicht folgen. Zudem unterstützen wir die altersgerechte Vermittlung von Fremdsprachenkompetenzen und nicht-deutscher Muttersprache in Kitas durch entsprechende pädagogische Konzepte, soweit diese umsetzbar sind. Das regelmäßige Vorlesen und die Begeisterung für mehr Lese-Aktivität wollen wir auch durch den Einsatz von Ehrenamtlichen systematisch in Kitas verankern.

Fachkräftemangel in Kitas beheben

Wir Freie Demokraten wissen, dass frühkindliche Bildung maßgeblich von der hochwertigen Betreuung und Förderung gut ausgebildeter pädagogischer Fachkräfte abhängt. Zur Bekämpfung des Fachkräftemangels in Kitas wollen wir die pädagogische Aus-, Fort- und Weiterbildung grundlegend modernisieren: Indem wir die Erzieheraus- und Weiterbildung generell schulgeldfrei stellen und angemessen vergüten, und die Ausbildungskapazitäten der Länder erhöhen, ermöglichen wir mehr Menschen den Zugang zur Ausbildung. Wir modularisieren die Ausbildung, um die Ausbildungsqualität bundesweit auf ein hohes einheitliches Niveau anzuheben, anschlussfähige Entwicklungsoptionen zu ermöglichen und die einheitliche Anerkennung zwischen den Bundesländern zu garantieren. Durch berufsbegleitenden Spracherwerb wollen wir dringend benötigte zugewanderte Fachkräfte schnellstmöglich in Kitas einsetzen.

Weltbeste Lehrkräfte

Wir Freie Demokraten wissen: Eine Schule braucht exzellente Lehrkräfte. Mit attraktiveren Arbeitsbedingungen, einer praxisnahen Aus- und Fortbildung, einer leistungsorientierten Bezahlung und attraktiven Aufstiegsmöglichkeiten wollen wir mehr Freiräume im Lehrberuf schaffen. Multiprofessionelle Teams, beispielsweise IT-Kräfte, Sozialarbeiter, Schulpsychologen oder Verwaltungsassistenten, sollen sie im Schulalltag entlasten. Die Lehrausbildung wollen wir, auch für Ein-Fach-Lehrkräfte, bundesweit zu einem dualen Lehramtsstudium weiterentwickeln, das Theorie- und Praxisphasen eng miteinander verzahnt und künftig einen stärkeren Fokus auf digitale und KI-Kompetenzen legt. Die dualen Lehramtsstudierenden wollen wir frühzeitig in den Schulalltag integrieren, indem sie eigenverantwortlich Nachhilfe-, Vertiefungs- und Mentoring-Angebote durchführen. Eine bundesweite Mobilitätsgarantie soll es Lehrkräften vereinfachen, das Bundesland zu wechseln. Die Schulleitung wollen wir zu einer befristeten Führungsposition – nicht nur für Lehrkräfte – weiterentwickeln, denn sie ist die Schlüsselposition für die Ausrichtung einer Schule und die Integration von außerschulischen Akteuren wie Sportvereinen, Aufstiegs- und Berufsorientierungsprogrammen. Mit einer bundesweiten Schulleiterakademie wollen wir Schulleitungen besser für ihre Aufgaben qualifizieren und unterstützen.

Digitalpakt 2.0

Schule muss junge Menschen auf ein selbstbestimmtes Leben im digitalen Zeitalter vorbereiten. Deshalb fordern wir einen Digitalpakt 2.0 von Bund und Ländern, der die technische Ausstattung der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen weiter vorantreibt, Lehrkräfte flächendeckend durch IT-Administratoren entlastet, digitale Lehre konsequent in der Lehrkräfteaus- und -weiterbildung verankert und die neuen Kompetenzzentren für digitale Lehre verstetigt. Am Ende soll jeder Schüler, jede Schülerin und jede Fachkraft – unabhängig vom eigenen Geldbeutel – ein funktionierendes, digitales Endgerät nutzen können.

Campus für Bildungsinnovationen schaffen

Wir Freie Demokraten wollen KI-gestützte und adaptive Lernmethoden in den Schulalltag integrieren, indem wir analog zum GovTech Campus einen Campus für Bildungsinnovationen schaffen. Ein solcher Campus vernetzt Bundesländer und Kommunen mit innovativen Akteuren der Tech-Szene und der angewandten Forschung. So lassen sich die Hürden des Föderalismus überwinden, um gemeinsam Schulen zu digitalisieren und bundesweit einheitliche Voraussetzungen für digitale Bildung zu schaffen.

Lehrpläne mit zeitgemäßen Inhalten modernisieren

Wir Freie Demokraten wollen den Unterrichtsinhalten ein überfälliges Update verpassen. Die Lehrpläne müssen grundlegend überarbeitet werden, damit mehr Raum für wirtschaftliche und finanzielle Bildung, Entrepreneurship, MINT-Themen, erfahrbare Demokratie und Politik sowie Medienkompetenz entsteht. Wir fordern insbesondere die bundesweite Einführung der Schulfächer Wirtschaft und Informatik. In der Schule muss außerdem die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Formen von Menschenfeindlichkeit intensiviert werden. Dazu gehören der verpflichtende Besuch einer Holocaust-Gedenkstätte und einer Synagoge als Ort aktuellen jüdischen Lebens in Deutschland, die Auseinandersetzung mit der Geschichte Israels sowie die Thematisierung aller Formen des Antisemitismus. Wir wollen das Deutsch-Israelische Jugendwerk weiter vorantreiben, um den Jugendaustausch zu stärken. Zudem soll die Auseinandersetzung mit der Deutschen Teilung und dem DDR-Unrechtsregime durch den Besuch einer entsprechenden Gedenkstätte verpflichtend sein. Leistungswettbewerbe wie Jugend forscht oder Jugend debattiert wollen wir ausbauen und die Begabtenförderung an Schulen stärken. Die Bundesschülerkonferenz wollen wir weiter fördern.

Eigenverantwortliche Schulen braucht das Land

Wir Freie Demokraten wollen die Autonomie der Schulen stärken, denn die individuellen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler kennen die Lehrkräfte vor Ort am besten. Mit bundesweit einheitlichen Bildungsstandards und Abschlussprüfungen, der Beibehaltung bewährter Notensysteme sowie dem Erhalt des Gymnasiums orientieren wir uns an den besten Bildungseinrichtungen der Welt. Zum Erreichen dieser Ziele wollen wir den Schulen mehr pädagogische, personelle und finanzielle Kompetenzen einräumen. Dazu sollen alle ein frei einsetzbares Chancenbudget bestehend aus einem Sockelbetrag, Bildungsgutscheinen und einem Zuschuss aufgrund sozioökonomischer Herausforderungen erhalten. Im Rahmen dessen können die Schulen eigenständig über die Organisation der Bil-

derungselemente, ihr Schulprofil, den Einsatz multiprofessioneller Teams, aber auch über Personalentscheidungen und die Länge der gymnasialen Laufbahn (G8/G9) entscheiden. Deshalb setzen wir uns für Schulfreiheitsgesetze in den Ländern ein.

Mehr Wahlfreiheit durch schulübergreifende „digitale Interessen-Klassen“

Wir Freie Demokraten wissen, dass Kinder an Schulen mit größerer Gestaltungs- und Entscheidungsfreiheit bessere Leistungen erzielen. Deshalb wollen wir Schülerinnen und Schülern mehr individuelle Angebote machen – selbst dann, wenn die Schule vor Ort dazu nicht in der Lage ist. Dafür sollen digitale Schulverbünde mit sogenannten „digitalen Interessen-Klassen“ geschaffen werden, die von Schülerinnen und Schülern als reguläre schulische Leistung besucht werden können. Solche Online-Kurse bieten neue Experimentierräume für den Einsatz digitaler Lernangebote. Gerade Kinder im ländlichen Raum können hierdurch profitieren.

Förderung für Menschen mit Behinderung und Lernschwäche

Wir Freie Demokraten wollen Menschen mit Behinderung und Lernschwäche bestmöglich fördern. Die Wahlfreiheit zwischen Regelunterricht und speziellen Klassen beziehungsweise Schulen soll bei Eltern und ihren Kindern liegen. Wir setzen uns daher für den Erhalt der Förderschulen ein. Wir möchten dafür sorgen, dass jedes Kind das Bestmögliche aus seinen Potenzialen machen kann und gut auf ein möglichst selbstbestimmtes Leben vorbereitet wird. Für Menschen mit Behinderungen müssen in der beruflichen Bildung die Möglichkeiten für Qualifikationen erhalten und ausgebaut werden.

Exzellenzinitiative Berufliche Bildung 2.0

Wir Freie Demokraten wollen die Exzellenzinitiative Berufliche Bildung weiterentwickeln, um wieder mehr junge Menschen für die berufliche Bildung zu gewinnen. Dazu wollen wir die Berufsorientierung stärken. Dazu gehören vor allem Azubi-Botschafter, digitale Angebote, Frauen in MINT-Berufen und Männer in sozialen Berufen sowie die Jugendberufsagenturen. Zudem wollen wir ein berufliches Orientierungsjahr analog zum Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) schaffen, Maßnahmen im Übergangssystem zwischen Schule und Ausbildung bündeln und eine Investitionsoffensive in überbetriebliche Berufsbildungsstätten starten. Mit dem Ausbau von Stipendien der Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung (SBB-Stipendien) und den neu eingeführten Azubi-Stipendien stützen wir exzellente Azubis. Zur Stärkung der internationalen Berufsbildungsmobilität etablieren wir einen Deutschen Beruflichen Austauschdienst (DBAD). Das duale Studium und hybride Angebote beruflicher und akademischer Bildung stärken wir. Wir wollen das Potenzial der beruflichen Bildungszentren besser nutzen und diese zu regionalen Innovations- und Gründerzentren ausbauen.

Selbstbestimmte Bildungswege und berufliche Fortbildungen stärken

Wir Freie Demokraten wollen Weiterbildungen und den Wechsel zwischen ähnlichen Berufen erleichtern. Dazu werden wir vergleichbare Berufe nach Maßgabe der Sozialpartner in Berufsfelder zusammenfassen. Nach der generalistischen Ausbildungsphase folgt die Spezialisierungsphase, das Berufsprinzip bleibt erhalten. Das Aufstiegs-BAföG bauen wir zielgerichtet aus und ermöglichen die Förde-

rung einer zweiten Fortbildung auf derselben Stufe. Im öffentlichen Dienst soll die Anerkennung beruflicher Aus- und Fortbildungen und praktischer Erfahrungen verbessert werden. Die Anerkennung im Ausland erworbener Abschlüsse wollen wir beschleunigen und durchgehend digitalisieren.

Lebenschancen-BAföG für Bildung ein Leben lang

Wir Freie Demokraten wollen das berufs- und lebensbegleitende Lernen für alle attraktiver machen, denn angesichts des technologischen und demografischen Wandels gewinnt es zunehmend an Bedeutung. Neben der abschlussbezogenen Bildungsförderung möchten wir auch den Zugang zu kleineren, flexiblen Bildungszertifikaten erleichtern. Zur Finanzierung von Kursgebühren, bildungsbedingten Auszeiten und notwendiger Kinderbetreuung wollen wir ein neues „Lebenschancen-BAföG“ einführen. Ein persönliches Freiraumkonto soll das steuer- und abgabenfreie Ansparen für Weiterbildungsangebote und Bildungsauszeiten ermöglichen. Unbürokratische Bildungsgutscheine erhalten Menschen, denen der Zugang zu Bildung aufgrund finanzieller Hürden bislang verwehrt blieb. Hochschulen wollen wir durch den Abbau rechtlicher Hürden dazu befähigen, mehr akademische Weiterbildungsangebote anzubieten.

Mit „Erasmus“ die Welt entdecken

Wir Freie Demokraten wollen das europäische Erfolgsprogramm „Erasmus+“ weiterentwickeln. Der interkulturelle Austausch ist die beste Voraussetzung für Weltoffenheit und Dialog. Auch Schülerinnen und Schüler sollen künftig von „Erasmus+“ profitieren und unabhängig vom Einkommen der Eltern sechs Monate der Schulzeit im europäischen Ausland absolvieren können. Auch die Programme „Erasmus+“ und „Ausbildung Weltweit“ für Auszubildende wollen wir ausbauen. Analog zum Deutschen Akademischen Auslandsdienst (DAAD) braucht es einen Deutschen Beruflichen Austauschdienst (DBAD) für Auszubildende, Betriebe und Berufsschulen. Die Zahl der Programmländer wollen wir stetig ausweiten, unter anderem auf Großbritannien, die Schweiz, die Ukraine und andere EU-Beitrittskandidaten. Zudem wollen wir Lehrkräften mehr Auslandserfahrung ermöglichen.

Elternunabhängige Finanzierung von Studium und Ausbildung

Wir Freie Demokraten wollen, dass ein Studium nicht von den Voraussetzungen des Elternhauses abhängt. Deshalb wollen wir das BAföG zu einem elternunabhängigen Baukastensystem weiterentwickeln. Dieses setzt sich zusammen aus dem bisherigen Kindergeld bzw. Kinderfreibetrag, das künftig direkt an die Studierenden und Schüler ausgezahlt wird, weiteren Zuschusselementen des BAföG und einem monatlich anpassbaren, zinsfreien Darlehen, das erst bei gutem Einkommen und in begrenzter Höhe und Dauer zurückgezahlt werden muss. Das Bildungskreditprogramm, das Schüler und Studierende in fortgeschrittenen Ausbildungsphasen durch einen einfachen und zinsgünstigen Kredit individuell und flexibel unterstützt, wollen wir kurzfristig stärken und ausbauen. Darüber hinaus wollen wir das Bildungssparen attraktiv machen. Wenn Eltern und Großeltern für die Bildung ihrer Kinder und Enkelkinder vorsorgen wollen, soll dies steuerfrei möglich sein – ähnlich wie beim Altersvorsorgedepot.

Qualitätsoffensive für die Hochschullehre

Wir Freie Demokraten fordern eine Qualitätsoffensive für die Hochschullehre. Mittelzuweisungen des Bundes sollen künftig auch auf Basis qualitätsorientierter Kriterien erfolgen. Eine bundesweite Beratung soll Hochschulen und Lehrende bei didaktischen, technischen, datenschutz- und urheberrechtlichen Fragen zu digitaler Lehre unterstützen. Alle Förderprogramme des Bundes für die Verbesserung der Hochschullehre wie auch zur Forschungsfinanzierung sollen den Hochschulen grundsätzlich unabhängig ihrer Trägerschaft offenstehen. Wir wollen es Hochschulen unabhängig von ihrer Trägerschaft ermöglichen, nachgelagerte Studiengebühren in Form eines umgekehrten Generationenvertrags zu erheben. Das bedeutet, dass die Rückzahlung der Gebühren in Höhe und Dauer begrenzt ist und erst ab einem hinreichend hohen Einkommen anfällt. Die Gebühren fließen dabei direkt an die Hochschule und haben eine Zweckbindung zum Einsatz für die Lehre.

Von der Grundlage bis zum Transfer

Wir Freie Demokraten betrachten exzellente Grundlagenforschung als entscheidende Voraussetzung für Innovationen. Deshalb möchten wir den gesamten Forschungsprozess – von der Grundlagenforschung über die angewandte Forschung bis hin zum Transfer in die Privatwirtschaft – stärken. Dazu ist es notwendig, Bürokratie abzubauen, und Deutschland damit wieder zu einem attraktiveren Standort für Spitzenforscherinnen und Spitzenforscher zu machen – insbesondere durch kürzere Visawartezeiten. Die Kompetenzen für Innovationspolitik wollen wir in einem neu zu schaffenden Digitalministerium bündeln, Ausgründungen aus Forschungseinrichtungen verstärkt unterstützen, insbesondere auf Basis der Erfahrungen mit DATIpilot und der Bundesagentur für Sprunginnovationen (SPRIND). Private Investitionen möchten wir durch steuerliche Vorteile wie Forschungszulagen unterstützen.

Strategische und erfolgsorientierte Forschungspolitik

Wir fordern, dass die institutionelle Finanzierung sich stärker am Erfolg orientieren muss, um Exzellenz in unseren Forschungsinstitutionen zu fördern. Auch die Leitungen der Institutionen benötigen stärkere Anreize, ihr Management am institutionellen Erfolg auszurichten. Das setzt ein nationales System der Forschungsevaluierung von Hochschulen und außeruniversitären Forschungsinstitutionen voraus. Wettbewerbsverzerrungen wie zum Beispiel zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungsinstitutionen müssen beseitigt werden und die außeruniversitären Forschungsinstitutionen wieder stärker auf ihre ursprünglichen Aufgaben im Forschungssystem ausgerichtet werden. Strukturkonservierende, erfolgsunabhängige Dauerausstattungen und Dauerfinanzierungen müssen abgebaut werden. Um dies zu erreichen, bedarf es der Ausweitung der exzellenzorientierten Personalförderung nach dem Modell des ERC (European Research Council).

Bürokratieabbau für die Forschung

Wir Freie Demokraten wollen Deutschlands starkes Wissenschaftssystem entlasten. Die Unternehmen und der Staat in Deutschland investieren rund 3,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung. Dennoch bremsen Regulierung und Bürokratie viele Forscherinnen und Forscher aus. Deshalb wollen wir die Regulierung für das deutsche Forschungssystem abbauen, zum Bei-

spiel durch Privilegierungen im Bereich Datenschutz, beim Lieferkettengesetz, im Tierschutzrecht oder auch beim Vergabe- und Baurecht. Förderanträge wollen wir vereinfachen und stärker standardisieren und die Entscheidungsprozesse beschleunigen.

Zeitenwende in der Wissenschaft

Wir Freie Demokraten fordern eine Zeitenwende in der Forschung und Lehre. Wissenschaft lebt von einer offenen Debattenkultur und nicht von pauschalen Beschränkungen. Die Wissenschaftsfreiheit schützen wir vor Eingriffen von innen und außen. Deshalb fordern wir die Streichung der Zivilklauseln aus den Landeshochschulgesetzen und den Abbau dieser im Rahmen der Wissenschaftsfreiheit. Wir wollen eine europäische Defense Advanced Research Projects Agency (DARPA) nach amerikanischem Vorbild entwickeln, die sich auf den Technologietransfer zwischen Militär und Wissenschaft sowie auf die Förderung von Forschungsprojekten mit militärischen oder Dual-Use-Anwendungen konzentriert. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat uns gezeigt, dass wir unsere technologischen Stärken besser zum Schutz der Freiheit weltweit einsetzen müssen. Zudem fordern wir ein konsequentes De-Risking im Forschungsbereich nach kanadischem Vorbild.

Europa muss das Tech-Race gewinnen

Wir Freie Demokraten wissen, dass wir uns auch in der Wissenschaft in einem neuen Systemwettbewerb befinden. Deshalb benötigen wir in Europa und Deutschland eine klare Strategie für Forschung und Innovation, die auf Technologieoffenheit basiert. Wir wollen ein technologieoffenes Forschungsfreiheitsgesetz und damit in Deutschland durch starke Fusionsforschung Voraussetzungen für den Bau und Betrieb von Fusionskraftwerken schaffen, den hinderlichen Rechtsrahmen für Gentechnologie reformieren und die Stammzellenforschung stärken. Im Gesundheitsbereich wollen wir einen verstärkten Fokus auf neurodegenerative Erkrankungen wie Alzheimer und Parkinson sowie auf frauenspezifische Gesundheitsbereiche legen. Wegen der demografischen Entwicklung wollen wir auch die gerontologische Forschung besonders fördern. Deutschlands Spitzenposition in der physikalischen Grundlagenforschung und Quantenphysik wollen wir sichern. Diese Schwerpunkte wollen wir auch im 10. Europäischen Forschungsrahmenprogramm setzen.

Quantentechnologie fördern und nicht überregulieren

Quantentechnologie ist eine Schlüsseltechnologie der Zukunft, die enorme wirtschaftliche und wissenschaftliche Potenziale birgt. Wir Freie Demokraten fordern eine gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung in diesem Bereich, ohne durch übermäßige Regulierung den Fortschritt zu behindern. Deutschland muss sich als Innovationsstandort für Quantentechnologie etablieren, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Dabei braucht es eine ausgewogene Balance zwischen zielgerichteter Förderung und notwendiger Regulierung.

KI-Standort Deutschland stärken

Wir Freie Demokraten wollen Deutschland zu einem der stärksten Standorte für künstliche Intelligenz in der Welt machen. Der wichtigste Standortfaktor ist dabei die Verfügbarkeit von Trainingsdaten. Der europäische AI Act ist in der jetzigen Form kein Standortvorteil. Wir wollen ihn bei der nationalen

Umsetzung deutlich innovationsfreundlicher gestalten. Einen vereinfachten Zugang zu Forschungsdaten wollen wir über ein Forschungsdatengesetz rechtssicher ermöglichen.

Verfügbarkeit von Daten und Datenwerkzeugen verbessern

Der Zugang zu qualitativ hochwertigen Daten ist entscheidend für Künstliche Intelligenz und neue Geschäftsmodelle, den Aufbau von Start-ups und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Wir Freie Demokraten wollen das Teilen von Daten durch Anreize fördern und Hürden abbauen, die die Nutzung von Daten verhindern. Dazu gehört auch eine grundlegende Reform der Datengrundschutzverordnung auf europäischer Ebene sowie deren nationale Umsetzung. Wir stärken nationale und europäische Datenräume und erleichtern den Zugang zu öffentlichen Daten.

Standards und Normen vorantreiben

Digitalisierung bedeutet auch globale Vernetzung. Wir Freie Demokraten wollen international einheitliche technische Normen und Standards etablieren. So können Geräte und Systeme besser zusammenarbeiten, Unternehmen Kosten sparen und neue Märkte entstehen. Gemeinsame Standards helfen außerdem, innovativen Ideen schneller in Produkte und Dienstleistungen umzusetzen. Für uns ist die Mitarbeit an internationalen Standards und Normen ein wichtiger Teil einer innovationsfreundlichen Digital- und Wirtschaftspolitik. Daher unterstützen wir auch den Abschluss neuer EU-Abkommen für den grenzüberschreitenden Datenverkehr nach dem Vorbild des Abkommens mit Japan.

Gründungen aus der Wissenschaft vereinfachen

Wir Freie Demokraten wollen, dass Studierende und Wissenschaftler Technologietransfers einfach durch Gründungen umsetzen können. Deshalb setzen wir auf freien Zugang zu staatlich geförderter Forschung und fordern eine grundsätzliche Open-Access und Open-Data-Pflicht. Transfer- und Gründungsaktivitäten wollen wir als ausgleichendes Kriterium bei Tenure-Verfahren einführen. Für an öffentlichen Forschungsinstituten angestellte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wollen wir darüber hinaus einen gesetzlichen Anspruch auf ein Gründungssabbatical, eingegliedert in die sogenannten Transferbrücken, schaffen. Studierende sollen ihr Flexibilitätssemester regulär als Gründungssemester nutzen können. Die EXIST-Gründungsstipendien wollen wir ausbauen und für die berufliche Bildung öffnen. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir transfernahe Nebentätigkeiten von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern von der Genehmigungspflicht auf eine Anzeigepflicht senken.

Antisemitismus an Hochschulen und im Kulturbetrieb bekämpfen

Wir Freie Demokraten wollen eine aktive und lebendige Erinnerungs- und Gedenkkultur fördern. Dazu gehört auch die klare Positionierung gegen jeden Versuch der Verharmlosung und Relativierung der Shoah. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kulturpolitik des Bundes eine wirksame Strategie gegen Antisemitismus im deutschen Kunst- und Kulturbetrieb entwickelt und die Kulturförderung bezüglich der Verbreitung antisemitischer Stereotype in der deutschen Kunstszene sensibilisiert wird. Judenfeindliche Ausfälle wie beispielsweise auf der documenta fifteen dürfen sich nicht wiederholen. Die Länder wollen wir darin bestärken, an deutschen Hochschulen entschlossen gegen jegliche Form des

Judenhasses vorzugehen und Jüdinnen und Juden ein sicheres und unbeschwertes Umfeld an ihren Hochschulen zu garantieren. Gegenüber den Ländern wollen wir außerdem darauf hinwirken, Lehrinhalte zum Thema jüdische Geschichte, Religion und Kultur, die Wissensvermittlung über die Shoah und die historische Verantwortung Deutschlands sowie die aktive Auseinandersetzung mit dem Thema Antisemitismus in deutschen Bildungseinrichtungen zu stärken.

Die Freiheit der Kunst und Kultur ernst nehmen

Die Freiheit der Kunst ist elementarer Bestandteil von Meinungs- und Informationsfreiheit und ermöglicht vielfältigste Ausdrucksmöglichkeiten in Wort, Schrift, Bild und Ton. Kultur regt zur Reflexion an, sie formt Gemeinschaft, sie baut Brücken. Es ist unbestritten, dass staatliche Kulturförderung für deren Freiheit und deren Bestand unabdingbar ist. Staatliche Förderung darf jedoch nicht dazu führen, dass die Unabhängigkeit vom freien Markt gegen staatliche Kulturdirektion eingetauscht wird. Wir wollen der Kultur die Steine aus dem Weg räumen und sie unterstützen, ohne sie dabei inhaltlich zu lenken. Denn unsere Kultur wechselt nicht mit der Legislaturperiode, sondern nimmt ihren eigenen Verlauf.

Kulturpolitik auf Bundesebene nachhaltig verankern

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, Kultur als Staatsziel im Grundgesetz durch Aufnahme des Satzes „Der Staat schützt und fördert Kultur.“ festzuschreiben. Ein tief verankertes Selbstverständnis Deutschlands als Kulturnation würde durch diese Ergänzung des Grundgesetzes bekräftigt.

Kulturpolitik als zentrale Gesellschaftspolitik begreifen

Wir Freie Demokraten wollen den Zugang zu Kunst und Kultur erleichtern, durch Chancenbudgets Freiheit für Projektentwicklungen schaffen und durch Digitalisierung einen niedrighwelligen, inklusiven und zusätzlichen Nutzungsweg ermöglichen. Als Freie Demokraten sehen wir großes Transformationspotenzial im Kulturbereich für unsere Gesellschaft. Kreativität ist weder planbar noch geradlinig. Daher müssen wir dem Kultursektor die nötigen Freiräume und Werkzeuge an die Hand geben.

Vielfalt der Kultur in der Kulturpolitik leben

Wir Freien Demokraten wissen, dass die Stärke unserer Demokratie in der Vielfalt unserer Kultur liegt. Wir setzen uns daher für die Aufhebung der Unterscheidung von E- und U-Kultur ein. Der Popkultur, als einem unmittelbaren Teil unserer Kulturszene kommt dabei eine wichtige Rolle zu, denn sie ist mehr als Unterhaltung. Das kreative Potenzial der Popkultur ist Mainstream und Innovation in einem. Daher setzen wir uns für einen zeitgemäßen Kulturbegriff ein, der unter anderem das Design, die Comics, die Tattookunst und Games einschließt.

Kulturelle Bildung stärken

Wir Freie Demokraten streben die Festschreibung eines Anteils von zehn Prozent des jährlichen Budgets öffentlicher Kulturorganisationen für kulturelle Bildung an. Ziel dabei ist eine Stärkung einer kulturellen Bildung, die zunächst die Grundlage für einen Zugang zu Kultur als solcher ermöglicht. Das

kulturelle (Vermittlungs-)Angebot darf sich nicht nur auf Kinder und Jugendliche beschränken, sondern gilt für Menschen aller Altersgruppen und mit ganz unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft. Mit der Festschreibung eines Anteils von zehn Prozent des jährlichen Budgets öffentlicher und öffentlich geförderter Kulturorganisationen für kulturelle Bildung kann gewährleistet werden, dass das Kulturleben in Deutschland seine gesellschaftliche Relevanz behält.

Kultur inklusiv denken

Für die Freien Demokraten ist Inklusion der Dreiklang aus Teilhabe, Teilnahme und Teilhabe. Dieser Dreiklang ist dabei keine Frage von Zahlen, keine Frage von Mehrheiten oder Minderheiten. Inklusion ist heute aus dem gesellschaftlichen Diskurs nicht wegzudenken und berührt das Grundverständnis unseres Zusammenlebens, daher setzen wir uns dafür ein, dass Inklusion kein Nischenthema für die Kultur bleibt. Inklusiv Kulturangebote leisten einen großen Beitrag dazu, Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen zusammenzubringen. Daher setzen wir uns für Menschen mit Beeinträchtigungen im Kulturbereich ein. Die Bundeskulturpolitik kann hier durch gezielte Förderung und die Bereitstellung der richtigen Rahmenbedingungen beispielhaft vorangehen.

Talente altersunabhängig finden und fördern

Deutschlands Ressource der Zukunft ist die menschliche Kreativität. Wir Freie Demokraten wollen daher nicht nur Nachwuchs, sondern altersunabhängig Talente finden, fördern und Zugang zu allen kulturellen Sparten ermöglichen. Wir wollen die frühkindliche Bildung im künstlerisch-musischen Bereich stärken, Programme vergleichbar mit MINT aufsetzen und Lebensmodellförderungen anbieten, um Neu- oder Wiedereinstiege in allen Lebensphasen – im Einklang von Familie und Beruf – zu ermöglichen.

Gründungsoffensive im Bereich Kultur- und Kreativwirtschaft – Innovationen frei und digital denken

Wir Freie Demokraten fordern, auch kleineren Unternehmen und Soloselbstständigen der Kultur- und Kreativwirtschaft den Zugang zu Förderprogrammen zu ermöglichen. Förderanträge sollen so vereinfacht werden, dass sie auch ohne kostenintensive Unterstützung eines zertifizierten Beraters ausgefüllt werden können. Außerdem fordern wir ein „Innovationsprogramm für digitale Geschäftsmodelle“ für vor allem Freiberufler und Selbstständige (zum Beispiel Darsteller, Musiker, Schriftsteller u.a.), um langfristig Umsatzquellen zu erschließen.

Chancenbudgets statt eindimensionale Projektförderung

Als Freie Demokraten stehen wir für die Freiheit der Kunst. Um dies bestmöglich zu erreichen, wollen wir Chancenbudgets einführen, um Projekten das Fortbestehen bei Abweichungen oder Umrorientierungen vom ursprünglichen Plan zu ermöglichen. Mit Chancenbudgets sind Kreativschaffende in ihrer Ausübung freier. So können experimentelle Projekte gefördert werden, die neue Ausdrucksformen erforschen oder innovative Technologien und Methoden in der Kulturwirtschaft erproben.

Künstlersozialkasse

Wir Freie Demokraten sprechen uns für den Erhalt der Künstlersozialversicherung aus. Die Künstlersozialversicherung ist eine der tragenden Säulen der sozialen Absicherung vieler Kreativer, die wir erhalten und stärken wollen. Die Versicherten müssen sich auf das Leistungsversprechen verlassen können und zugleich muss für alle Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern mehr Transparenz und Effizienz geschaffen werden. Darüber hinaus müssen die Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Lage von Künstlerinnen und Künstlern verstetigt, beziehungsweise bei Bedarf evaluiert und neu angepasst werden.

Für ein modernes Urheberrecht

Das Urheberrecht vermittelt einen eigentumsähnlichen Schutz. Es entwickelt sich im Zuge der Digitalisierung zu einem Schlüsselrecht für die Schaffung kreativer Inhalte und muss gerade auch in der digitalen Welt gewährleisten, dass die Erträge aus der Verwertung kreativer Leistungen den Urhebern und weiteren Berechtigten zufließen. Wir Freie Demokraten wollen ein modernes Urheberrecht, das die berechtigten Interessen von Urhebern, Nutzern und Investoren berücksichtigt und sie zu einem angemessenen Ausgleich bringt. Wir wollen deshalb ein Urheberrecht, das einen einfachen Rechteewerb und die unbürokratische und transparente Beteiligung der Urheber und der weiteren Berechtigten an der Verwertung der Werke ermöglicht. Für die Verwendung von urheberrechtlich geschützten Werken in generativer KI oder zum Training von KI muss der Staat einen verlässlichen Rechtsrahmen und Rechtsicherheit für alle Beteiligten schaffen.

Modernes Urheberrecht statt Uploadfilter

Wir Freie Demokraten wollen die Pflicht zum Einsatz von Uploadfiltern abschaffen. Mit der EU-Urheberrechtsrichtlinie werden Plattformen, die keine Lizenz zur Verwendung urheberrechtlich geschützten Materials haben, faktisch verpflichtet, alle Inhalte vor der Veröffentlichung durch Nutzer auf mögliche Urheberrechtsverstöße zu überprüfen. Wegen der schiereren Masse an Inhalten wird dies nur durch Algorithmen möglich sein. Algorithmen dürfen aber niemals die Meinungs- oder Kunstfreiheit einschränken.

Kein Widerspruch – KI stärken, menschliche Kreativleistungen schützen

Als Freie Demokraten begrüßen wir Innovation und Fortschritt. Kern kreativen Schaffens ist die menschliche Kreativität – ganz gleich ob im Film-, Musik- oder Buchmarkt. Diese Arbeit wollen wir schützen und faire Vergütungen ermöglichen. Wir wollen die Möglichkeiten von KI entfesseln ohne kulturelle und mediale Vielfalt durch KI-Inhalte aufzuweichen. Diese brauchen einen eigenen rechtssicheren Rahmen innerhalb des Rechtskanons. Dies schließt Schutzlücken und reduziert Unsicherheiten.

Digitalisierung von Kulturdenkmälern

Wir Freie Demokraten fördern die Digitalisierung von Sammlungsbeständen, von Kulturdenkmälern, sowie der darstellenden Kunst. Dies geschieht zur Stärkung der kulturellen Bildung als niederschwelliges Angebot für die Öffentlichkeit, als auch zur Archivierung, für Forschung und Bildung. Digitale Geschäftsmodelle sowohl für die Kulturschaffenden und sonstigen Teilnehmenden sind zu unterstützen.

Erinnerungskultur als Basis zukünftigen Handelns stärken

Die wechselvolle Geschichte Deutschlands ist für uns Freie Demokraten Mahnung und Auftrag. Wir nehmen die Verantwortung von „Nie wieder“ ernst und möchten unsere vielen dezentralen Erinnerungsorte und Mahnmale stärken und so in die Lage versetzen, aktuelle und künftige Herausforderungen zu meistern. Technologischer und gesellschaftlicher Wandel haben die Aufgaben, insbesondere die Vermittlungsarbeit, verändert. Fachkräftemangel, marode Bauten sowie An- und Übergriffe bedrohen die tägliche Arbeit. Mit einem neuen Gedenkstättenkonzept und stärkerer forschungsbasierter Zusammenarbeit wollen wir dem Rechnung tragen.

Aufarbeitung der NS-Raubkunst und koloniale Sammlungsgüter wirksam verfolgen

Wir Freien Demokraten fordern, dass die während der Zeit des Nationalsozialismus geraubten Kunstwerke identifiziert, erforscht und deren ursprünglicher Eigentümer oder heutigen Erben ausfindig gemacht werden und „faire und gerechte Lösungen“ gemäß der Washingtoner Erklärung gefunden werden. Dazu fordern wir eine Reform der „Limbach Kommission“ und die Einrichtung einer unabhängigen Stiftung zur Aufarbeitung aller NS-Raubkunstverdachtsfälle in Museen mit Beteiligung des Bundes und mehr Geschwindigkeit bei Digitalisierung von Museumsbeständen. Ähnliche Kraftanstrengungen fordern wir auch bei Sammlungsgütern aus kolonialem Kontext mit dem Ziel, Partnerschaften auf Augenhöhe mit den Herkunftsgesellschaften zu etablieren oder zu vertiefen.

Stiftung Preußischer Kulturbesitz umfassend reformieren

Wir Freie Demokraten fordern den umfassenden Reformprozess der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Diesen Prozess organisieren gleichermaßen externe Experten, die Träger und Vertreter der Stiftung. Dabei sind die Empfehlungen des Wissenschaftsrates vorrangig zu berücksichtigen. Die einzelnen Einrichtungen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz müssen künftig in der Lage sein, eigenverantwortlich, publikumsorientiert und jeweils als sichtbar eigenständige Marke zu agieren.

Bundesarchiv fit für die Zukunft machen

Wir Freien Demokraten unterstützen das Bundesarchiv dabei, anvertrautes Kulturgut zu bewahren sowie aktiv an lebendiger Erinnerungskultur und demokratischer Teilhabe mitzuwirken. Wir wollen durch Digitalisierung und fachgerechte Aufbewahrung von Archivgut das Bundesarchiv zum digitalen Gedächtnis unserer Gesellschaft fortentwickeln. Hierzu gehört nicht nur die Standortentwicklung voranzutreiben, sondern auch das Bundesarchivgesetz sowie andere einschlägige Vorschriften zu modernisieren. Damit tragen wir neuen digitalen Arbeitsformen in der Verwaltung Rechnung und wenden den Verlust historisch bedeutsamer Informationen ab.

Blaubuch-Kultur aktualisieren und ausweiten

Wir Freie Demokraten fordern die Bestandsaufnahme national bedeutsamer Kultureinrichtungen von 2006 zu überarbeiten und auf alle 16 Bundesländer auszuweiten. Wir wollen im Anschluss prüfen, ob weitere kulturelle Leuchttürme vom Bund gefördert werden können. Vor fast 15 Jahren wurde das Blaubuch das letzte Mal überarbeitet und die entsprechenden Schlüsse daraus gezogen. Die Analyse muss aktualisiert und erweitert werden.

Auswärtige Kulturpolitik stärken

Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik das Bild Deutschlands und Europas in der Welt überaus positiv prägt und den interkulturellen Austausch stärkt. Daher wollen wir die Arbeit von Mittlerorganisationen wie dem Goethe-Institut und dem Institut für Auslandsbeziehungen weiter fördern und ihre digitalen Angebote ausbauen. Die freiwillige Zusammenarbeit der nationalen Kulturinstitute der EU-Mitgliedstaaten in Drittländern soll gefördert werden.

„European National Trust“ unterstützen

Wir Freie Demokraten fordern die Bundesregierung auf, die Gründung eines EU-weiten Kulturfonds nach dem Vorbild des „National Trust“ in Großbritannien zum Schutze des europäischen Kulturerbes auf EU-Ebene zu forcieren. Dieser Fonds soll als Dachorganisation die Gründung und Weiterentwicklung von sich für den Denkmalschutz engagierenden Organisationen fördern und diese EU-weit miteinander vernetzen. Langfristiges Ziel soll es sein, mit dem „European National Trust“ eine sich zu großen Teilen über Mitgliedsbeiträge, Einnahmen aus Eintritten und gewerblichen Betrieb selbst finanzierende Institution zu schaffen.

Kulturtourismus ausbauen

Wir Freie Demokraten wollen die touristische Infrastruktur, auch außerhalb der großen Metropolen, ausbauen. Wir wollen die erfolgreiche Entwicklung im deutschen Tourismus fortsetzen und so die kleinen und mittelständischen Unternehmen stärken. Die Position der Deutschen Zentrale für Tourismus soll gestärkt und somit das Auslandsmarketing intensiviert werden, um Deutschland und seine vielfältige Kultur durch gezielte, gemeinsame Maßnahmen bekannter zu machen. Die Metropolen ziehen als Magneten Touristen an, aber auch die „klassischen“ Sehenswürdigkeiten, wie zum Beispiel die UNESCO-Kulturerbestätten, sind Leuchttürme der touristischen Vermarktung. Der Kulturtourismus ist ein wichtiger Faktor für den Erhalt deutscher Kulturgüter. Altstädte, Burgen und Schlösser werden durch den Tourismus gestärkt. Durch die Einnahmen aus dem Tourismus stehen zusätzliche Mittel zur Erhaltung der Substanz zur Verfügung, sodass sich die Kulturgüter als Anlaufpunkt für Touristen erhalten lassen.

II. Wohlstand und Aufstiegschancen für die Zukunft schaffen

Bürokratiefreies Jahr

Wir Freie Demokraten wollen ein bürokratiefreies Jahr, in dem Unternehmen keine Berichtspflichten erfüllen müssen. Aktuell müssen Unternehmen viele Berichten mit oft ähnlichen Daten abgeben, was unnötig Aufwand verursacht – verstärkt durch papierbasierte Verfahren. Da strukturelle Reformen im normalen Betrieb erheblich schwieriger umzusetzen sind, sollen in einem Jahr ohne Berichtspflichten die Verfahren vollständig digitalisiert und vereinfacht werden – auf Seiten der Unternehmen und der Verwaltung. Zum Beispiel soll künftig ein besserer Informationsfluss verhindern, dass unterschiedliche Behörden dieselben Daten abfragen. Außerdem sollen Unternehmen regelmäßig Daten unkompliziert in einem Online-Portal auf den neuesten Stand bringen dürfen statt immer wieder vollständig neue Berichte abzugeben. Ein solches Jahr würde nicht nur kurzfristig entlasten, sondern auch dauerhaft durch effizientere Prozesse.

Sofortiges Moratorium zum Stopp aller neuen Regulierungen

Wir Freie Demokraten fordern ein sofortiges dreijähriges Moratorium für Bürokratie: In dieser Zeit dürfen keine neuen Regularien beschlossen werden, die für Unternehmen zu neuen bürokratischen Belastungen führen, es sei denn, sie sind vorher in gleichem Umfang abgebaut worden. Wir konzentrieren uns stattdessen voll auf den Abbau von Regulierungen, die nicht dringend benötigt werden. Neue Gesetzesvorhaben müssen entweder – wie das Bundestariftreuegesetz – ganz entfallen oder, wo eine Umsetzung von EU-Recht in nationales Recht erforderlich ist, so ausgestaltet sein, dass Bürokratie und Regulierung durch das Vorhaben sinken und keinesfalls steigen. Das deutsche Lieferkettengesetz wollen wir abschaffen und die europäische Regulierung so spät und so schlank wie möglich umsetzen, unterstützen aber auch hier eine vollständige Abschaffung. Solange die Berichtspflichten aus dem EU-Lieferkettengesetz, der Taxonomie und der Nachhaltigkeitsberichterstattung bestehen, muss die Erfassung dieser Berichtspflichten zusammengefasst und digital durch die EU ermöglicht werden.

Entrümpelung des Bundesrechts

Wir Freie Demokraten wollen eine echte Entrümpelung des Bundesrechts. Nur durch eine kontinuierliche Bereinigung und Konsolidierung des Rechts schaffen wir eine Grundlage, die Bürokratie abbaut, Handlungsspielräume erweitert und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands stärkt. Wir fordern eine umfassende und systematische Rechtsbereinigung, um veraltete, widersprüchliche und unnötig komplexe Gesetze abzuschaffen. Wir wollen außerdem verstärkt von dem Instrument Gebrauch machen, Gesetze zeitlich zu befristen. Zudem müssen wir in Deutschland verstärkt und themenübergreifend mit Genehmigungsfiktionen und Stichtagsregelungen arbeiten. Wenn eine Behörde nicht innerhalb eines bestimmten Zeitraums auf einen Antrag reagiert, muss der Regelfall künftig die automatische Genehmigung sein. Wir wollen Bürokratie-Monster wie zum Beispiel die Bonpflicht abschaffen. Das Arbeitsrecht muss entschlackt werden und Dokumentationspflichten beim Mindestlohn sollten vereinfacht und auf das Monatsende verlegt werden. Arbeitgebern wollen wir die Möglichkeit einräumen, die Pflicht zur Aufzeichnung der Arbeitszeit den Beschäftigten verbindlich zu übertragen. Die elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung wollen wir praxistauglicher machen, indem diese

künftig proaktiv von der Krankenkasse an den Arbeitgeber weitergeleitet wird. Digitale Arbeitsverträge müssen in allen Branchen möglich sein.

Genehmigungs- und Anerkennungsverfahren zentralisieren

Wir Freie Demokraten wollen zentrale digitale Anlaufstellen für wirtschaftsrelevante Genehmigungen schaffen und die Verfahren zur Fachkräfteanerkennung vereinfachen. Die momentane dezentrale und komplexe Organisation beansprucht wertvolle Ressourcen in den Unternehmen und hemmt die Wettbewerbsfähigkeit. In Bereichen wie in der Pflege schlagen wir vor, bei Ländern mit hoher beruflicher Anerkennungsquote Kompetenzen auch direkt zu vermuten, statt auf langandauernde Prüfungen zu bestehen. Damit ermöglichen wir dynamische und schnelle Entscheidungen. Unternehmen können sich wieder auf ihr Kerngeschäft konzentrieren.

Garantierter Bürokratieabbau durch das „One in, two out“-Prinzip

Wir wollen für jede neue Regelung doppelt so viele bestehende Vorschriften abbauen, sowohl national als auch auf EU-Ebene. Jedes Gemeinwesen braucht Regeln. Doch unser Staat regelt inzwischen mehr, als er verwalten kann. Der über Jahrzehnte angewachsene Bürokratieaufschwung schwächt das Land und bremst die wirtschaftliche Entwicklung aus. Neben weiteren gezielten Entlastungsmaßnahmen wollen wir ein Jahresbürokratieabbauentlastungsgesetz einführen, um jährlich veraltete Vorschriften zu identifizieren und abzubauen und um die auf europäischer Ebene notwendige Trendwende beim Bürokratieabbau auch im nationalen Recht zu begleiten.

Weniger Bürokratie aus Brüssel – überfällige Trendwende einleiten

Wir Freie Demokraten wollen die Nachweis- und Berichtspflichten für Unternehmen auf ein notwendiges Minimum reduzieren. Doch europäische Maßgaben konterkarieren nationale Anstrengungen zum Bürokratieabbau. Deutschland muss daher in der EU die Abschaffung der zusätzlichen Berichts- und Nachweispflichten aus dem „Green Deal“ bewirken. Wir wollen in Brüssel eine Initiative starten, die auf die Abschaffung der EU-Taxonomie, der EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (Corporate Sustainability Reporting Directive, CSRD), der EU-Lieferkettenrichtlinie (Corporate Sustainability Due Diligence Directive, CSDDD) und des Aktionsplans für Kreislaufwirtschaft zielt. Die EU-Kommission muss es kurzfristig ermöglichen, mindestens die sehr ähnlichen Berichtspflichten der Taxonomie, des CSRD und der CSDDD in einem digitalen Meldeportal zusammenzufassen. Die Erweiterung der bestehenden Taxonomie um eine Sozial-Taxonomie lehnen wir strikt ab. Es muss auf europäischer Ebene klargemacht werden, dass Deutschland nur eine drastische Reduktion der Bürokratie und Regulierungen akzeptiert. Die nationale Übererfüllung von EU-Recht, lehnen wir ab.

Nationale Folgekosten europäischer Gesetzgebung begrenzen

Wir Freie Demokraten wollen die Kosten der europäischen Gesetzgebung, die auf nationaler Ebene anfallen, begrenzen. Das gelingt, indem die EU das Subsidiaritätsprinzip stärker achtet und mehr Regelungen den nationalen Gesetzgebern überlässt. Wir wollen verhindern, dass der deutsche Gesetzgeber bei der Umsetzung von EU-Richtlinien mehr regelt als nötig und so Bürgern und Unternehmen unnötige bürokratische Lasten auferlegt. Deshalb muss es ein striktes Gold Plating-Verbot geben, das

heißt: Europäische Richtlinien dürfen nur 1:1 in deutsches Recht umgesetzt werden. Nationale Überregulierungen, die bereits in der Vergangenheit eingeführt wurden, wollen wir rückabwickeln. Es braucht eine Rückbesinnung auf das nach EU-Recht zwingend Notwendige. Außerdem fordern wir einen Parlamentsvorbehalt gegenüber der Bundesregierung für Legislativvorschläge der EU, die hohe Folgekosten auf nationaler Ebene nach sich ziehen.

Für eine faire und leistungsfreundliche Besteuerung

Wir Freie Demokraten wollen stufenweise einen linear-progressiven Chancentarif in der Einkommensteuer einführen, der den Mittelstandsbauch vollständig beseitigt. Den Grundfreibetrag wollen wir im Zuge der Bürgergeldreform schrittweise um mindestens 1.000 Euro anheben. Damit stärken wir das Lohnabstandsgebot, also dass es Menschen mit Erwerbsarbeit deutlich besser gehen muss als mit Transfereinkommen, und stellen sicher, dass sich Arbeit lohnt. Um zusätzliche Arbeitsanreize zu schaffen, wollen wir Zuschläge für Überstunden bei Vollzeitarbeit von der Lohnsteuer befreien. Der Spitzensteuersatz darf künftig nur noch von Menschen gezahlt werden, die auch wirklich spitzenmäßig verdienen, und nicht schon von der Mitte der Gesellschaft. Konkret fordern wir, dass sich der Spitzensteuersatz künftig an der aktuellen Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung orientiert. Damit greift der Spitzensteuersatz nicht mehr schon ab einem Jahreseinkommen von gut 68.000 Euro, sondern erst ab 96.600 Euro. Darüber hinaus wollen wir den Solidaritätszuschlag vollständig abschaffen. Denn er hat sich mittlerweile zu einer Strafsteuer für den Mittelstand entwickelt. Damit der Staat nicht zum Profiteur von Inflation und die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht Opfer der kalten Progression werden, wollen wir die Freibeträge und Eckwerte der Einkommensteuer automatisch an die allgemeine Preisentwicklung anpassen (Tarif auf Rädern). Das Ehegattensplitting hat sich als verfassungsgemäße Ausgestaltung einer gerechten Besteuerung von Ehepaaren unabhängig von der jeweiligen Einkommensverteilung bewährt. Die ökonomische Freiheit von Frauen stärken wir durch bessere steuerliche Regelungen, insbesondere durch die Abschaffung der Steuerklassen 3 und 5, für die wir uns weiterhin einsetzen. Familien und Alleinerziehende wollen wir stärker entlasten, indem wir die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten und gesetzlichen Unterhaltsleistungen verbessern. Wir lehnen jede Form einer Vermögenssteuer oder Vermögensabgabe ab.

Wettbewerbsfähige Unternehmenssteuern für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft

Wir Freie Demokraten wollen unternehmerische Gewinne mit maximal 25 Prozent besteuern und Doppelbesteuerungen konsequent vermeiden, damit Unternehmen international keinen Wettbewerbsnachteil haben. Dazu schaffen wir den Solidaritätszuschlag vollständig ab und senken die Körperschaftsteuer. Wir wollen künftig Reingewinne statt Scheingewinne besteuern, indem wir Hinzu-rechnungstatbestände konsequent abschaffen. Die Ungleichbehandlung von Eigenkapital- zu Fremdkapitalverzinsung wollen wir beenden, indem wir die steuerliche Absetzbarkeit fiktiver Eigenkapitalzinsen einführen. Um gerade innovative und risikobereite Unternehmen zu unterstützen, brauchen wir einen unbeschränkten Verlustvortrag und eine weitere Ausweitung des Verlustrücktrags. Liquidationsverluste wollen wir steuerlich berücksichtigen. Wir wollen steuerliche Hindernisse bei der Umstrukturierung und Sanierung von Unternehmen beseitigen. Dazu wollen wir die Vorfälligkeit bei der Abführung von Sozialversicherungsbeiträgen wieder rückgängig machen. Zudem wollen wir Sonderabschreibungen für bewegliche Wirtschaftsgüter und Immobilien angelehnt an das frühere Fördergebietsgesetz in den Blick nehmen. Hierbei könnten beispielsweise Sonderabschreibungen auf die Investitionskosten im ersten Jahr gewährt werden, um Unternehmen einen unmittelbaren Anreiz zu

bieten, in Infrastruktur, Produktionsanlagen oder Gewerbeimmobilien zu investieren. Daraus kann ein echter Investitionsboom entstehen.

Steuervereinfachung und Entlastung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sowie Familienunternehmen

Wir Freie Demokraten wollen die Besteuerung vor allem für kleine und mittlere Unternehmen und Familienunternehmen einfacher machen und sie dadurch entlasten. So sollen mehr Unternehmen als bisher die Möglichkeit zur Ist-Besteuerung bei der Umsatzsteuer und zur vereinfachten Gewinnermittlung erhalten. Kleinunternehmen erhalten ein Wahlrecht auf Abzug einer prozentualen Betriebsausgabenpauschale. Wir erhöhen die Sofortabschreibungsgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter und erweitern die Sammelabschreibung für Wirtschaftsgüter, deren Wert über der Sofortabschreibungsgrenze liegt. Gastronomische Angebote müssen bezahlbar bleiben. Ein reduzierter Umsatzsteuersatz für Speisen in der Gastronomie gilt in 23 EU-Mitgliedstaaten und sollte auch in Deutschland gelten. Ein einheitlicher Umsatzsteuersatz von sieben Prozent auf Speisen, egal ob vor Ort oder zum Mitnehmen, würde nicht nur den Kunden, sondern auch den Beschäftigten in der Gastronomie zu Gute kommen. Wir Freie Demokraten wollen den Katalog der Umsätze zum ermäßigten Steuersatz vereinfachen und entbürokratisieren.

Fortbestand von Familienunternehmen, Handwerk und Mittelstand sichern

Die Existenz von Unternehmen darf nicht durch die Erbschaft- und Schenkungssteuer gefährdet sein. Wir fordern, dass die Freibeträge automatisch um die Inflationsrate erhöht werden. Nur so bleibt die durchschnittliche Steuerlast auf Schenkungen und Erbschaften bei steigenden Preisen konstant. Unternehmen, die sich dauerhaft für die Thesaurierung ihrer Gewinne entscheiden, wollen wir mit einer neuen Rechtsform von Bürokratie und steuerlichem Erklärungsaufwand entlasten.

Bagatellsteuern abschaffen

Wir Freie Demokraten wollen Bagatell- und Lenkungssteuern, zum Beispiel auf Bier und Kaffee, ersatzlos streichen. Diese Steuern bringen wenig Geld für den Staat, kosten aber Steuerpflichtige und die Finanzverwaltung viel Zeit.

Eine grundlegende langfristige Steuerreform

Wir Freie Demokraten streben an, die Besteuerung von Unternehmen und Privatpersonen praxistauglich zu modernisieren. Wir wollen bereits vorliegende Expertenvorschläge umsetzen und das deutsche Steuerrecht entbürokratisieren, die Gewerbesteuer durch eine international systemtaugliche Alternative ersetzen und Einkünfte aus Kapitalvermögen und aus Vermietung und Verpachtung einfacher besteuern.

Steuererklärung vereinfachen

Wir Freie Demokraten streben an, möglichst vielen Arbeitnehmern, Rentnern und Pensionären die Abgabe einer Einkommensteuererklärung zu ersparen bzw. so einfach wie möglich zu machen. Deshalb wollen wir unser Konzept einer „Easy Tax“, die einer vorausgefüllten Steuererklärung für viele

Steuerzahler vorsieht, konsequent weiterverfolgen und weiterentwickeln. Das gelingt unter anderem durch eine vollautomatisierte Veranlagung und eine Rentenabzugsteuer. Eine großzügige Arbeitsstapauschale ersetzt und vereinfacht die bisherigen Regelungen zum häuslichen Arbeitszimmer, zur Homeoffice- und Entfernungskostenpauschale.

Steuerverfahren für Bürger und Unternehmen vereinfachen und entbürokratisieren

Wir Freie Demokraten wollen Steuerverfahren einfacher und schneller machen. Ein risikobasierter Ansatz entlastet die Finanzverwaltung und konzentriert den Ressourceneinsatz auf die wirklich wichtigen Fälle. Wir bauen Dokumentations- und Nachweispflichten im internationalen Unternehmenssteuerrecht ab. Das europäische Mindestmaß bietet bereits einen ausreichenden Schutz gegen missbräuchliche Steuergestaltungen. Mehr Stichproben sind eine effektivere Alternative zu den ausufernden Berichts- und Dokumentationspflichten, die in den Unternehmen viel Zeit und Kapital binden. Behörden sollen sich darauf konzentrieren, bei tatsächlichen Fehlentwicklungen einzugreifen, anstatt misstrauisch viele ordnungsgemäß ablaufende Routinefälle zu prüfen. Wir wollen die Kultur des Misstrauens überwinden.

Steuerausfälle durch Finanzkriminalität und Schwarzarbeit konsequent bekämpfen

Wir Freie Demokraten wollen Steuerbetrug, andere Finanzkriminalität und Schwarzarbeit konsequent bekämpfen, unter anderem durch den Aufbau schlagkräftiger Strukturen zur Bekämpfung von Finanzkriminalität und eine Stärkung des Zolls, insbesondere der Zollämter vor Ort. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit gegenüber den ehrlichen Steuerzahlern. Wir setzen uns zudem für wirksame und praktikable Regeln auf europäischer und nationaler Ebene ein, die sicherstellen, dass importierte Waren auf großen Online-Plattformen angemessen verzollt und versteuert werden.

Vermögensaufbau fördern – steuerfreies Aufstiegsvermögen einführen

Wir Freie Demokraten wollen steuerliche Hemmnisse für den privaten Vermögensaufbau beseitigen und dadurch insbesondere die private Altersvorsorge unterstützen. Wir wollen Aufstieg durch Aktien für alle möglich machen. Damit mehr Menschen vom internationalen Kapitalmarkt profitieren, führen wir das steuerfreie Aufstiegsvermögen ein, indem die Sparer nicht ausgeschöpfte Sparer-Freibeträge auf die nachfolgenden Jahre übertragen können, der Freibetrag einmalig deutlich erhöht und zudem dynamisiert wird. Durch die Wiedereinführung einer Spekulationsfrist für Aktiengewinne unterstützen wir die langfristige Kapitalanlage zur Altersvorsorge. Zudem wollen wir die Verlustverrechnungsbeschränkung innerhalb der Abgeltungsteuer vollständig abschaffen. Eine Finanztransaktionssteuer lehnen wir ab.

Stärkung der Aktienkultur

Wir Freie Demokraten wollen Deutschland von einem Land der Sparer zu einem Land der Aktionäre machen. Dadurch nutzen Privatanleger die Renditechancen des Kapitalmarkts für ihre private Altersvorsorge. Dazu bedarf es einer Kultur des langfristigen Investierens. Wir wollen eine nationale Finanzbildungsstrategie, um die finanzielle Bildung in der Breite der Gesellschaft zu verbessern, beispielsweise durch ein bundesweites Pflichtfach an allgemeinbildenden Schulen. Wir setzen uns für

attraktive Anlagebedingungen für Kleinanleger ein. Auch das Nebeneinander von Honorar- und Provisionsberatung wollen wir deshalb bewahren.

Mitarbeiter- und Gewinnbeteiligungen vereinfachen und attraktiver machen

Wir Freie Demokraten wollen den Freibetrag für Mitarbeiterkapitalbeteiligungen erhöhen und (die Nutzung des Freibetrags) mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugänglich machen. Zudem sollte auch ein Aufschub von Sozialversicherungsbeiträgen eingeführt werden. Perspektivisch wollen wir Mitarbeiterkapital- und Gewinnbeteiligungen vereinfachen, indem wir eine rechtssichere Beteiligungsform schaffen – ohne gesellschaftsrechtliche Einflüsse wie einem Stimmrecht, ohne eine notarielle Beglaubigungspflicht und die als Kapitalertrag besteuert wird.

Aktienrechtliches Spruchverfahren reformieren

Wir Freie Demokraten wollen das aktienrechtliche Spruchverfahren handhabbarer machen. Der Mehrheitsvergleich soll zugelassen werden. Eine Abfindung sollte auch in Aktien möglich sein. Auch bei der übernehmenden Gesellschaft eines Umwandlungsvorganges sollte das Spruchverfahren zugelassen werden. Damit Vergleiche im Spruchverfahren nicht durch einzelne Aktionäre blockiert werden können, um auf diesem Wege das Unternehmen unter Druck zu setzen, sollte der Mehrheitsvergleich zugelassen werden. Eine Abfindungsmöglichkeit in Aktien verhindert die teilweise Aufdeckung stiller Reserven (pro rata) bei einer Barabfindung der Aktionäre, die zu erheblicher Steuerbelastung der Unternehmen führen kann. Die Zulassung des Spruchverfahrens bei der übernehmenden Gesellschaft verhindert, dass einzelne Aktionäre Strukturmaßnahmen mit der Anfechtungsrüge blockieren können.

Privates Kapital mobilisieren

Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass eine Wirtschaftswende in Deutschland nur gelingen kann, indem wir das Ökosystem für privates Kapital stärken und so die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft fördern. Wir müssen steuerliche Rahmenbedingungen für private Investoren in Deutschland verbessern, wie mit der WIN-Initiative vorgeschlagen. Um die Abwanderung privater Kapitalgeber und institutioneller Investoren in das Ausland zu verhindern, braucht es konkurrenzfähige Rahmenbedingungen für Investitionen in Start-ups und Wachstumsunternehmen. Wir wollen daher die Kapitalmarktunion vertiefen, denn sie ist ein Booster für private Investitionen. Die notwendige Integration des Kapitalmarkts gelingt durch eine besser abgestimmte Finanzaufsicht, eine zusätzliche Harmonisierung des Insolvenzrechts und einen einfacheren Regulierungsrahmen. Dabei wollen wir bankbasierte Unternehmensfinanzierungen klüger mit dem Kapitalmarkt verbinden. Neben einem attraktiven Steuersystem und einer unbürokratischen Verwaltung gehört für uns dazu, private Kapitalgeber stärker über Öffentlich-Private-Partnerschaften in öffentliche Infrastrukturprojekte einzubinden. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Kooperation mit einer fairen Verteilung von Nutzen, Kosten und Risiken einhergeht.

Bankenunion vertiefen

Wir Freie Demokraten wollen die Bankenunion in der EU weiter vertiefen, weil wir ein leistungsfähiges grenzüberschreitendes Bankensystem brauchen, um das Kapital dort einzusetzen, wo es am sinnvollsten ist. Als Freie Demokraten haben wir die Einführung einer Europäischen Einlagensicherung (EDIS) stets kritisch gesehen. EDIS würde keinen Zusatznutzen für die Finanzstabilität bringen, sondern die besonders bewährten Sicherungssysteme der Sparkassen und Volksbanken in Deutschland gefährden. Eine etwaige Unterstützung des europäischen Abwicklungsfonds für die nationalen Einlagensicherungssysteme lehnen wir nachdrücklich ab. Wir wollen die bevorzugte Behandlung von Staatsanleihen bei der europäischen Regulierung von Banken und Versicherungen schrittweise beenden und durch marktorientierte Ansätze ersetzen.

Zeitgemäße Finanzmarktregulierung

Wir Freie Demokraten stehen für eine zeitgemäße Finanzmarktregulierung, die zunehmend die Wettbewerbsfähigkeit in den Blick nimmt, und für eine Aufsicht, die effektiv und effizient private Gläubigerinnen und Gläubiger schützt, systemische Krisen verhindert und den Marktteilnehmern ein „Level Playing Field“ sicherstellt. Wir wollen das Aufgabenspektrum der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) um die Finanzplatzförderung erweitern, um FinTech- und Kryptoinnovationen besser zu unterstützen. Wir wollen prüfen, ob die bestehende Regulierung verhältnismäßig ist und sowohl die Wettbewerbsfähigkeit als auch die Schutzinteressen angemessen berücksichtigt. Auch hier wollen wir vermeiden, dass die Regelungen in Deutschland über die europäischen Mindestanforderungen hinausgehen.

ETFs auf Kryptowährungen ermöglichen

Wir Freie Demokraten begrüßen die Entwicklung von Kryptowährungen und Digital Ledger Technologie und setzen uns für die Zulassung von Krypto-ETFs ein. Dafür müssen auf europäischer und nationaler Ebene die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Privatanleger erhalten dadurch einen seriösen Zugang zu dieser Anlageklasse ohne zusätzliche Bonitätsrisiken. Krypto-ETFs stärken zudem Europa als Krypto- und Börsenstandort. Wir sind offen dafür, dass die Europäische Zentralbank und die Deutsche Bundesbank Kryptowährungen wie Bitcoin als Währungsreserven verwenden. Das kann die Resilienz des europäischen Währungssystems stärken.

Potenziale von Versicherungen und Pensionsfonds konsequent nutzen

Wir Freie Demokraten wollen, dass Kapitalsammelstellen wie Versicherer und Pensionsfonds stärker in Aktien und Venture Capital als bislang investieren können. Zudem fordern wir die Etablierung eines offenen und transparenten Datenökosystems im Versicherungsbereich („Open Insurance“). Das stärkt die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der Versicherungsbranche.

Bargeld als Zahlungsmittel bewahren

Wir Freie Demokraten stehen für den Erhalt des Bargelds. Wir befürworten, wenn es neben dem Bargeld eine breite Akzeptanz von Kartenzahlungen gibt. Aktuell werden die Standards für ein neues Währungszeitalter gesetzt. Die Europäische Union darf bei digitalen Währungen nicht den Anschluss

verlieren, sondern muss die Zukunft des Geldes gerade im Wettbewerb mit autoritären Systemen aktiv beeinflussen. Ein das Bargeld ergänzender digitaler Euro muss die Privatsphäre der Nutzer respektieren und sowohl online als auch offline nutzbar sein. Es darf keinen Zwang zur Nutzung des digitalen Euro geben und es dürfen keine zusätzlichen Risiken für das Finanzsystem entstehen.

International wettbewerbsfähige und sozial verträgliche Strompreise

Wir Freie Demokraten wollen international wettbewerbsfähige und sozial verträgliche Strompreise für die Unternehmen und Haushalte in Deutschland durch eine umfassende Reform der Steuern, Abgaben und Umlagen erreichen. Die Abschaffung der EEG-Umlage war ein guter erster Schritt, dem weitere folgen müssen. So wollen wir beispielsweise die Stromsteuer auf den EU-Mindeststeuersatz absenken und werden uns auf europäischer Ebene für ihre Abschaffung einsetzen. Die Netzentgelte wollen wir umfassend reformieren und senken. Dadurch entlasten wir private und gewerbliche Verbraucher, ermöglichen innovative Geschäftsmodelle und setzen mehr Anreize für Flexibilität.

Energiesteuer reformieren

Wir wollen die Stromsteuer in einem ersten Schritt auf das EU-Mindestmaß absenken und werden uns auf europäischer Ebene für ihre Abschaffung einsetzen. Die EU-Mindestsätze für die Energiesteuer auf Heiz- und Kraftstoffe wollen wir angesichts des tendenziell steigenden CO₂-Preises sukzessive bis auf null abschmelzen. Damit soll der CO₂-Preis die Strom- und Energiesteuer perspektivisch vollständig ersetzen. Ebenso soll die Kfz-Steuer in diesem Zusammenhang mittelfristig abgeschafft werden. Auf diese Weise stärken wir die Rolle des CO₂-Preises und schaffen mehr Anreize für den Umstieg auf erneuerbare Energien oder klimafreundliche Kraft- und Heizstoffe.

EEG-Subventionen abschaffen

Wir Freie Demokraten wollen erneuerbare Energien vollständig in den Wettbewerb überführen. Wir haben bereits erreicht und im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) verankert, dass die Förderung nach dem EEG spätestens mit Vollendung des Kohleausstiegs endet. Wir sind jedoch überzeugt, dass dieser Schritt schon früher vollzogen werden muss. Gesetzlich vorgegebene Ausbaupfade für einzelne Technologien lehnen wir ebenso ab wie staatlich garantierte Abnahmepreise. Wir setzen uns für ein neues, marktwirtschaftliches Strommarktdesign mit einer marktorientierten Vergütung und ohne Subventionen ein. Ein steigender CO₂-Preis wird fossile Energie weiter unattraktiv machen und zu einem nachfragegetriebenen Ausbau erneuerbarer Energien führen. Die Eigenversorgung mit erneuerbarem Strom und die marktwirtschaftliche Nutzung von Strom aus Altanlagen, die aus der 20-jährigen EEG-Förderung fallen, wollen wir vereinfachen.

Netzausbaukosten begrenzen

Wir Freien Demokraten wollen die deutschen Energienetze schnell und kostengünstig ausbauen. Die Netzentgelte sind ein großer Treiber der Stromkosten. Um die Netzkosten zu senken, wollen wir die Netze durch Digitalisierung und die Nachfrage durch dynamische Netzentgelte flexibilisieren. Dadurch werden Netzengpässe im Preis abgebildet, sodass sich die Nachfrage dorthin verlagert, wo Kapazitäten vorhanden sind, und damit der Bedarf beim Netzausbau geringer wird. Wir wollen die

Kosten für den Netzausbau erheblich reduzieren, in dem die neuen Leitungen in der Regel überirdisch gebaut werden. Regulatorische Hürden für einen schnellen Netzausbau wollen wir abbauen und dafür sorgen, dass nur die Netze gebaut werden, die tatsächlich gebraucht werden. Wir wollen den Netzanschlusszwang abschaffen, sodass neue Anlagen nur ans Netz angeschlossen werden, wenn dies systemdienlich und rentabel ist. Vorgaben, die Effizienz und Modernisierung hemmen, müssen wegfallen. Wir planen den Bedarf realistisch statt ideologisch, um einen überdimensionierten Netzausbau zu verhindern. Gleichzeitig fordern wir eine bessere Synchronisierung des Netzausbaus mit dem Ausbau von Erneuerbaren Energien, Kraftwerke, Speichern und der Wasserstoffwirtschaft, um die Effizienz des Gesamtsystems zu steigern. Dabei berücksichtigen wir, dass nicht alle Wirtschaftsbereiche elektrifiziert werden, sondern auch Öl und Gas weiterhin zur Energieversorgung gehören. Um den Netzausbau verursachergerecht zu finanzieren, wollen wir die Einspeiser an den Kosten beteiligen und das Netz vorrangig dort ausbauen, wo der Bedarf gesichert ist. Das senkt die Netzkosten deutlich und entlastet Bürger und Unternehmen.

Versorgungssicherheit gewährleisten

Wir Freie Demokraten wollen eine sichere und bezahlbare Stromversorgung zu jeder Zeit. Neue Gaskraftwerke wollen wir durch einen Kapazitätsmarkt anreizen. Unternehmen und Haushalte sollen flexibler Preissignale reagieren können, um Kosten zu sparen. Dafür und für einen sicheren Netzbetrieb setzen wir auf die Digitalisierung der Energieinfrastruktur und flexible Tarife.

Sichere Gasversorgung – Abhängigkeiten vermeiden

Wir Freie Demokraten wollen die Gasversorgung in Deutschland unter anderem durch eine Diversifizierung der Lieferanten, einen Ausbau der heimischen Erdgasförderung sicherstellen. Um Abhängigkeiten zu vermeiden, wollen wir die Gasversorgung diversifizieren und die heimische Erdgasförderung ausbauen. Dazu bieten sich aktuell das Gasfeld in Borkum und Fracking-Verfahren an. Damit Deutschland beim Wasserstoff nicht zurückfällt, fordern wir schnellere Genehmigungen für Elektrolyseure und neue internationale Energiepartnerschaften. Insbesondere wollen wir das Netz in der EU, ihren Beitrittskandidaten und mit Partnern wie im Mittelmeerraum wie Israel verbessern.

Kernfusion und Kernenergie

Wir Freie Demokraten wollen die Nutzung klimafreundlicher Zukunftstechnologien wie Kernfusion und sicherer Kernkraftwerke ohne Subventionen ermöglichen. Das deutsche Atomrecht wollen wir von ideologischem Ballast befreien. Unser Ziel ist, dass Kernkraftwerke der neuen Generation, etwa Dual-Fluid-Reaktoren, Thorium-Flüssigsalzreaktoren oder Small Modular Reactors in Deutschland rechtssicher gebaut werden können. Für die Kernfusion wollen wir einen innovationsfreundlichen Rechtsrahmen außerhalb des Atomrechts schaffen. Wir wollen die Wiederinbetriebnahme der vorhandenen Kernkraftwerke rechtlich ermöglichen und die Entscheidung darüber den Betreibern überlassen.

Ostdeutsche Bundesländer im Blick

Wir Freien Demokraten sehen die besonderen wirtschaftlichen Herausforderungen in den ostdeutschen Bundesländern, unter anderem aufgrund einer kleinteiligeren Wirtschaftsstruktur. Seit 1990 ist

es noch nicht flächendeckend gelungen, eine mit den westlichen Bundesländern vergleichbare Wirtschaftsleistung zu erzielen. Auch die Vermögenssituation unterscheidet sich erheblich. Deshalb sind Steuersenkungen, Bürokratieabbau, die Umsetzung von Reallaboren und eine praxistaugliche Wirtschafts- und Forschungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen von besonderer Bedeutung. Eine gesetzlich festgelegte Beendigung des Braunkohleabbaus vor 2038 lehnen wir ab.

Werbeoffensive für Reiseziele in Deutschland

Wir Freie Demokraten wollen touristische Regionen in Deutschland unterstützen, indem wir die Deutsche Zentrale für Tourismus weiterhin fördern. Für uns Freie Demokraten ist Tourismus aber primäre Aufgabe der Länder. Auf kommunaler und Kreisebene muss Tourismus deshalb zentrales Wirtschaftsfeld werden. Wir streben eine liberale Tourismuspolitik an, die Tourismus wieder als integralen Bestandteil der Wirtschaftsförderung betrachtet und ihn von unnötigen bürokratischen sowie europäischen Vorschriften befreit. Ebenso fordern wir den touristischen Blickwinkel bei der Planung und Genehmigung von Anlagen für Erneuerbare Energien sowie bei der Gesetzgebung insgesamt vollwertig einzubeziehen. Wir wollen touristisch attraktiven Regionen die Möglichkeit geben, ihre Besonderheiten gezielt zu vermarkten – mit positiven Effekten für viele weitere Wirtschaftszweige wie den Lebensmittelhandel, den stationären Handel sowie für Kulturschaffende und die Kreativwirtschaft.

Eine Agenda für die Mutigen

Wir Freie Demokraten wollen mit einer Agenda für die Mutigen Gründergeist und Unternehmertum fördern und eine lebendige Gründerkultur in Deutschland etablieren. Die Zukunft der deutschen Wirtschaft heißt Innovation. Hierfür brauchen wir frische Ideen, die sich im Wettbewerb behaupten. Unternehmensgründungen und Start-ups müssen daher endlich in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik rücken; beispielsweise durch eine Vereinfachung der Gründung und bessere Bedingungen für Wagniskapital. Unternehmensgründungen müssen vollständig digital und innerhalb von 24 Stunden möglich sein. Außerdem wollen wir den Transfer aus unserem Wissenschaftssystem in Form von Ausgründungen stärken. Zugleich wollen wir den Generationswechsel in kleinen und mittleren Unternehmen so schnell, kostengünstig und bürokratiearm wie möglich gestalten.

Zügigere Einführung digitaler Systeme in Betrieben bei gleichzeitigem Schutz von Arbeitnehmern

Wir Freie Demokraten fordern, dass IT-technische Systeme in Betrieben mitbestimmungsfrei eingeführt und angewendet werden können, wenn der Arbeitgeber verbindlich und arbeitsgerichtlich durchsetzbar erklärt, dass keine personellen Einzelmaßnahmen wie zum Beispiel Kündigungen oder Abmahnungen auf der Grundlage von systemgestützten Auswertungen des Verhaltens oder der Leistung von Arbeitnehmern getroffen werden.

Wohlstand sichern: Mehr statt weniger Arbeiten

Wir Freie Demokraten fordern flexiblere Arbeitszeiten und stärkere Anreize zur Aufnahme von Arbeit und Ausweitung von Arbeitszeit. Deutschlands Wohlstand muss erwirtschaftet werden – dafür muss sich Arbeit aber immer mehr lohnen als Sozialleistungen. Deutschland international Schlusslicht bei

der effektiven Arbeitszeit je Beschäftigten. Deshalb wollen wir den Lohnabstand vergrößern und Leistung belohnen. Vorgaben zur Arbeitszeit werden wir flexibilisieren und Ruhezeitregelungen durch Öffnungsklauseln anpassen. Das stärkt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, erleichtert Teilzeitkräften das Aufstocken und hebt damit das Arbeitskräftepotenzial. Eine politisch festgelegte Vier-Tage-Woche mit vollem Lohnausgleich wird unseren Wohlstand nicht erhalten können und wird von uns daher abgelehnt.

Flexible Arbeitszeiten und mobile Arbeit

Wir Freie Demokraten fordern mehr Flexibilität im Arbeitszeitgesetz und wollen eine wöchentliche statt einer täglichen Höchstarbeitszeit. Niemand soll weniger Pausen machen oder mehr arbeiten als bisher, aber die Einteilung der Arbeitszeit muss flexibler möglich sein. Die Summe der täglich notwendigen Ruhezeit bleibt bestehen. Hierbei werden flexible Regelungen in einem Tarifvertrag oder in einer Betriebsvereinbarung rechtssicher ermöglicht. Bei mobiler Arbeit und im Homeoffice soll das Arbeitsschutzgesetz und nicht die Arbeitsstättenverordnung gelten. Denn bei mobiler Arbeit kann der Arbeitgeber nicht für den richtigen Lichteinfall und Ähnliches verantwortlich sein.

Den Krankenstand senken

Der Krankenstand ist in Deutschland im internationalen Vergleich zu hoch. Wir müssen Regelungen finden, die einen besseren Ausgleich zwischen Bürokratievermeidung und Anreizeffekten gewährleisten. Als ersten Schritt wollen wir die während der Corona-Pandemie geltenden Sonderregelungen zur telefonischen Krankschreibung abschaffen.

Fairness für Selbstständige

Ob Freie Berufe, Handwerk, Kultur- und Kreativwirtschaft oder Dienstleistungsbranche: Wir Freie Demokraten fordern Fairness für Selbstständige. Mit unterschiedlichen Reformansätzen wollen wir die Selbstständigkeit erleichtern, sie als Selbstbestimmung ernst nehmen und für mehr öffentliche Wertschätzung von Selbstständigen sorgen. Ungleichbehandlungen wollen wir abbauen und zum Beispiel die Beiträge für Selbstständige zur gesetzlichen Krankenversicherung endlich an den tatsächlichen Einnahmen orientieren.

Statusfeststellung für Selbstständige reformieren

Wir Freie Demokraten fordern eine Reform des Statusfeststellungsverfahrens. Über das Statusfeststellungsverfahren muss sich zweifelsfrei klären lassen, ob eine abhängige Beschäftigung oder eine selbstständige Tätigkeit vorliegt. Klare gesetzliche Positivkriterien gewährleisten Rechtssicherheit, indem bei Vorliegen bestimmter Kriterien eine Selbstständigkeit rechtssicher und verbindlich festgestellt wird. Zudem soll die Prüfung durch eine unabhängige Stelle statt durch die Rentenversicherung vorgenommen werden. Um bei Auftraggebern Risiken zu minimieren, wollen wir für den Fall einer abhängigen Beschäftigung, wenn weder vorsätzlich noch grob fahrlässig von einer selbstständigen Tätigkeit ausgegangen wurde, dass Beitragszahlungen nicht rückwirkend erhoben werden dürfen.

Mehr Resilienz für Infrastruktur und Gesellschaft

Natürlich ist das Streikrecht ein wichtiges Grundrecht. In kritischen Bereichen wie Transport, Gesundheits- und Sozialversorgung, Kindertagesstätten, Energie, Brand- und Zivilschutz sowie Abfallentsorgung braucht es zu Beginn von Tarifverhandlungen jedoch eine verpflichtende Schlichtungsvereinbarung sowie Mindestankündigungsfristen und die Sicherstellung eines Notbetriebs. Denn hier droht sonst ein überproportional großer gesellschaftlicher Schaden, der mit einer Verzerrung der Verhandlungsmacht der Tarifparteien verbunden ist.

Arbeit muss sich lohnen: Höhe des Bürgergelds hinterfragen

Immer höhere Sozialleistungen gefährden den Lohnabstand, die Leistungsgerechtigkeit und Erwerbsanreize. Deswegen braucht es einen ausreichenden Lohnabstand zwischen denen, die arbeiten und denen, die Sozialleistungen erhalten. Das Bürgergeld ist in den letzten Jahren überproportional zur Inflation angestiegen. Die Sozialleistungen liegen im Jahr 2025 weiter über dem Bedarf. Deshalb wollen wir mit der Abschaffung der sogenannten Besitzstandsregelung die Voraussetzung dafür schaffen, den Regelsatz abzusenken. Das stärkt die Arbeitsanreize. Darüber hinaus wollen wir kritisch prüfen, welche Güter für die Berechnung des Bürgergelds relevant sind, um den Netto-Lohnabstand sicherzustellen.

Aktive Eigeninitiative bei erwerbsfähigen Arbeitslosen einfordern

Wir Freie Demokraten wollen das Bürgergeld grundlegend reformieren und Fehlanreize korrigieren – weg vom alimentierenden Bürgergeld hin zu mehr Aktivierung. Unser Ziel: Arbeit statt Bürgergeld. Wir wollen sicherstellen, dass alle, die arbeiten können, auch arbeiten. Erwerbsfähige Arbeitslose wollen wir zu einer aktiven Bringschuld, Eigeninitiative und Beweislast verpflichten. Sie müssen sich darum bemühen, die eigene Hilfsbedürftigkeit durch Arbeit und Qualifizierung zu überwinden. Diese Möglichkeiten zur Stärkung der Eigenverantwortung werden wir konsequent an und gestalten sie durchgehend verbindlich aus. Das Jobcenter unterstützt und prüft, ob ausreichend Aktivitäten unternommen werden. Bei fehlender Initiative sollen Sozialleistungen schrittweise reduziert werden. Wer arbeiten kann, sich aber nicht um eine Arbeitsaufnahme oder Qualifizierung bemüht, muss eine Arbeitsgelegenheit annehmen. Damit sich Arbeitslosigkeit nicht verfestigt, wollen wir eine Intensivphase zu Beginn des Leistungsbezugs einführen, sodass in den ersten 12 Monaten die Kontaktdichte zum Jobcenter besonders hoch ist.

Zumutbarkeit von Arbeit zeitgemäß regeln

Wir Freie Demokraten wollen die Zumutbarkeitsregeln zur Annahme einer Arbeit passgenauer, zeitgemäß und emanzipatorisch zu reformieren. Wir wollen, dass für Personen ohne Kinder und ohne pflegebedürftige Angehörige auch längere Pendelstrecken und Umzüge zumutbar sind. Damit begegnen wir den großen regionalen Unterschieden im Arbeitsmarkt. Außerdem wollen wir Eltern-Kind-Sprachkurse und digitale Sprachangebote auch innerhalb der ersten drei Jahre nach einer Geburt ermöglichen, ebenso andere Qualifizierungen oder Jobangebote in gewissen Stundenumfang, wenn die Kinderbetreuung sichergestellt werden kann. Bislang ist das unzumutbar – für eine zu lange Zeit. Die Statistik zeigt, dass solche Regelungen dazu führen, dass bei geflüchteten Frauen nach 8 Jahren in Deutschland gerade einmal ein Drittel in Arbeit ist.

Faire Hinzuverdienstregeln, damit sich Arbeit spürbar lohnt

Wir Freie Demokraten wollen die Hinzuverdienstregeln beim Bürgergeld und im Wohngeld so reformieren, dass sich Arbeit und Leistung spürbar immer mehr lohnen. Die bisherigen Regeln sind demotivierend, weil nach Verrechnung mit Sozialleistungen netto kaum mehr übrigbleibt. Wir wollen die Hinzuverdienstregeln so reformieren, dass nicht die Kombination aus Bürgergeld und Minijob besonders lohnend ist, sondern sich Stück für Stück aus einer Sozialleistung herauszuarbeiten. Es kann nicht sein, dass arbeitende Personen erst Steuern zahlen, um anschließend Sozialleistungen bei einer steuerfinanzierten Behörde beantragen zu müssen. Deshalb setzen wir auf eine leistungsgerechte, negative Einkommenssteuer: Je verdientem Euro sinkt der Transferentzug ab, aber so, dass sich Mehrarbeit stets spürbar lohnt. So belohnen wir Arbeit, anstatt sie zu bestrafen. Immer höhere Sozialleistungen gefährden den Lohnabstand, die Leistungsgerechtigkeit und Erwerbsanreize. Deswegen braucht es einen ausreichenden Lohnabstand zwischen denen, die arbeiten und denen, die Sozialleistungen erhalten. Arbeit muss sich lohnen.

Den Sozialstaat radikal vereinfachen

Wir Freie Demokraten wollen das bürokratische Durcheinander der verschiedenen Sozialleistungen vereinfachen, indem wir die rein steuerfinanzierten Sozialleistungen wie Bürgergeld und Wohngeld zu einer einzigen Leistung an einer zentralen Stelle zusammenfassen. Die aktuelle Berechnung von Miet- und Heizkosten ist sehr aufwendig und führt in der Einzelfallbetrachtung zu gewaltigem Verwaltungsaufwand. Deshalb soll die neue gebündelte Leistung eine regionale Pauschale für Unterkunftskosten beinhalten. Mit einem einfachen Sozialstaat im Sinne einer negativen Einkommenssteuer reduzieren wir kostenintensive Behördenbürokratie, die unübersichtliche Komplexität des Sozialstaates und vermeiden Fehlanreize, die Leistungsberechtigte demotivieren und lähmen.

Solidaritätsmissbrauch effektiv eindämmen

Wir Freie Demokraten wollen gegen den Missbrauch des Sozialstaates effektiv und konsequent vorgehen. Das Erschleichen von Sozialleistungen ist kein Kavaliersdelikt, sondern verletzt die Solidarität der Steuerzahler. Wir fordern kompromisslose Aufklärung und eine besondere Sensibilisierung in den Behörden bei Sozialleistungsmissbrauch. Jobcenter müssen besser prüfen können, ob Transferempfänger Autos besitzen, auf wie viele Konten sie Zugriff haben und ob sie Vermögen im Ausland besitzen. Diese Daten könnten heute schon automatisiert abgeglichen werden. Zudem wollen wir konsequenter und härter gegen Schwarzarbeit bei gleichzeitigem Sozialleistungsbezug vorgehen. Wer bei Schwarzarbeit erwischt wird, sollte neben strafrechtlichen auch mit sozialrechtlichen Konsequenzen wie Sanktionen oder Leistungsentzug rechnen müssen.

Qualifizierung arbeitsmarktnah verbessern

Wir Freie Demokraten wollen besser und mehr qualifizieren. Qualifikationen und Weiterbildungen schützen vor Arbeitslosigkeit und kurzfristigen Beschäftigungen. Statt aber überwiegend in Vollzeit während der Arbeitslosigkeit zu qualifizieren, braucht es mehr duale Qualifizierungen neben einer Arbeitstätigkeit. Mit modularen Teilqualifizierungen wollen wir Weiterbildung und Spracherwerb mit einer Beschäftigung oder Arbeitsgelegenheit kombinieren. Berufsbegleitende Qualifizierung und Spracherwerb on the Job müssen zum Standard werden. Die Qualität von Weiterbildungsangeboten

soll sich verbessern, indem mehr Offenheit für innovative Bildungsträger geschaffen wird und die tatsächliche Qualität geprüft und nicht unnötige Bürokratie zertifiziert werden muss.

Menschen mit Behinderungen auf dem ersten Arbeitsmarkt stärken

Wir Freie Demokraten wollen für Menschen mit Behinderung Hürden auf dem Weg in den Arbeitsmarkt abbauen. Das Budget für Arbeit wollen wir auch für Beschäftigte öffnen, die in der Werkstatt bleiben wollen. Inklusionsfirmen sollen für Menschen aus Werkstätten geöffnet werden. Um für alle einen Ort der Teilhabe zu gewähren, setzen wir uns für den Erhalt der Werkstätten ein. Das schafft vielfältige Chancen.

Arbeitslosenversicherung modernisieren

Wir Freie Demokraten wollen die Arbeitslosenversicherung (Arbeitslosengeld I) flexibler gestalten, sodass geringere Beiträge und mehr Netto vom Brutto möglich sind. In Zeiten eines zunehmenden Arbeits- und Fachkräftemangels nimmt das Risiko langfristiger Arbeitslosigkeit ein ab. Wir trauen den Menschen mehr Eigenverantwortung zu. Deshalb wollen wir die Möglichkeit schaffen, sich für geringere Beitragszahlungen und in der Folge für einen geringeren Anspruch auf Arbeitslosengeld zu entscheiden. Der dadurch verringerte Arbeitgeberbeitrag wird netto ausgezahlt. Eine solche Option darf nicht dazu führen, dass der oder die Versicherte in staatlichen Transferbezug abrutschen würde.

Tragfähige soziale Sicherungssysteme

Durch den demografischen Wandel kommen die sozialen Sicherungssysteme unter Druck. Immer weiter steigende Beiträge können jedoch keine Lösung sein. Hohe Sozialabgaben belasten Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen. Sie verhindern, dass Unternehmen neue Jobs schaffen und machen die Arbeitsaufnahme unattraktiv. Sie engen zudem die Möglichkeiten der jungen Generation ein, zusätzliche Vorsorge zu betreiben. Dadurch werden immer weiter steigende Sozialabgaben zu einer großen Belastung für Bürger und Betriebe. Wir Freie Demokraten wollen ausschließen, dass die Sozialabgaben über das Niveau von 40 Prozent immer weiter steigen. Dafür müssen künftige Bundesregierungen zu konkreten Maßnahmen verpflichtet werden. Um die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest zu machen, braucht es deutlich mehr kapitalgedeckte Elemente in der Gesetzlichen Rentenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung. Damit sorgen wir für tragfähige soziale Sicherungssysteme bei fairer Lastenverteilung zwischen den Generationen.

Flexiblen Renteneintritt ermöglichen

Damit die Rente langfristig für die Generation der Kinder und Enkel fair und bezahlbar ist, sind weitere Reformen nötig. Unser Ziel ist, dass die Beiträge für die jüngere Generation und gerade auch für die arbeitende Mitte nicht immer weiter steigen. Wir Freie Demokraten stehen für einen wirklich flexiblen Renteneintritt. Die Menschen sollen nach schwedischem Vorbild künftig selbst entscheiden, wann der Ruhestand beginnt, sofern dann keine Sozialleistungen beantragt werden müssen. Je später jemand in Rente geht, desto höher die Rente - wer früher geht, bekommt eine niedrigere Rente. Teilrenten sind unkompliziert möglich. Das passt zum einen zu einem immer vielfältigeren Erwerbsleben und stabilisiert zum anderen nachweislich die Rentenfinanzen, weil das schwedische Vorbild

zeigt, dass die Menschen im Schnitt länger im Beruf bleiben mehr Menschen länger an Wirtschaftswachstum und Wohlstand mitwirken. Wer aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten kann, braucht weiter eine starke Unterstützung.

Eine echte Aktienrente einführen

Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass die Rentenversicherung Kapitaldeckung braucht, um sie um für den demografischen Wandel fit zu machen. Deshalb wollen wir eine die Gesetzliche Aktienrente. Wir wollen, dass wie in Schweden ein kleiner Teil der Rentenbeiträge in einem unabhängig verwalteten Fonds angelegt wird, sodass wir besser gegen das Risiko einer alternden Bevölkerung geschützt sind, die Rentenbeiträge finanzierbar bleiben und die Menschen stärker von den Chancen einer kapitalgedeckten Altersvorsorge profitieren. Eine echte individuelle Aktienrente sorgt sogar wieder für ein steigendes Rentenniveau.

Altersvorsorgedepot einführen

Wir Freie Demokraten fordern die Einführung eines staatlich geförderten Altersvorsorgedepots. Dieses Depot soll den langfristigen Aufbau eines Grundvermögens für die Altersvorsorge ermöglichen und so ein selbstbestimmtes Leben im Alter erleichtern. Die Kapitalanlage in Fonds und Wertpapiere und Umschichtungen innerhalb des Altersvorsorgedepots sind steuerfrei, solange die Erträge reinvestiert werden. Auch in der betrieblichen Altersvorsorge müssen höhere Aktienanteile ermöglicht werden. Wir wollen die reine Beitragszusage allen Betrieben ermöglichen, vor allem Kleinstbetrieben, die bisher vor Haftungsrisiken zurückschrecken. Wir werden die offene Frage zur Garantierfordernis und Haftung in der betrieblichen Altersvorsorge (bAV) klarstellen. Auch eine Doppelbesteuerung von Renten wollen wir vermeiden.

Freie Wahl bei der Altersvorsorge für Selbstständige

Wir Freie Demokraten wollen maximale Wahlfreiheit für Selbstständige bei der Altersvorsorge. Auch die Form der Vorsorge soll frei wählbar sein. Der Zugang zur gesamten geförderten privaten Altersvorsorge muss dabei künftig für alle Erwerbstätigen offen sein. So verhindern wir auch, dass Personen mit Zickzack-Lebensläufen beim Wechsel in die Selbstständigkeit ihre Direktversicherung oder ihre Riester-Förderung verlieren. Für die Gründungsphase wollen wir Karenzfristen. Dabei halten wir eine Pflicht zur Altersvorsorge wie bei der Krankenversicherung für angemessen. Die Wahlfreiheit soll für alle Selbstständigen ohne obligatorisches Alterssicherungssystem sowie für Selbstständige gelten, die bisher in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert sind.

III. Selbstbestimmt in allen Lebenslagen

Generalinventur und Föderalismusreform für die Innere Sicherheit

Wir Freie Demokraten fordern eine Generalinventur für die Innere Sicherheit in Deutschland. Zu viele Behörden auf Bundes- und Landesebene sowie in den Kommunen überschneiden sich bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Gleichzeitig sind die Befugnisse der Sicherheitsbehörden unübersichtlich und unverständlich formuliert. Bund und Länder müssen die föderale Aufgabenverteilung im Bereich der Inneren Sicherheit neu ordnen und dabei die Zahl der zuständigen Behörden reduzieren. Es braucht eine Föderalismusreform im Bereich der Inneren Sicherheit, ein neues Bundespolizeigesetz und ein Musterpolizeigesetz für die Gefahrenabwehr in den Ländern.

Für eine Reform der deutschen Nachrichtendienste

Wir Freie Demokraten fordern leistungsfähige und gut ausgestattete Nachrichtendienste, die als Frühwarnsystem für innere und äußere Gefährdungen einen Beitrag für die Sicherheit unseres Landes leisten. Dazu brauchen alle Dienste eine klarere eigene Rechtsgrundlage, die die aktuelle Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts widerspiegelt und die parlamentarische Kontrolle stärkt. Für die Kooperation zwischen Polizei und Nachrichtendienste, wie etwa im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ), muss eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden. Gleichzeitig braucht es eine verbesserte Kontrolle der Nachrichtendienste. Diese verhindert nicht die Arbeit der Nachrichtendienste, sondern ist in einem liberalen Rechtsstaat die zwingende Voraussetzung für die Legitimität und das Vertrauen in nachrichtendienstliche Tätigkeit. Wir wollen deshalb die bislang zersplitterte Kontrolllandschaft institutionell, funktional und organisatorisch neu ordnen und dabei Kontrolllücken schließen.

Gesetzliche Regelungen für V-Personen

Wir Freie Demokraten wollen den Einsatz von V-Personen in allen Bereichen gesetzlichen Regelungen unterwerfen. Die Skandale der Vergangenheit, nicht nur im Kontext der NSU-Mordserie oder des Anschlags auf den Berliner Weihnachtsmarkt 2016, zeigen den dringenden Handlungsbedarf. Gerade wer die Führung von V-Personen weiter ermöglichen will, schafft hier Klarheit. Wir wollen insbesondere die Anforderungen an die Vertrauensperson als solche normieren, einen Richtervorbehalt einführen und VP-Einsätze zeitlich befristen. Die rechtsstaatswidrige Tatprovokation wollen wir ausdrücklich verbieten.

Für ein Europäisches Kriminalamt

Wir Freie Demokraten fordern, Europol zu einem echten Europäischen Kriminalamt auszubauen. Die eigenen operativen Möglichkeiten von Europol müssen ausgedehnt werden. Terrorismus, Organisierte Kriminalität und Cyberkriminalität machen nicht an Landesgrenzen halt. Die Erkenntnisse der nationalen Sicherheitsbehörden zu grenzübergreifenden Sachverhalten sollen gemeinsam ausgewertet und Einsätze der Mitgliedstaaten koordiniert werden. Gefährder-Definitionen und Datenbanken

müssen auf europäischer Ebene vereinheitlicht werden und kompatibel sein. Dabei soll auf den Erfahrungen mit der Einführung der Europäischen Staatsanwaltschaft aufgebaut werden. Bei der Arbeit eines neuen Europäischen Kriminalamts muss der Grundrechtsschutz jederzeit gewährleistet sein.

Clankriminalität bekämpfen

Wir Freie Demokraten wollen einen Rechtsstaat, der keine kriminellen Clans und andere Formen organisierter Kriminalität duldet. Verbrechen darf sich nicht lohnen. Geldwäsche muss unterbunden, Vermögen aus Straftaten konsequent eingezogen werden. Kriminalität macht nicht an Grenzen halt. Die internationale Zusammenarbeit von Polizei und Justiz wollen wir ausbauen. Beim Vorgehen gegen Clankriminalität und weitere Formen organisierter Kriminalität wollen wir Kontrollen unterschiedlicher Behörden im Verbund stärken.

Ein Strafrecht, das den richtigen Schwerpunkt setzt

Wir Freie Demokraten lehnen symbolische und reflexhafte Verschärfungen des Strafrechts ab. Schließlich ist das Strafrecht keine Allzweckwaffe, sondern die Ultima-Ratio des Rechtsstaats. Wir stehen für eine starke Strafjustiz, die schnelle Entscheidungen über Schuld oder Unschuld herbeiführt. Das Strafrecht gilt es deshalb insgesamt zu evaluieren und im Sinne des Ultima-Ratio-Grundsatzes auf Tatbestände mit entsprechendem Unwertgehalt zu fokussieren. Überflüssige Tatbestände sind zu streichen. Dies stärkt auch die Strafjustiz, die sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren kann. Deswegen wollen wir das Strafgesetzbuch systematisch überprüfen und überholte Straftatbestände anpassen oder streichen. Hierzu gehören etwa § 142 StGB (Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort) und § 265a StGB (Erschleichen von Leistungen); die Beförderungserschleichung, „Schwarzfahren“, soll als Ordnungswidrigkeit gelten. Wir stehen für eine evidenzbasierte Strafrechtspolitik und wollen daher die Datengrundlage zu Strafprozessen verbessern, insbesondere in den Ländern. Die Gerichtsverhandlung in Strafprozessen soll künftig aufgezeichnet und die Aufzeichnung sodann automatisiert verschriftlicht werden. Das schafft Transparenz und Gerechtigkeit.

Für einen attraktiven Justizdienst

Wir Freie Demokraten stehen für einen attraktiven Justizdienst. Um kompetente Richter und Staatsanwälte zu gewinnen, muss die Attraktivität des Justizdienstes zunehmen. Schon heute klagen die Justizverwaltungen über Nachwuchsmangel. Spätestens mit der anrollenden Pensionierungswelle vieler Richter und Staatsanwälte droht eine Verschärfung des bereits bestehenden Personalproblems. Es muss – auch wirtschaftlich – wieder attraktiver werden, Richter und Richterin oder Staatsanwalt und Staatsanwältin zu werden, anstatt in einer großen Rechtsanwaltskanzlei oder in einem Unternehmen juristisch tätig zu werden. Dazu gehört auch, dass dem Berufsbild der Richter und Staatsanwälte wieder mehr gesellschaftliche Anerkennung zuteilwird. Zugleich muss die Juristenausbildung in den einzelnen Bundesländern vergleichbarer werden und es muss Wert auf die Vermittlung digitaler Arbeits- und Rechertechniken und -methoden gelegt werden.

Anwaltliches Berufsgeheimnis schützen und Digitalisierung der Rechtsberatung stärken

Wir Freie Demokraten schützen das Berufsgeheimnis von Anwältinnen und Anwälten sowie Notarinnen und Notaren. Die Vertraulichkeit des Mandatsverhältnisses ist ein Grundpfeiler des Rechtsstaats,

der nicht durch staatliche Eingriffe und einschneidende Überwachungsmaßnahmen gefährdet werden darf. Offenbarungspflichten und der Zugriff auf Daten dürfen nur auf der Grundlage strengster Vorgaben ermöglicht werden. Wir setzen uns dafür ein, dass auch bereits bestehende Gesetze daraufhin überprüft werden. Darüber hinaus werden wir das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Rechtsstaat stärken, indem wir die Digitalisierung der Rechtsberatung vorantreiben. Wir wollen den Rechtsrahmen für Legal-Tech-Unternehmen erweitern und fordern klare gesetzliche Regelungen, die Legal-Tech-Unternehmen und insbesondere Anwältinnen und Anwälte sowie Notarinnen und Notare Sicherheit geben und es ermöglichen, innovative Lösungen zu entwickeln.

Schnellere und einfache Durchführung von Gerichtsverfahren

Wir Freie Demokraten sehen eine leistungsfähige und dem Bürger dienende Justiz als Anker im Rechtsstaat. Wir setzen uns deshalb für eine weitere Digitalisierung von Gerichten und Verfahrensrecht ein. Nur so können Rechtsstreitigkeiten schneller und kostengünstiger durchgeführt werden. Derzeit empfinden viele Menschen den Klageweg als umständlich und teuer. Der Zugang zum Recht hält bisher nicht mit der fortschreitenden Digitalisierung im privaten Bereich Schritt. Wir wollen deshalb ein Online-Verfahren für geringe Streitwerte einführen. Mit der Justiz-Cloud wollen wir einen zentralen Zugang zu allen wesentlichen Informationen und Diensten bereitstellen. KI kann dabei helfen, Gerichte effektiv zu entlasten. So kann KI die richterliche Tätigkeit bei der Zuordnung und Aufbereitung von Prozessstoff unterstützen. Ebenso soll eine Auskunft oder Festsetzung von Kosten durch KI-gestützte Bearbeitung ermöglicht werden.

Veröffentlichung von Gerichtsurteilen

Wir Freie Demokraten wollen eine öffentlich einsehbare Datenbank für anonymisierte Gerichtsentscheidungen schaffen. Nur ein Bruchteil der Gerichtsentscheidungen wird heute veröffentlicht. Dies erschwert Rechtsfindung und schadet der Wissenschaft. So ist es etwa kaum möglich, die durchschnittliche Strafzumessung für bestimmte Straftaten zu ermitteln. Zugleich sind Gerichtsentscheidungen auch wertvolle Trainingsdaten für KI. Gleiches gilt für Behördenentscheidungen. Eine generelle Veröffentlichung stärkt daher auch den Standort Deutschland für Legal Tech-Anwendungen.

Künstliche Intelligenz im Einsatz für den Rechtsstaat

Wir Freie Demokraten wollen, dass auch die Justiz die Chancen der Künstlichen Intelligenz nutzt, um den Zugang zum Recht zu vereinfachen. Die Chancen von KI für die Nutzung in der Justiz wollen wir konsequent ausloten, ohne dass KI richterliche Entscheidungen ersetzt. Dazu müssen gerichtliche Entscheidungen als Trainingsdaten zur Verfügung stehen. Wir stehen für eine umfassende Erprobung neuer Technologien im Rahmen von digital Sandboxes. Auch die Nutzung von immersiven Technologien wie Virtual Reality in Gerichtsverhandlungen, etwa zur Veranschaulichung von Verkehrsunfällen oder Baumängeln, sollte umfassend erprobt werden. Die Rechte der Verfahrensbeteiligten dürfen dabei nicht eingeschränkt werden.

Künstliche Intelligenz im Zivilprozess

Wir Freie Demokraten wollen in geeigneten Fällen ein optionales KI-gestütztes Vorverfahren im Zivilprozess einführen, zum Beispiel bei Massenverfahren. Parteien können vor Klageerhebung einen gebührenfreien Vergleichsvorschlag beantragen. Gerichte sind angehalten, auf eine gütliche Einigung der Parteien hinzuwirken. Doch bis zu einem Vergleichsvorschlag vergeht oft Zeit. Dies geht zu Lasten der Parteien, die länger auf ihr Recht warten müssen. Zudem beschäftigen Massenverfahren (etwa Fluggastrechte) die Gerichte. Sie sind zwar rechtlich oft eindeutig, aber aufgrund ihrer Zahl trotzdem zeitintensiv. KI kann hier Abhilfe schaffen und ein gerichtliches Verfahren überflüssig machen. Damit entlasten wir Gerichte und erleichtern die Rechtsdurchsetzung für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen.

Justizportal von Bund und Ländern ausbauen

Wir Freie Demokraten wollen das Bund-Länder-Justizportal über die Funktion einer Informationsvermittlung hinaus zu einem echten Serviceportal ausbauen, über das mit den Gerichten, Staatsanwaltschaften und professionellen Justiznutzern kommuniziert werden kann und Prozesshandlungen vorgenommen werden können.

Online-Schiedsgerichtshöfe ermöglichen

Wir Freie Demokraten wollen die Schaffung ständiger Online-Schiedsgerichtshöfe ermöglichen, die auch Verbraucherinnen und Verbrauchern offenstehen. Das deutsche Zivilprozessrecht eröffnet bereits die Möglichkeit, Streitigkeiten durch ein Schiedsgericht zu entscheiden. In der Praxis steht dies jedoch nur Unternehmen zur Verfügung. Durch eine Öffnung des Schiedsverfahrensrechts für ständige Schiedsgerichtshöfe verbunden mit Vorschriften zum Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern wollen wir allen Menschen einen alternativen Zugang zum Recht ermöglichen. Eine Aufhebung des Schiedsspruchs durch staatliche Gerichte soll weiter möglich bleiben.

Weitere Digitalisierung des Zwangsvollstreckungsverfahrens durch Schaffung eines erweiterten Zwangsvollstreckungsregisters vorantreiben

Wir Freie Demokraten wollen das Zwangsvollstreckungswesen konsequent digitalisieren. Seit Jahren wird in Deutschland versucht, durch immer neue Vorschriften einzelne Abschnitte des Zwangsvollstreckungsverfahrens zu digitalisieren und eingescannte Dokumente als Voraussetzung für die Einleitung von Zwangsvollstreckungen ausreichen zu lassen. Wir wollen durch Schaffung eines Titelregisters bzw. eines erweiterten Zwangsvollstreckungsregisters die digitale Zwangsvollstreckung in bewegliches Vermögen erleichtern und zugleich einen erweiterten Schutz der Schuldnerinnen und Schuldner vor missbräuchlichen Zwangsvollstreckungsmaßnahmen erreichen.

IT- Mittelstand im Vergabeverfahren fördern

Wir Freie Demokraten wollen, dass öffentliche Ausschreibungen im Bereich der in der Justiz eingesetzten Informationstechnologien mittelstandsfreundlich gestaltet werden, und wollen das gesetzliche Regelwerk darauf ausrichten. Zentralisierte Vergaben durch sogenannte Inhouse-Geschäfte dürfen den Mittelstand nicht benachteiligen und durch Vergaben an große amerikanische Unternehmen

die digitale Souveränität im Bereich der Justiz nicht gefährden. Stattdessen fordern wir eine Kompetenz des Bundesjustizministeriums bzw. des E-Justice-Rats zur Festlegung von verbindlichen Standards, an denen sich die Entwicklung von IT-Lösungen durch die mittelständische IT-Wirtschaft orientieren kann.

Für eine starke Europäische Staatsanwaltschaft

Wir Freie Demokraten wollen die erfolgreiche Arbeit der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUSTa) fördern und ausbauen. Kriminalität macht nicht vor Grenzen halt, unser Rechtsstaat darf es auch nicht. Die EUSTa soll künftig auch gegen die Verletzung von EU-Sanktionen vorgehen. Dabei soll sie von Europol und später dem daraus entwickelten Europäischen Kriminalamt (EKA) mit eigenen Ermittlungs- und Exekutivbefugnissen unterstützt werden. Gegen alle Maßnahmen müssen effektiver Rechtsschutz und der Schutz der Grundrechte jederzeit gewährleistet sein. Ein Rahmen-Strafrecht soll ein Mindestmaß an in der gesamten EU strafbaren Tatbeständen bestimmen, gegen die EUSTa und EKA einschreiten müssen. Es muss sich auf Straftaten beschränken, für die die Zuständigkeit der EUSTa eröffnet ist. In die Entscheidungen zur Funktionsweise der Europäischen Staatsanwaltschaft muss auch das Europäische Parlament gleichberechtigt neben dem Rat eingebunden werden.

Identifizierungsverfahren auf der Basis der reformierten europäischen eIDAS-Verordnung vereinheitlichen

Wir Freie Demokraten wollen das Verfahren der Identifizierung von Bürgerinnen und Bürgern sowie der professionellen Justiznutzer erleichtern, indem wir die europarechtliche Verpflichtung zur Einführung einer EUDI-Wallet in vollem Umfang auch für die Justizkommunikation nutzen. Damit erreichen wir nicht nur eine Erleichterung der grenzüberschreitenden Justizkommunikation in Europa. Wir können damit auch dazu beitragen, dass neben der Möglichkeit der Kommunikation über besondere elektronische Postfächer eine einfach handhabbare Identifizierung von professionellen Justiznutzern über elektronisch in der Wallet gespeicherte Attribute eröffnet wird.

Effektiver Rechtsstaatsmechanismus

Wir Freie Demokraten wollen den Rechtsstaatsmechanismus stärken. Künftig soll der Europäische Gerichtshof (EuGH) auf Antrag eines Mitgliedstaats, der Europäischen Kommission oder des Europäischen Parlaments EU-Gelder für Mitgliedstaaten einfrieren können, wenn diese die Werte der Union verletzen. Der derzeitige Rechtsstaatsmechanismus erlaubt es der Kommission, EU-Gelder einzufrieren, wenn ein Mitgliedstaat rechtsstaatliche Standards im Zusammenhang mit EU-Geldern verletzt. Wir wollen das Verfahren auf die Verletzung aller Werte der Union ausweiten, unabhängig davon, ob EU-Gelder betroffen sind. Statt einer politischen Entscheidung soll das Einfrieren der Gelder vom EuGH angeordnet werden.

Europäische Verfassungsbeschwerde einführen

Wir Freie Demokraten wollen, dass Bürgerinnen und Bürger sowie juristische Personen vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) gegen EU-Rechtsakte und nach Ausschöpfen des nationalen Rechtswegs auch gegen nationale Rechtsakte wegen einer Verletzung ihrer Grundrechte klagen können. Derzeit können die Mitgliedstaaten mit der Nichtigkeitsklage vor dem EuGH klagen, wenn sie der

Meinung sind, dass ein EU-Rechtsakt die Verträge einschließlich der Grundrechtecharta verletzt. Natürliche und juristische Personen können dies nur sehr eingeschränkt. Dies wollen wir ändern und damit einen effektiven Rechtsschutz gegen EU-Rechtsakte ermöglichen. Zugleich wollen wir die Geltung der Grundrechtecharta in Form eines Mindeststandards auch auf rein nationale Sachverhalte ausweiten. Die EU soll der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) beitreten.

Schutz der Privatsphäre im öffentlichen Raum

Wir Freie Demokraten verteidigen die Privatsphäre im öffentlichen Raum. Die Bürgerinnen und Bürger in einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat haben ein Recht darauf, sich ohne ständige staatliche Kontrolle im öffentlichen Raum bewegen zu können. Sie haben ein Recht auf Anonymität im öffentlichen Raum. Eine flächendeckende Überwachung im öffentlichen Raum darf es daher nicht geben. Diese kann sich auch aus der flächendeckenden Präsenz von Überwachung durch Private ergeben. Videoüberwachung kann an einzelnen Kriminalitätsschwerpunkten wie Bahnhöfen Sinn ergeben, wird jedoch niemals die Präsenz von ausreichend gut ausgestatteten Polizistinnen und Polizisten und funktionierende Präventionskonzepte ersetzen können. Den Einsatz von automatisierter Gesichtserkennung lehnen wir ab.

Digitale Freiheit schützen – Bürgerrechte stärken

Wir Freie Demokraten setzen uns für den Schutz von Persönlichkeits- und Bürgerrechten im digitalen Raum ein. Private Kommunikation muss privat bleiben – deshalb fordern wir ein Recht auf Verschlüsselung und lehnen Netzsperrern, Chatkontrollen, Uploadfilter, Vorratsdatenspeicherung, anlasslose Speicherung biometrischer Daten und die Klarnamenpflicht strikt ab. Statt eines Generalverdachts setzen wir auf gezielte Maßnahmen wie das Quick-Freeze-Modell, bei dem Daten nur auf richterliche Anordnung gesichert werden. Wir stehen für Netzneutralität, um einen diskriminierungsfreien Zugang für alle zu gewährleisten, und wollen Polizei und Sicherheitsbehörden technisch besser ausstatten, um Kriminalität im Internet effektiv zu bekämpfen. Hackbacks lehnen wir ab.

Überwachungsgesamtrechnung und Freiheitskommission

Wir Freie Demokraten wollen die Freiheit der Bürgerinnen und Bürgern vor immer neuen Überwachungsmaßnahmen des Staates schützen. Bei jeder neuen Befugnis für die Sicherheitsbehörden müssen zunächst die Auswirkungen auf die Bürgerrechte und die technische Realisierbarkeit geprüft werden. Zu diesem Zweck braucht es eine dauerhaft fortgeschriebene Überwachungsgesamtrechnung im Sicherheitsrecht. Eine dauerhaft eingesetzte unabhängige Freiheitskommission soll zudem das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit im Licht bereits bestehender Befugnisse bewerten, wenn neue Befugnisse beschlossen werden sollen.

Keine Totalüberwachung durch Staatstrojaner

Wir Freie Demokraten wollen nicht, dass der Staat die Cybersicherheit durch sein Handeln gefährdet. Statt einer unkontrollierten Nutzung von IT-Schwachstellen durch Polizei und Nachrichtendienste braucht es ein geordnetes Schwachstellenmanagement, bei dem eine unabhängige Institution den Nutzen einer Schwachstelle gegen den Schaden für die IT-Sicherheit abwägt. Ohne ein solches

Schwachstellenmanagement darf der Staat keine weitreichenden Instrumente wie die Quellen-Telekommunikationsüberwachung oder die Online-Durchsuchung einsetzen. Wenn einer staatlichen Stelle Sicherheitslücken bekannt werden, muss sie diese umgehend dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) melden. Das BSI führt dann eine Schließung der Lücke durch den Hersteller herbei. Wenn dies nicht gelingt, veröffentlicht das BSI die Lücke nach den allgemeinen Grundsätzen der Cybersicherheit. Die Unabhängigkeit des BSI vom Bundesinnenministerium muss daher gesteigert werden. Das heimliche Betreten von Wohnungen, etwa zum Aufspielen von Trojanern, lehnen wir ab.

Ein Knöllchen rechtfertigt keine Beschlagnahme des Handys

Wir Freie Demokraten wollen Beschlagnahme und Durchsuchung digitaler Endgeräte wie Laptops, smarterer Haushaltsgeräte und Handys neu regeln. Kern einer Neuregelung muss eine höhere Eingriffsschwelle, der Schutz des Kernbereichs privater Lebensführung, die Pflicht zur Herausgabe einer Datenkopie und eine Frist zur Herausgabe des Geräts an den Eigentümer sein. An kaum einem Ort verbergen sich so viele private Geheimnisse wie auf einem Handy: Urlaubsfotos, Chat- und Browserverläufe oder intime Nachrichten und Fotos. Dennoch ist die Eingriffsschwelle für eine Beschlagnahme und Durchsuchung des Handys denkbar gering. Bereits der Anfangsverdacht für eine Straftat oder Ordnungswidrigkeit genügt. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gebietet hier, eine Einschränkung vorzunehmen und die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger zu schützen, ohne die Verfolgung schwerer Straftaten zu erschweren.

Für ein Waffenrecht mit Augenmaß und Konsequenz

Wir Freie Demokraten fordern ein Waffenrecht mit Augenmaß und Konsequenz. In der jetzigen Verfassung ist es unübersichtlich und nicht zielgerichtet. Vielmehr beinhaltet es Einschränkungen, die sich mit Blick auf die Realität der Legalwaffenbesitzer in Deutschland kaum rechtfertigen lassen. Wir unterscheiden strikt zwischen den Besitzern von Legalwaffen wie Sportschützen und Jäger und dem illegalen Waffenbesitz oder dem Waffenbesitz durch gefährliche Personen. Auch die polizeiliche Kriminalstatistik muss diese Unterscheidung in Zukunft beinhalten. Die Besitzer von Legalwaffen wie Sportschützen und Jäger dürfen beispielsweise bei der Erteilung waffenrechtlicher Erlaubnisse nicht mit unnützer Bürokratie überzogen werden. Der Bund sollte eine Generalrevision des Waffenrechts unternehmen, um Praktikabilität und Praxisnähe zu verbessern und das gesamte Waffenrecht einfacher, klarer und zielgerichteter zu gestalten. Sämtliche Verschärfungen der Vergangenheit, die keinen sicherheitspolitischen Mehrwert haben, müssen gestrichen werden. Jegliche zukünftige Änderung muss zudem evidenzbasiert sein. Gefährder und Extremisten dürfen keine Waffen besitzen. Dazu muss der Datenaustausch der beteiligten Behörden verbessert und der illegale Waffenhandel auf europäischer Ebene stärker bekämpft werden.

Datenschutzaufsicht vereinheitlichen

Wir Freie Demokraten wollen die zersplitterte Datenschutzaufsicht reformieren, um Innovation und Wettbewerbsfähigkeit zu fördern. Derzeit erschweren 18 unterschiedliche Datenschutzbehörden mit teils widersprüchlichen Vorgaben die Arbeit von Unternehmen. Diese Rechtsunsicherheit schadet der Wirtschaft. Wir fordern eine einheitliche Datenschutzaufsicht, die im Rahmen einer Föderalismusreform klare und verbindliche Anwendungsregeln schafft und die Effizienz der Aufsicht erhöht. Dafür

soll die Datenschutzkonferenz der Länder rechtsverbindliche Anwendungsregeln per Mehrheitsbeschluss treffen können, die direkt gelten. Das erfordert eine Grundgesetzänderung oder ein Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern. Eine einheitliche und klare Auslegung der Datenschutzvorschriften stärkt den Datenschutz und schafft Vertrauen bei Unternehmen.

Cybersicherheit stärken

Wir Freie Demokraten wollen die Cybersicherheit stärken. Sowohl Kriminelle als auch ausländische staatliche oder staatsnahe Akteure setzen gezielt auf Angriffe auf die IT-Infrastruktur. In der Privatwirtschaft und bei staatlichen Institutionen in Deutschland werden diese Angriffe auf die Cybersicherheit noch immer zu spät oder gar nicht erkannt. Das hängt auch mit der Zersplitterung der staatlichen Zuständigkeiten für dieses Thema zusammen. Die Sicherheitsbehörden müssen gegenüber allen Akteuren konkrete und umsetzbare Hinweise zur Stärkung der Cybersicherheit geben – auch mit Blick auf die Cybersicherheit der kommunalen Ebene. Wir fordern eine klare Vorgabe des Prinzips Security by Design, einschließlich einer Haftung der Herstellerinnen und Hersteller für Schäden, die fahrlässig durch IT-Sicherheitslücken verursacht werden, und einer Verpflichtung der Herstellerinnen und Hersteller, während der üblichen Nutzungsdauer eines Produkts Updates zur Verfügung zu stellen. Bei aller Verkehrsinfrastruktur muss die NIS-2-Richtlinie gegen Cyber-Attacken umgesetzt werden.

Digitale Souveränität und globales, freies Internet

Wir Freie Demokraten wollen mehr digitale Selbstbestimmung und Resilienz erreichen. Dafür stärken wir Kompetenzen zu Soft- und Hardware in Europa und treiben den Aufbau sicherer Rechenzentren voran – für eine resiliente und nachhaltige lokale Digitalinfrastruktur. Mit dem Multistakeholderansatz schützen wir uns vor der Einflussnahme autoritärer Staaten auf das Internet. Mit Open-Source-Lösungen schaffen wir Transparenz, verringern Abhängigkeiten von ausländischen Anbietern und stärken die Innovationskraft heimischer IT-Unternehmen. Global setzen wir uns für Netzneutralität, die Bekämpfung von Cyberkriminalität und die Förderung digitaler Menschenrechte ein. Deutschland soll dabei eine Vorreiterrolle einnehmen und eng mit internationalen Partnern zusammenarbeiten.

Hybride Angriffe auf unsere Demokratie endlich ernst nehmen

Wir Freie Demokraten wollen, dass unser Land die hybriden Angriffe autoritärer Staaten, wie etwa Russland und China, endlich ernst nimmt. Ob Spionage, Sabotage, Cyberangriffe, Desinformation oder die heimliche Finanzierung extremistischer Akteure – die Bedrohung durch hybride Einflusskampagnen für die Sicherheit und den gesellschaftlichen Frieden in Deutschland wird systematisch unterschätzt. Öffentliche und private Akteure müssen besser vor Cyberangriffen geschützt werden. Die Öffentlichkeit muss über die Hintergründe und Urheber hybrider Angriffe proaktiv informiert werden. Unternehmen, die umfangreichen Einflussmöglichkeiten autoritärer Regime unterliegen, dürfen beim Ausbau kritischer Infrastruktur in Deutschland nicht beteiligt werden.

Zivil- und Katastrophenschutz als Teil der Gesamtverteidigung stärken

Wir Freie Demokraten wollen unser Land auf alle Herausforderungen im Bereich der äußeren und inneren Sicherheit vorbereiten. Ob Extremwetterereignisse, Pandemien oder die wachsende Gefahr

durch das aggressive Handeln Russlands: Der Zivil- und Katastrophenschutz muss als Teil der Gesamtverteidigung verstanden werden. Zu diesem Zweck muss das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe nach dem Vorbild des Bundeskriminalamtes als Zentralstelle die Koordination im Bereich Zivil- und Katastrophenschutz übernehmen können. Das Ehrenamt im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes sowie die technische Ausstattung müssen verbessert werden. Die Landkreise und kreisfreien Städte brauchen konkrete Handlungsleitfäden für den Katastrophen- und Spannungsfall.

Starker Verbraucherschutz orientiert am Leitbild des mündigen Verbrauchers

Wir Freie Demokraten setzen uns für einen Verbraucherschutz ein, der den mündigen Verbraucherinnen und Verbrauchern Optionen und eine informierte sowie souveräne Entscheidung ermöglicht. Wir vertrauen auf die Selbstbestimmung der Verbraucher. Deshalb lehnen wir eine bevormundende Verbraucherpolitik ab. Selbstbestimmung setzt aber eine freie und informierte Entscheidung voraus, die auch die Zwänge und Grenzen berücksichtigt, denen Verbraucher unterliegen. Dies wollen wir ermöglichen, indem wir uns insbesondere zur besseren Vergleichbarkeit bei Langzeitverträgen für die Ausweisung monatlicher Durchschnittspreise aussprechen. Zudem wollen wir die Durchsetzung von Verbraucherrechten vereinfachen, zum Beispiel durch sogenannte Smart Contracts, die eine automatische Entschädigung von Verbrauchern bei Verspätungen vorsehen.

Ein Grundgesetz der Freiheit und des Wohlstands

Wir Freie Demokraten begreifen das Grundgesetz nach 75 Jahren noch immer als starke Verfassung, die nur im Ausnahmefall geändert werden sollte. An einigen Stellen wollen wir die Verfassung an die Lebensrealität anpassen. So wollen wir etwa Art. 3 Abs. 3 GG um den Schutz der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität erweitern und Kinderrechte wie das Recht auf schulische Bildung explizit in das Grundgesetz aufnehmen, ohne dabei das Erziehungsrecht der Eltern einzuschränken. Umgekehrt wollen wir Art. 15 GG streichen, der die Grundlage für eine Vergesellschaftung von Grund und Boden sowie von Produktionsmitteln bildet. Stattdessen wollen wir in Art. 15 ein Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft verankern, die seit Gründung der Bundesrepublik die Grundlage für unseren Wohlstand bildet.

Wahlrecht ab 16

Wir Freie Demokraten wollen junge Menschen als politisch mündige Bürger behandeln. Die Themen, die ihnen wichtig sind, unterscheiden sich nicht signifikant von denen der Älteren. Sie können und wollen selbst über ihre Zukunft entscheiden. Deshalb sind wir dafür, das Wahlalter bei der Bundestagswahl – wie bei der Europawahl bereits geschehen – auf 16 Jahre abzusenken. Das Wahlrecht ist der Schlüssel zur politischen Partizipation. Es ist das vornehmste Recht in einer Demokratie. Die Ausweitung des Wahlrechts war stets Zeichen des gesellschaftlichen Fortschritts. Junge Menschen nehmen bereits in vielen Lebensbereichen Verantwortung wahr, werden aber von der politischen Teilhabe ausgeschlossen. Dabei sind sie diejenigen, die am längsten von politischen Entscheidungen beeinflusst werden. Das Wahlrecht ab 16 ist gelebte Generationengerechtigkeit.

Vereinfachung der Stimmabgabe für Auslandsdeutsche bei Wahlen

Wir Freie Demokraten fordern die Vereinfachung der Stimmabgabe für Auslandsdeutsche durch eine direkte Einbeziehung der Botschaften und, soweit unter Einhaltung der Wahlgrundsätze möglich, durch die Nutzung digitaler Kommunikationswege. Andere Länder ermöglichen es zum Beispiel, in den jeweiligen Auslandsbotschaften zu wählen. Die FDP setzt sich dafür ein, dass die Stimmabgabe in den deutschen Botschaften im Ausland ermöglicht wird und die Wahlteilnahme, ggf. unter Einbeziehung digitaler Kommunikationswege, für Auslandsdeutsche vereinfacht wird. Geprüft werden soll zudem, ob die politische Teilhabe der Auslandsdeutschen und ihrer Interessen gestärkt werden sollte, indem ihnen eine angemessene demokratische Repräsentation durch die Einführung von Auslandswahlkreisen gewährt wird.

Akzeptanz und Bürgerrechte von LSBTI weiter voranbringen

Wir bekämpfen Diskriminierung und Hasskriminalität gegenüber LSBTI. Deshalb werden wir den Nationalen Aktionsplan „Queer leben“ fortsetzen und die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld finanziell besser ausstatten. Polizeibehörden sollen LSBTI-feindliche Straftaten bundesweit einheitlich erfassen und verfolgen. Wir setzen uns dafür ein, den Schutz von Artikel 3 GG um die sexuelle Identität zu ergänzen. Wir geben Regenbogenfamilien einen fairen Rechtsrahmen. Wir wollen Mehrelternschaft rechtlich anerkennen und rechtswirksame Elternschaftsvereinbarungen bereits vor der Empfängnis ermöglichen. Fehlt eine solche Vereinbarung, soll die Ehefrau der Mutter rechtliches Elternteil werden, wobei Väterrechte zu sichern sind. Reproduktionsmedizin soll allen Menschen unabhängig von Familienstand und sexueller Orientierung zugänglich sein.

Schutz verfolgter LSBTI

Die Verfolgung aufgrund sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität ist ein anerkannter individueller Asylgrund nach deutschem und europäischem Recht. Zu diesem individuellen Grundrecht stehen die Freien Demokraten. Die Menschenrechtslage für LSBTI hat sich in Russland, Afghanistan, Iran, Irak und Teilen Afrikas dramatisch zugespitzt. Wir sprechen uns daher dafür aus, weiterhin humanitäre Visa für verfolgte LSBTI-Aktivistinnen und LSBTI-Aktivisten zu vergeben und insbesondere keine LSBTI-Flüchtlinge zurückzulassen, die sich im Zuge des bestehenden Aufnahmeprogramms Afghanistan bereits in Pakistan befinden.

Aktive Teilhabe und Inklusion von Menschen mit Behinderung

Wir Freie Demokraten machen Deutschland in allen Bereichen des öffentlichen Lebens barrierefrei. Wir setzen uns für eine stärkere Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderung ein. Wir schaffen ein inklusives Bildungssystem von der Kita bis zur Berufsausbildung, indem wir sonderpädagogische Inhalte in die pädagogische Grundausbildung integrieren. Wir stärken die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung und bauen bürokratische Hürden ab. Der Nachweis einer dauerhaften Behinderung muss künftig nur noch einmalig erbracht werden. Durch praxisnahe Förderung und Arbeitsvermittlung verbessern wir die Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt. Die Eingliederungshilfe für alle Kinder und Jugendlichen soll im SGB VIII vereint werden. Eingliederungshilfe gewähren wir Kindern und Jugendlichen künftig unabhängig vom Einkommen der Eltern.

Menschenhandel und sexuellen Missbrauch und bekämpfen

Wir Freie Demokraten wollen die organisierte Kriminalität im Bereich des Menschenhandels und der sexuellen Ausbeutung zerschlagen. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wollen wir ausbauen und besonders die europäische Kooperation intensivieren. Sexualstraftaten zu Lasten von Kindern können häufig nur durch Schulen, Kindergärten und ähnliche Einrichtungen erkannt werden. Diese sollen standardmäßig Schutzkonzepte einführen. Wer im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit den Verdacht auf sexuelle Ausbeutung oder Gewalt gegenüber Kindern hat, fühlt sich oft überfordert. Für betroffene Institutionen sind deshalb eindeutige Ansprechpersonen zu benennen. Dies betrifft auch Krankenhäuser, in denen durch den kurzfristigen Aufenthalt von Patientinnen und Patienten Verdachtsmomenten oft nicht nachgegangen werden kann.

Sexuellen Missbrauch in Kirchen und Religionsgemeinschaften aufklären

Wir Freie Demokraten fordern die Kirchen auf, sexuellen Missbrauch in den eigenen Reihen konsequent aufzuarbeiten. Angemessen ist hier ein Dreiklang aus rechtsstaatlicher Aufklärung, transparenter und wirksamer kirchlicher Aufarbeitung und der Begleitung und Überwachung durch eine unabhängige Kommission.

Umfassende Sexualaufklärung und Schutz vor sexualisierter Gewalt und Diskriminierung in Bildungseinrichtungen

Wir fordern eine umfassende, inklusive und geschlechtergerechte Sexualaufklärung, die Themen wie sexuelle Selbstbestimmung, Konsens, LSBTI-Inklusion und den reflektierten Umgang mit der eigenen Geschlechterrolle behandelt, aber auch häusliche Gewalt thematisiert. Diese Aufklärung soll zu gesunden, respektvollen Beziehungen beitragen. Schulen und Universitäten sollen Maßnahmen ergreifen, um sexualisierte Gewalt und geschlechtsbezogene Diskriminierung aktiv zu bekämpfen. Das umfasst Präventionsprogramme, klare Meldewege für Betroffene und Konsequenzen für Täterschaft. Auch Lehrkräfte und Personal müssen sensibilisiert und geschult werden.

Extremismus aus der Mitte der Gesellschaft heraus bekämpfen

Wir Freie Demokraten lehnen jede Form des politischen und religiösen Extremismus ab. Die Sicherheitsbehörden müssen sich besser um den Schutz besonders gefährdeter Gruppen und ihrer Einrichtungen kümmern. Die wissenschaftliche Expertise in den Sicherheitsbehörden bei der Bekämpfung verschiedener Extremismusformen muss ausgebaut werden. Für Menschen mit erwiesenen verfassungsfeindlichen Einstellungen ist im öffentlichen Dienst kein Platz.

Religionspolitik in der liberalen Bürgergesellschaft

Wir Freie Demokraten stehen für die im Grundgesetz verankerte Religionsfreiheit. Wir wollen ein friedliches und von gegenseitiger Akzeptanz geprägtes Verhältnis aller religiösen und nicht-religiösen Menschen in Deutschland erreichen. Das bisherige Staatskirchenrecht wollen wir zu einem Religionsverfassungsrecht weiterentwickeln – als gleiche rechtliche Basis für alle Religionsgemeinschaften, die das Gleichheitsgebot und die Glaubensvielfalt, die Grundrechte sowie die Selbstbestimmung ihrer

Mitglieder anerkennen. Darüber hinaus müssen Bund und Länder dem Verfassungsauftrag nachkommen, die Staatsleistungen abzulösen. Wir wollen die Islamverbände einer kritischen Prüfung unterziehen. Wir müssen klarstellen, welche Verbände Partner des deutschen Staates sein können und welche nicht. Verbände, die Islamismus beschönigen, verharmlosen oder Antisemitismus nicht verurteilen, können hierzulande keine Partner in der Religionspolitik sein. Es braucht auch eine Reform der Deutschen Islamkonferenz (DIK), bei der unsere Wertepartner unter den Verbänden deutlich mehr Raum erhalten. Die Ausbildung von Imamen und islamischen Religionslehrern an deutschen Universitäten muss ausgebaut werden, um nicht mehr von der Entsendung von Imamen durch Verbände abhängig zu sein, die von Autokraten kontrolliert werden. Islamischer Religionsunterricht muss frei von Einflüssen islamistischer oder aus dem Ausland gesteuerter Organisationen angeboten werden.

Islamismus konsequent bekämpfen – Prävention und Deradikalisierung stärken

Wir Freie Demokraten wollen die Gefahr des Islamismus aktiv bekämpfen. Die Radikalisierung von Muslimen in der deutschen Gesellschaft führt zu gesellschaftlicher Spaltung, Gewalt und Terrorismus. Insbesondere die Radikalisierung durch islamistische Influencer über das Internet hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Hier müssen neben den Mitteln des Strafrechts auch alle ausländerrechtlichen Maßnahmen ergriffen werden. Darüber hinaus erwarten wir eine selbstkritische Debatte in muslimischen Communities, um einen besseren Schutz von Jugendlichen vor extremistischem Gedankengut zu gewährleisten. Alle bestehenden Präventions- und Deradikalisierungsprogramme müssen auf ihre Effektivität hin überprüft werden. Auch muss der Bereich des sogenannten legalistischen Islamismus besser durchleuchtet werden als bislang. Denn extremistische Tendenzen werden nicht erst dann virulent, wenn sie bereits eine gewisse Stärke erreicht haben oder wenn ihnen konkrete terroristische Anschläge zugerechnet werden können.

Deutschland als sicheres Land für Jüdinnen und Juden

Wir Freie Demokraten wollen, dass sich Jüdinnen und Juden in Deutschland sicher fühlen können. Um das vielfältige jüdische Leben in Deutschland zu erhalten, muss Antisemitismus angesichts wachsender Gewalt gegen Jüdinnen und Juden noch konsequenter bekämpft werden – unabhängig davon, ob es sich um rechts- oder linksextremen Antisemitismus, um islamischen Antisemitismus, um Judenhass durch Zugewanderte oder um einen Antisemitismus aus der Mitte der Gesellschaft handelt. Dafür müssen Behörden alle Formen von Antisemitismus frühzeitig erkennen. Es ist inakzeptabel, dass Jüdinnen und Juden antisemitische Übergriffe immer seltener anzeigen, weil Verfahren zu oft eingestellt werden. Wir treten dafür ein, die Arbeitsdefinition von Antisemitismus nach der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) umfassend in den staatlichen Behörden zu etablieren und sie insbesondere zur Grundlage von Fortbildungen von Beamtinnen und Beamten sowie bei der Vergabe staatlicher Gelder zu machen. Es dürfen keine staatlichen Gelder für Organisationen und Projekte ausgegeben werden, die das Existenzrecht Israels infrage stellen. Auch die Nutzung öffentlicher Räumlichkeiten muss untersagt werden, wenn Veranstaltungen den friedlichen Verlauf der öffentlichen Diskussion gefährden. Die Verbote des extremistischen Netzwerks Samidoun oder des Islamischen Zentrums Hamburg waren überfällig. Wir wollen deshalb weitere Betätigungs- und Organisationsverbote prüfen, wie beispielsweise gegen die rechtsextremen türkischen Grauen Wölfe, die antiisraelische Organisation Masar Badil und die antisemitische BDS-Bewegung. Strafbarkeitslücken wollen wir konsequent schließen. Wir wollen eine echte bundesweite Gedenkminute am Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am Vorbild des Jom haScho'a etablieren.

Schutz der Meinungsfreiheit

Eine lebendige Demokratie braucht offene und aktive Debatten. Presse- und Meinungsfreiheit stehen von innen und außen zunehmend unter Druck und müssen geschützt werden. Die Meinungsfreiheit ist eine der tragenden Säulen des demokratischen Gemeinwesens. Auch digitale Plattformen haben eine eigene Verantwortung, wenn es um den Schutz der Meinungsfreiheit geht. Die im Rahmen des Digital Services Act eingeführten Sorgfaltspflichten für Plattformen dürfen nicht dazu führen, dass die Meinungsfreiheit beeinträchtigt wird oder dass Private statt staatlicher Gerichte über die Grenzen der Meinungsfreiheit entscheiden.

Strategische Kommunikation stärken

Freiheitliche Werte, Demokratie und Menschenrechte werden durch autoritäre Mächte gezielt untergraben. Dem muss die Bundesregierung verstärkt mit strategischer Kommunikation begegnen, die mit unseren Wertepartnern abgestimmt wird, insbesondere in Europa. Zivilgesellschaftliche Netzwerke sowie die Mittlerorganisationen der Auswärtigen Kultur- und Gesellschaftspolitik (AKGP) sollten gezielt einbezogen werden.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk braucht eine Auftrags- und Strukturreform

Wir Freie Demokraten bekennen uns zum dualen Mediensystem – getragen vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) und privaten Medienhäusern. Konkurrenz zu jedem Angebot privater Presse- und Medienhäuser ist nicht Aufgabe des ÖRR. Wir wollen einen moderneren und schlankeren ÖRR, der sich auf seine Kernaufgaben Nachrichten, Kultur, politische Bildung und Dokumentationen konzentriert. Durch eine Reduktion der Kanäle sowie den Abbau von Doppelstrukturen wollen wir den Rundfunkbeitrag senken. Junge Menschen in Ausbildung wollen wir vom Rundfunkbeitrag befreien. Wir müssen alle in Deutschland lebenden Menschen für eine informierte Gesellschaft erreichen. Daher fordern wir reichweitenstärkere fremdsprachige Angebote auch im Inland.

Deutschland braucht ein Leitbild für Migration und Integration

Wir Freie Demokraten wollen Deutschland ein integrationspolitisches Leitbild geben. Unser Land ist dringend auf Einwanderung in den Arbeitsmarkt angewiesen. Schon heute leben in Deutschland viele Menschen, die selbst oder deren Vorfahren in unser Land eingewandert sind. Doch allzu oft ist unklar, was unsere Gesellschaft von Einwandererinnen und Einwanderern erwartet. Die Folge sind Missverständnisse, Intoleranz und ungelöste Konflikte. Wir wollen keine staatlich verordnete sogenannte Leitkultur, sondern ein integrationspolitisches Leitbild, das breit in der Gesellschaft diskutiert und getragen wird. Dabei wollen wir in den kommenden Jahren unter Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund ein Leitbild erarbeiten, das als Orientierung und Fixpunkt für weitere integrationspolitische Debatten dienen kann und regelmäßig überarbeitet wird.

Für ein Einwanderungsgesetzbuch aus einem Guss

Wir Freie Demokraten wollen die Regeln im Bereich der Migrationspolitik konsequent vereinfachen. Unser Land braucht mehr reguläre und qualifizierte Einwanderung in den Arbeitsmarkt und weniger

irreguläre Migration von Menschen, die keine Chance auf ein Bleiberecht haben. Das Asyl- und Aufenthaltsrecht hat über die vergangenen Jahrzehnte eine nie dagewesene Komplexität und Unübersichtlichkeit erreicht. Einwanderung und Aufnahme müssen klaren Regeln folgen. Diese Regeln müssen auch verständlich und anwenderfreundlich gefasst sein. Alle gesetzlichen Grundlagen im Bereich der Asyl- und Einwanderungspolitik müssen in einem Einwanderungsgesetzbuch aus einem Guss zusammengefasst werden.

Einwanderung in den Arbeitsmarkt weiter vereinfachen

Wir Freie Demokraten wollen hochqualifizierten Fachkräften die Einwanderung in den Arbeitsmarkt weiter erleichtern. Die Europäische Blue Card wollen wir für weitere nicht-akademische Fachkräfte öffnen und die unpraktikablen Verdienstuntergrenzen abschaffen. Das Instrument der Westbalkanregelung wollen wir ausweiten. Außerdem wollen wir den Absolventen der weltweit besten 200 Universitäten ein einjähriges Orientierungsvisum zur Arbeitsfindung nach niederländischem Vorbild ermöglichen.

One-Stop-Shop für Einwanderung in den Arbeitsmarkt

Wir Freie Demokraten wollen eine einheitliche behördliche Zuständigkeit für Einwanderung in den Arbeitsmarkt schaffen. Es braucht auf allen staatlichen Ebenen einen Paradigmenwechsel, damit Fachkräfte aus dem Ausland nicht an unklaren Zuständigkeiten, analogen Prozessen und überlangen Verfahrensdauern scheitern. Visaverfahren müssen deutlich beschleunigt und digitalisiert werden. Wir wollen erreichen, dass Menschen, die regulär in den deutschen Arbeitsmarkt einwandern, künftig nur noch mit einer staatlichen Stelle zu tun haben, angefangen vom Antrag auf ein Visum bis hin zur Anerkennung beruflicher Abschlüsse. Dazu gehört auch, dass die Zuverlässigkeit von Arbeitgebern in Visaverfahren nicht mehrfach geprüft wird. Zudem muss die Zeitarbeit für eingewanderte Arbeitskräfte umfassend erlaubt werden.

Europäische Lösungen für mehr Ordnung und Kontrolle in der Migration

Wir Freie Demokraten wollen gemeinsam mit unseren europäischen Partnern für mehr Ordnung und Kontrolle in der Migrationspolitik sorgen. Mit dem neuen Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS) wird eine Entscheidung über die Erfolgsaussichten eines Asylgesuchs an der europäischen Außengrenze einfacher und rechtssicherer möglich. Die geplanten EU-Asylzentren müssen die Grundrechte der Schutzsuchenden garantieren. Dazu gehören humanitäre Standards sowie der Zugang zu rechtlichem Beistand. Der Solidaritätsmechanismus ist für uns nur ein erster Schritt auf dem Weg zu einem gesamteuropäischen verpflichtenden Verteilungsschlüssel für Schutzsuchende.

Schnellere Asylverfahren organisieren

Wir Freie Demokraten wollen zügige Asylverfahren. Schutzsuchende, die ein Bleiberecht in Deutschland erlangen, müssen so schnell wie möglich einen Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Menschen, die in Deutschland kein Bleiberecht erlangen, müssen so schnell wie möglich in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Lange Verfahren und ein dauerhafter Bezug von Asylbewerberleistungen stehen dem entgegen. Wir wollen die Verfahren bei Behörden und Gerichten beschleunigen: Gerichtliche Ent-

scheidungen können zentralisiert werden. In Asylsachen soll künftig im Regelfall ein Einzelrichter genügen. In mehr geeigneten Fällen soll im Wege des schriftlichen Verfahrens entschieden werden. Unvollständige oder mangelhafte Anträge im Asylgerichtsverfahren sollen nach einer bestimmten Zeit als zurückgenommen gelten. Das spart Zeit und Arbeitskraft und ist im Interesse der Schutzsuchenden.

Asylverfahren in Drittstaaten ermöglichen

Wir Freie Demokraten wollen, dass Asylverfahren auch in Drittstaaten durchgeführt werden. Hierzu müssen national und auf EU-Ebene sämtliche Vorkehrungen getroffen werden. Insbesondere muss das sogenannte Verbindungselement im Unionsrecht gestrichen werden. Dieses setzt aktuell eine Verbindung zwischen Flüchtling und Drittstaat voraus und stellt damit eine unnötige Hürde dar. Entscheidendes Kriterium darf nur sein, dass Schutzsuchende in dem Drittstaat sicher sind und dass rechtsstaatliche Verfahren gewährleistet werden können.

Den Magnetismus des Sozialstaates für Migration reduzieren: Neuer Status ohne Bürgergeldbezug für Schutzberechtigte

Wir Freie Demokraten wollen für alle anerkannten Flüchtlinge – dazu gehören auch die ukrainischen Geflüchteten – einen eigenen sozialrechtlichen Status schaffen. Er kombiniert eine stärkere Unterstützung für die Aufnahme von Arbeit und – soweit rechtlich zulässig – geringere Sozialleistungen. Die Höhe der Sozialleistungen darf keinen Fehlanreiz darstellen. Deswegen wollen wir die Höhe der Sozialleistungen, zum Beispiel beim Asylbewerberleistungsgesetz, kritisch überprüfen und perspektivisch auf ein europäisches Maß reduzieren. Bei Personen, die nicht aktiv an der Identitätsfeststellung mitwirken, besteht anscheinend kein Interesse an Asyl, weshalb die Sozialleistungen auf das verfassungsrechtliche Minimum gekürzt und wo möglich komplett eingestellt werden sollen.

Sozialleistungen für ausreisepflichtige Ausländer streichen

Wir Freie Demokraten wollen die Sozialleistungen für ausreisepflichtige Ausländer vollständig streichen. Wer rechtskräftig und vollziehbar ausreisepflichtig ist und eine zumutbare Möglichkeit hat, Deutschland zu verlassen, darf in der Regel keine staatliche Unterstützung mehr erhalten. Für die Ausreise wird nur noch das Flugticket oder die Bahnfahrkarte zur Verfügung gestellt. Das gilt bereits in sogenannten Dublin-Fällen, bei denen feststeht, dass ein anderer EU-Mitgliedstaat nach dem Dublin-System zuständig ist und die Überstellung dorthin möglich ist. Darüber hinaus wollen wir die rechtlichen Möglichkeiten schaffen, um auch in anderen Fällen die Sozialleistungen zu streichen. Auch jenen, die die Identitätsfeststellungsverfahren aktiv behindern, sollen Sozialleistungen gestrichen werden.

Spurwechsel ermöglichen

Für gut integrierte Schutzsuchende muss es die Möglichkeit eines Spurwechsels zur Einwanderung in den Arbeitsmarkt geben, wenn sie so qualifiziert sind, dass sie und ihre Familien von eigener Arbeit ohne Transferleistungen leben können.

Für Abschiebungen, die tatsächlich funktionieren

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Rückführungen von Menschen ohne Bleiberecht tatsächlich funktionieren. Die Bundesländer scheitern zu oft am Vollzug. Deswegen wollen wir die Zuständigkeit für Abschiebungen auf der Bundesebene zentralisieren. Bis dahin müssen die Länder genügend Plätze für Abschiebehaft und Ausreisegewahrsam vorhalten. Wirken bestimmte Bundesländer nicht mit, so muss dies auch finanzielle Folgen haben. Der Bund und kooperationsbereite Länder können nicht dauerhaft die Lasten tragen, die durch solche Länder entstehen, die eine einheitliche Migrationspolitik und Abschiebungen behindern. Als erster Schritt zu einer bundesweiten Zentralisierung der Abschiebeverfahren muss die Bundespolizei für Abschiebungen zuständig werden, wenn Personen mit unerlaubtem Aufenthalt in ihrem Zuständigkeitsbereich aufgegriffen werden. Bislang ist die Bundespolizei zwar teilweise für die Feststellung des unerlaubten Aufenthalts, aber nicht für die anschließende Rückführung zuständig. Das führt zu Zuständigkeitsbrüchen im Bearbeitungsprozess und muss geändert werden. Bund und Länder müssen an großen Flughäfen gemeinsame Ausreisезentren betreiben. Es müssen auch Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien erfolgen.

Weitere sichere Herkunftsstaaten bestimmen

Wir Freie Demokraten wollen mehr sichere Herkunftsstaaten ausweisen. Die zuletzt erfolgte Einstufung von Georgien und Moldau zu sicheren Herkunftsstaaten zeigt, dass dieses Instrument wirkt: Seit der Einstufung konnten die Asylzahlen aus diesen beiden Ländern um knapp 80 Prozent gesenkt werden. Wer dennoch ohne hinreichenden Grund um Asyl sucht, kann schneller abgeschoben werden. Wir fordern ein geregeltes Verfahren zur Identifizierung und Einstufung weiterer sicherer Herkunftsstaaten. Die Bundesregierung soll prüfen, inwieweit jene Staaten, deren Anerkennungsquote seit mindestens fünf Jahren sowie im Durchschnitt der letzten zehn Jahre unter fünf Prozent liegt, auf Grundlage der aktuellen Lageberichte des Auswärtigen Amtes wahrscheinlich die Voraussetzungen für eine entsprechende Einstufung erfüllen. Für Staaten, die im Zuge dieser Vorprüfung eine positive Einschätzung zu einer möglichen Einstufung erhalten haben, soll im Anschluss eine vollständige Prüfung zur Einstufung als sichere Herkunftsstaaten erfolgen. Neben den sicheren Herkunftsstaaten im Sinne des Grundgesetzes wollen wir auch die Möglichkeiten zur Ausweisung sicherer Herkunftsstaaten nach dem Europarecht ausnutzen.

Ausweitung von Migrationsabkommen

Wir Freie Demokraten wollen die Rücknahmebereitschaft der Herkunftsländer irregulärer Migration erhöhen und gleichzeitig mit diesen Staaten reguläre Migration in Arbeit und Ausbildung ausbauen. Alle Seiten haben ein vitales Interesse an mehr regulärer und weniger irregulärer Migration. Kooperation bei der Rücknahme kann mit leichterem Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt und zum Ausbildungssystem belohnt werden. Wir wollen den Sonderbevollmächtigten für Migrationsabkommen auch mit der Sondierung möglicher Drittstaatsabkommen beauftragen. Die Bekämpfung von Fluchtursachen muss darüber hinaus zu einem zentralen Ziel der deutschen Entwicklungszusammenarbeit werden.

Für humanitäre Schutzzonen außerhalb der EU

Wir Freie Demokraten befürworten die Einrichtung humanitärer Schutzzonen unter der Aufsicht des UNHCR und/oder der EU, im Einvernehmen mit den jeweiligen Staaten und mit Finanzierung durch die EU. In solchen offenen Schutzzonen sollen Flüchtlinge vor bewaffneten Konflikten, Gewaltanwendung und anderen Menschenrechtsverletzungen sicher sein. Insbesondere in Nordafrika können solche Zonen dazu dienen, ankommende Flüchtlinge von den dort derzeit teils unmenschlichen Bedingungen zu befreien und ihnen vorübergehend Obhut zu bieten. Außerdem könnten dort noch vor einer Einreise nach Europa Asylverfahren durchgeführt werden. Nach deren Abschluss können Schutzberechtigte auf legalem und geordnetem Wege nach Europa einreisen und auf die Mitgliedstaaten verteilt werden. Die EU-Hotspots können dabei als Vorbild dienen.

Für ein echtes Frontex-Update

Wir Freie Demokraten wollen ein echtes Update für die europäische Grenzschutzagentur Frontex. Die Rolle der Agentur beim Schutz der Außengrenzen und bei der Bekämpfung irregulärer Migration muss gestärkt werden. Frontex muss die Aufgabe der Seenotrettung im Mittelmeer vollständig übernehmen. Dies kann nicht die Aufgabe privater Organisationen mit einer eigenen migrationspolitischen Agenda sein. Dabei muss die Ausschiffung der Geretteten in sichere Drittstaaten mit Migrationsabkommen der Regelfall werden, auch um zu verhindern, dass kriminelle Schlepper die Seenotrettung zum Instrument für irreguläre Migration missbrauchen und dadurch das Leben zahlreicher Menschen aufs Spiel setzen. Dazu sollte auch die Befähigung und die Zuständigkeit von Frontex bei der Bekämpfung von Schleuserkriminalität ausgebaut werden.

Für eine gelingende Integration

Wir Freie Demokraten wollen, dass Integration in Deutschland gelingt. Die hohen Zahlen an Schutzsuchenden der vergangenen Jahre überlasten jedoch die Infrastruktur vor Ort. Die Aufnahme- und Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft ist begrenzt, Betreuungs-, Sprach- und Integrationsangebote nicht endlos verfügbar. Unter solchen Umständen erodiert die gesellschaftliche Akzeptanz für den Flüchtlingsschutz, aber auch für die dringend gebotene Einwanderung in den Arbeitsmarkt. Eine erfolgreiche Integrationspolitik setzt deswegen voraus, dass kommunale Strukturen die Menschen auch integrieren können. Zu diesem Zweck wollen wir das Instrument der Wohnsitzauflage ausbauen und die gesetzlichen und administrativen Voraussetzungen schaffen, um den Kommunen nach dänischem Vorbild eine aktivere Rolle bei der Verteilung von Schutzsuchenden auf einzelne Quartiere zu ermöglichen, sobald Indikatoren im Bereich der Deutschkenntnisse in den Schulen, bei der Kriminalitätsbelastung und des sozialen Gefüges dies notwendig machen.

Für Integrationskurse mit klaren Zielen

Wir Freie Demokraten wollen bestehende Integrationskurse evaluieren und klarer an den Voraussetzungen für eine funktionierende Integration ausrichten. Die Teilnahme an diesen Kursen muss für alle Menschen mit günstiger Bleibeprognose verpflichtend sein. Wer sich der Teilnahme an Integrationskursen verweigert, muss auch mit einer Kürzung von Sozialleistungen rechnen. Ziel der Integrationskurse muss es vor allem sein, den Respekt vor unserer Rechtsordnung und Demokratie zu vermitteln, insbesondere die Gleichheit von Frau und Mann, die deutsche Geschichte, einschließlich der Zeit des

Nationalsozialismus und des Holocausts sowie der besonderen deutschen Verantwortung für jüdisches Leben und das Existenzrecht Israels, die Akzeptanz unterschiedlicher sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten, sowie die Toleranz gegenüber allen Formen des Glaubens und des Nichtglaubens.

Für ein liberales und konsequentes Staatsangehörigkeitsrecht

Wir Freie Demokraten wollen, dass die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit am Ende einer gelungenen Integration steht. Deswegen haben wir durchgesetzt, dass Menschen nur dann eingebürgert werden können, wenn sie ihren eigenen Lebensunterhalt verdienen. Damit senden wir das Signal, dass sich Fleiß und eigene Arbeitsleistung auszahlen. Antisemitische, rassistische, fremdenfeindliche Handlungen oder Motive stellen hingegen einen strengen Ausschlussgrund dar. Wer unsere Werte nicht teilt, darf nicht eingebürgert werden. Wer schwere Straftaten begeht, kann nicht deutscher Staatsbürger werden. Außerdem muss Menschen, die sich einer terroristischen Organisation anschließen, die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt werden, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird. Hier muss das Recht konsequent angewendet werden. Gleichzeitig haben wir mit dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht im Gesetz verankert, dass die Einbürgerungsurkunde im Rahmen einer öffentlichen Einbürgerungsfeier ausgehändigt werden soll. Wenn Menschen mit ihren Familien in den deutschen Arbeitsmarkt einwandern und sich nach Erfüllen der Voraussetzungen entscheiden, deutsche Staatsangehörige werden zu wollen, dann ist das ein Grund zum Feiern. Landkreise und Kommunen müssen öffentliche Einbürgerungsfeiern zum Regelfall machen und das neue Staatsangehörigkeitsrecht mit Leben füllen.

Gewalt gegen Frauen bekämpfen, Schutzkonzepte ausbauen und Prävention stärken

Wir Freien Demokraten fordern, dass die Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt umfassend und wirksam umgesetzt wird. Die Zahl der Femizide in Deutschland steigt weiter. Wir setzen uns für ein Online-Register für Frauenhäuser ein, das in Echtzeit verfügbare Plätze anzeigt. Frauenhäuser müssen flächendeckend ausreichend Plätze bieten. Bund und Länder sollen die Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung intensivieren und Betroffenen anzeigeunabhängig, kostenlos und anonym die Spurensicherung ermöglichen. Digitale Prävention wollen wir verstärken. Wir fordern den Ausbau von Gewaltschutzambulanzen und die Übernahme der Kosten für Behandlungen nach Vergewaltigungen.

Zwangsprostitution verfolgen und selbstbestimmte Sexarbeit schützen

Wir Freie Demokraten wissen um die Herausforderung einer Abgrenzung zwischen freiwilliger und unfreiwilliger Prostitution. Dennoch lehnen wir den Ansatz des Nordischen Modells ab und wollen nicht jede Sexarbeiterin und jeden Sexarbeiter pauschal als Opfer ihrer selbst sehen. Wir setzen uns für die Rechte selbstbestimmter Sexarbeiter und Sexarbeiterinnen ein. Den Kampf gegen Armut- und Zwangsprostitution sowie gegen die Loverboy-Methode wollen wir intensivieren. Präventive Bildungsmaßnahmen und ein umfassender Opferschutz sind wichtige Bausteine zur Bekämpfung dieser perfiden Ausbeutungsformen. Zwangsprostitution und Menschenhandel müssen durch entschiedene und gut koordinierte Strafverfolgung bekämpft werden. Dazu braucht es einen effektiven Austausch zwischen nationalen und internationalen Strafverfolgungsbehörden. Zur Verbesserung der Lebensbe-

dingungen von Prostituierten soll in größeren Städten ein „Runder Tisch“ nach dem Dortmunder Modell eingerichtet werden, um die Zusammenarbeit zwischen Behörden, Beratungsstellen und Prostituierten zu stärken. In ländlichen Regionen wollen wir gemeinsam mit den Bundesländern die aufsuchende Beratungs- und Präventionsarbeit stärken.

Reproduktive Selbstbestimmung – Paragraf 218 reformieren

Wir Freie Demokraten stehen hinter der Möglichkeit von Frauen, einen Schwangerschaftsabbruch nach geltender Rechtslage vorzunehmen. Eine Reform der Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch (§§218, 218a StGB) soll im Wege von sog. fraktionsübergreifenden Gruppenanträgen mit Gewissensfreiheit für jede Abgeordnete und jeden Abgeordneten im nächsten Deutschen Bundestag beraten werden. Die derzeitige Versorgungslage ist absolut unzureichend. Daher müssen wir uns mit den politischen Rahmenbedingungen beschäftigen, um eine angemessene Versorgungslage zu gewährleisten. Dazu muss in allen Bundesländern der Schwangerschaftsabbruch in die Ausbildung der Gynäkologinnen und Gynäkologen als Teil des Curriculums integriert werden. Wir werden prüfen, wie Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft stärker in die Verantwortung genommen werden können. Allen Frauen soll die Kostenübernahme des Abbruchs ermöglicht werden. Existierende Möglichkeiten medikamentöser Abbruchmethoden sollten Schwangeren unter anderem durch Abschaffung der Neun-Wochen-Grenze für medikamentöse Abbrüche besser zugänglich und kenntlich gemacht werden und beispielsweise durch medizinisches Personal und Hebammen begleitet werden können.

Vorgeburtliche Untersuchungen ermöglichen

Viele werdende Mütter wünschen vorgeburtliche Untersuchungen. Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Beibehaltung der Kostenübernahme für Bluttests auf Trisomien bei entsprechender Indikation. Darüber hinaus fordern wir, vorgeburtliche Vaterschaftstests als Bluttests zuzulassen.

Stärkung der Geburtshilfe und der frühen Hilfen

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Frauen vor, während und nach der Geburt ausreichend von Hebammen versorgt werden. Auch bei Schwangerschaftsabbrüchen und Fehlgeburten soll eine umfassende Betreuung gewährleistet sein. Um den Fachkräftemangel zu bekämpfen, fordern wir bessere Arbeitsbedingungen auf Geburtsstationen, einen verbesserten Betreuungsschlüssel sowie die Entlastung von Bürokratie und anderen Tätigkeiten. Freiberufliche Hebammen wollen wir vor unverhältnismäßig hohen Versicherungskosten schützen. Zudem setzen wir uns für eine bessere Versorgung mit Kinderärzten und die Dynamisierung der Frühen Hilfen ein. Gewalt in der Geburtshilfe muss bekämpft werden. Frauen haben das Recht auf eine respektvolle, selbstbestimmte Geburt. Werdende Mütter sollen besser über ihre Rechte informiert und Hebammen besser eingebunden werden.

Zugang zu Verhütung verbessern

Wir Freie Demokraten werden dafür sorgen, dass neutrale Informationen zu dem rezeptfreien Verhütungsmittel der Verzögerung des Eisprungs (sog. „Pille danach“) möglich werden und die bestehende gesetzliche Regelung abgeschafft wird. So wird es auch möglich, Mädchen in Schulen über

alle Verhütungswege aufzuklären. Dies soll es Frauen ermöglichen, selbstbestimmt über ihre Familienplanung zu entscheiden. In Beratungsangebote sollte ebenso die Möglichkeit zur Sterilisation einbezogen werden.

Enttabuisierung der Menstruation in Bildungseinrichtungen

Menstruation muss enttabuisiert werden. Im Rahmen der Sexualaufklärung sollen Schülerinnen für Menstruation, Reproduktionsgesundheit und das Wohlbefinden von Mädchen und Frauen sensibilisiert werden, um Scham und Stigma zu überwinden.

Gründerinnen von heute und morgen stärken

Noch immer gründen Frauen seltener als Männer und ihre Start-ups erhalten weniger Wagniskapital. Auch das Potenzial von Gründerinnen und Gründern mit Migrationshintergrund wird nicht vollständig genutzt. Daher wollen wir Frauen den Zugang zu Venture-Capital-Fonds staatlicher Förderbanken erleichtern. Verwaltungsvorgänge, die für eine Gründung notwendig sind, sollen schnellstmöglich auf Englisch ermöglicht werden. Die Gründerinnen von morgen stärken wir durch finanzielle Bildung sowie durch Entrepreneurship-Education in Schulen. Wir bereinigen Schulmaterialien von stereotypen Rollenbildern und diskriminierenden Darstellungen. Programme mit weiblichen Vorbildern und Projekte wie Robotics und Coding in der Ganztagschule sollen das Interesse von Mädchen und Menschen mit Migrationshintergrund an MINT-Berufen wecken.

Digitale Transformation als Chance für Frauen

Wir Freie Demokraten setzen auf Chancengleichheit in der digitalen Transformation. Die digitale Transformation eröffnet gerade auch Frauen neue Chancen, ihre beruflichen Perspektiven zu erweitern und als Gestalterinnen in der Technologiebranche zu wirken. Wir setzen uns dafür ein, Frauen frühzeitig durch Bildungsprogramme in digitalen Kompetenzen zu fördern. Wir möchten Mädchen schon in der Schule für MINT-Berufe begeistern und ihnen den Zugang zu Innovationen erleichtern. Wir unterstützen Gründerinnenprogramme im Tech-Bereich. Flexible Arbeitsmodelle sollen dabei unterstützen, Beruf und Familie besser zu vereinbaren und berufliche Ziele zu erreichen.

Zukunftsgestalterinnen im Handwerk

Gut ausgebildete Frauen sind entscheidend für die Zukunft des Handwerks. Als Freie Demokraten setzen wir auf Werkunterricht an Schulen und Ausbildungsbotschafterinnen, um früh zu begeistern. Durch gezielte Fördermaßnahmen, Stärkung von Azubi-Stipendien und Gründerinnenpreise im Handwerk sowie durch bessere Vereinbarkeit von Familie und Meisterausbildung wollen wir Frauen stärken. Handwerksbetriebe werden bei der digitalen Transformation und im Technologiebereich unterstützt. Das Klima-Handwerk wird Schlüsselfaktor für Klimaschutz durch Innovationen in Energieeffizienz und nachhaltigen Bauweisen.

Mehr Lohngerechtigkeit für Frauen

Frauen verdienen bei gleicher Leistung und Position immer noch weniger Geld als Männer. Wir bekämpfen Lohnunterschiede, indem wir Arbeitgeber dabei unterstützen, den eigenen Gender Pay Gap

zu berechnen und wirksame Angleichungsmaßnahmen umzusetzen. Wir erwarten bei Tarifverhandlungen in frauendominierten Branchen gleiche Bemühungen wie in männerdominierten.

Mehr Frauen in der Politik

Wir Freie Demokraten setzen uns für tatsächliche Chancengleichheit für Frauen und Männer im politischen Betrieb ein. Dabei lehnen wir starre Quoten und verfassungswidrige Instrumente wie Paritätsgesetze ab, die die Freiheit der Wahl und der Parteien beeinflussen. Nachhaltige Veränderungen müssen aus den Parteien heraus angestoßen werden. Hierbei setzen wir auf Selbstverpflichtungen in Form von Zielvereinbarungen, um die Repräsentanz von Frauen in Führungsfunktionen und Mandaten auf allen Ebenen zu erhöhen. Parteien sind in der Pflicht, ihre Parteikultur offener und transparenter zu gestalten. Damit verfolgen wir das Ziel, langfristig die Rahmenbedingungen für politisches Engagement für alle zu verbessern und Parität zu erreichen.

Altersarmut verhindern und Frauen gezielt stärken

Frauen sind besonders von Altersarmut betroffen, da sie häufiger in Teilzeit arbeiten, familienbedingt aus dem Beruf aussteigen und weniger verdienen. Dies führt zu geringeren Rentenansprüchen. Wir setzen uns für eine Rentenpolitik ein, die Teilzeitarbeit, Elternzeiten und ungleiche Bezahlung berücksichtigt. Paare sollen bei Erwerbsunterbrechung aufgrund von Care-Arbeit standardisiert das Rentenpunktesplittings nutzen können. Mit mehr finanziellen Bildungsangeboten wollen wir Frauen ermutigen, stärker auf die private Altersvorsorge zu setzen.

Mentale Gesundheit von Frauen stärken: Barrieren abbauen

Mehrfachbelastung durch die Hauptlast der Kinderbetreuung, der Haushaltsarbeit und des Berufs sowie mangelnde Karrierechancen für Frauen werden immer noch viel zu selbstverständlich genommen. Eine stärkere Belastung der mentalen Gesundheit kann die Folge sein. Wir möchten dem „Mental Load“ entgegenwirken und zudem dafür sorgen, dass die mentale Gesundheit ernst genommen wird. Durch den Ausbau flexibler Betreuungsangebote und die Förderung partnerschaftlicher Aufgabenteilung ab Geburt können wir Frauen entlasten und ihre mentale Gesundheit schützen. Zudem müssen Hürden im Berufsleben, wie ungleiche Karrierechancen und die „gläserne Decke“, überwunden werden.

Ein Update für das Elterngeld

Wir Freien Demokraten fordern, das Elterngeld an die Gegenwart anzupassen. Das Elterngeld (14 Monate) soll voll ausgezahlt werden, wenn beide Partner je mindestens vier Elterngeldmonate in Anspruch nehmen. Die restlichen Monate können Eltern frei unter sich aufteilen. Damit tragen wir den realen und diversen Betreuungskonstellationen Rechnung, stärken partnerschaftliche Verteilung der Sorgearbeit und machen das Elterngeld attraktiver. Pflegeeltern und Selbständigen soll der Zugang zum Elterngeld vereinfacht werden. Damit zentrale Familienleistungen Familien zuverlässig erreichen, fordern wir eine konsequente Entbürokratisierung, Digitalisierung und Bündelung der Familienleistungen. Dazu etablieren wir ein übersichtliches und einfach nutzbares Kinderchancenportal für Familien.

Für einen modernen Mutterschutz – mit und ohne eigenes Unternehmen

Wir Freie Demokraten wollen den Mutterschutz modernisieren. Dazu fordern wir die Einführung eines freiwilligen, flexiblen Mutterschutzes für Selbstständige. Die Finanzierung des Mutterschutzes für Selbstständige erfolgt äquivalent zum Mutterschutz für Angestellte. Dadurch entstehende Belastungen werden wir an anderer Stelle ausgleichen. Keine Frau soll nach einer Fehlgeburt sofort wieder arbeiten müssen. Daher fordern wir, dass Frauen, die eine Fehlgeburt erleiden, ein Recht auf gestaffelten Mutterschutz haben.

Weil Familie, Pflege und Beruf miteinander vereinbar sein müssen

Wir Freien Demokraten wollen die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege deutlich verbessern. Ausreichende Kitaplätze ermöglichen Müttern eine gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarkt und sind ein entscheidender Wirtschaftsfaktor. Wir priorisieren den Ausbau einer flächendeckenden, ganztägigen Kinderbetreuung und die bessere steuerliche Absetzbarkeit berufsbedingter Betreuungskosten. Betriebskittas sollen stärker gefördert und bürokratische Hürden abgebaut werden. Wir wollen – insbesondere für Eltern im Schichtdienst – flexiblere, bedarfsgerechte Betreuungszeiten und Einrichtungen ermöglichen. Für Pflegende soll die Tages- und Kurzzeitpflege ausgebaut werden. Flexible Arbeitszeiten durch Teilzeit, Job- oder Topsharing und Homeoffice sollen allen Arbeitnehmenden ermöglicht werden.

Modernes Fortpflanzungsmedizingesetz schaffen

Wir Freie Demokraten wollen ein modernes Fortpflanzungsmedizingesetz. Wir fordern die Legalisierung der Eizellspende sowie die Klarstellung, dass die Embryonenspende zulässig ist. Wir wollen außerdem die nicht kommerzielle Leihmutterschaft ermöglichen und fordern hierfür einen klaren Rechtsrahmen. Die Möglichkeiten der Reproduktionsmedizin sollen allen Menschen unabhängig vom Familienstand und der sexuellen Orientierung zugänglich sein.

Ungewollt Kinderlose unterstützen

Wir Freie Demokraten wollen eine bessere finanzielle Förderung von Kinderwunschbehandlungen. Die Bundesförderung darf nicht mehr von einer Landesbeteiligung abhängig sein. Langfristig sollen die gesetzlichen Krankenkassen die Kosten bei Vorlage einer medizinischen Indikation wieder vollständig übernehmen. Auch Paare ohne Trauschein und Alleinstehende sollen einen Anspruch auf Förderung haben. Statt fixer Altersgrenzen oder starrer Begrenzungen auf eine bestimmte Anzahl von Behandlungsversuchen soll die Förderung von der individuellen Erfolgswahrscheinlichkeit der Behandlung abhängig gemacht werden. Auch die Kosten für Präimplantationsdiagnostik sollen übernommen werden.

Vielfältige Familienkonstellationen rechtlich anerkennen

Wir Freie Demokraten wollen ein modernes Familienrecht schaffen, das den heute vielfältigen Familienkonstellationen wie Patchwork- und Regenbogenfamilien gerecht wird. Insbesondere wollen wir Elternschaftsvereinbarungen bereits vor der Empfängnis ermöglichen. Die Ehefrau der leiblichen Mutter soll von Geburt an automatisch rechtlich zweite Mutter sein, wenn das Kind mit Hilfe einer

Samenspende gezeugt wurde oder der leibliche Vater anderweitig Einvernehmen erklärt hat. Wir wollen das Adoptionsrecht ausweiten. Unverheiratete Paare sollen verheirateten Paaren gleichgestellt werden. Zur Vermeidung von Diskriminierung soll das Adoptionsverfahren so lange wie möglich anonym sein. Bei Stiefkindadoptionen soll das Verwandtschaftsverhältnis zu beiden leiblichen Elternteilen erhalten bleiben, sofern dies einvernehmlich gewünscht wird und es dem Kindeswohl nicht widerspricht. Zudem muss das Umgangsrecht der Großeltern verbessert werden. Um den für das Kindeswohl wichtigen Umgang von Großeltern mit ihren Enkelkindern auf eine bessere gesetzliche Grundlage zu stellen, wollen wir ein eigenes Recht des Kindes auf Umgang mit seinen Großeltern verankern. Neu eingeführt werden soll auch ein eigenes Umgangsrecht mit Geschwistern.

Verantwortungsgemeinschaft einführen

Wir Freie Demokraten wollen die Verantwortungsgemeinschaft gesetzlich verankern. Dabei soll die Ausgestaltung der Rechte und Pflichten innerhalb einer Verantwortungsgemeinschaft stufenweise variiert werden können. Zwei oder mehr volljährige Personen, die sich persönlich nahestehen, aber nicht miteinander verheiratet, verpartnert oder in gerader Linie verwandt sind, sollen eine Verantwortungsgemeinschaft möglichst unbürokratisch gründen können. Die Belange der Kinder und das Namensrecht bleiben davon unberührt. Auch sollen keine Aufenthaltsberechtigungen oder eine Arbeitserlaubnis begründet werden. In einer Zeit, in der traditionelle Familienstrukturen gerade im Alter nicht immer tragen, wächst der Bedarf an neuen Formen gegenseitiger Absicherung. Der Grundgedanke einer solchen Verantwortungsgemeinschaft ist größtmögliche Flexibilität bei maximaler Selbstbestimmung.

Einvernehmliche Scheidungen beschleunigen

Wir Freie Demokraten wollen einvernehmliche Scheidungen beschleunigen. Wenn Eheleute einvernehmlich zu dem Schluss kommen, ihre Ehe auflösen zu wollen, ist es nicht mehr zeitgemäß, sie ein Jahr an die Ehe gebunden zu halten. Wir fordern daher die Möglichkeit einer schnelleren einvernehmlichen Scheidung, wenn beide Ehepartner anwaltlich vertreten sind. Auch überdies sind die Trennungszeiträume sinnvoll zu verkürzen. Zudem wollen wir die Durchführung von Scheidungsterminen auch per gerichtlicher Videokonferenz ermöglichen.

Wechselmodell zum Leitbild machen

Wir Freie Demokraten wollen das sogenannte Wechselmodell zum gesetzlichen Leitbild bei der Betreuung minderjähriger Kinder nach einer Trennung der Eltern machen. Beide Eltern sollten berechtigt und verpflichtet sein, sowohl für den Unterhalt als auch für die Betreuung mit einem substantiellen Anteil zu sorgen. Viele Eltern möchten die Kinder auch nach der Trennung gemeinsam erziehen. Die Politik muss die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür schaffen. Leitbild soll sein, dass Erziehungs- und Unterhaltsverantwortung gemeinschaftlich ausgeübt werden, wenn das Kindeswohl dem nicht entgegensteht.

Aufbau belastbarer Digitalkompetenzen im Alter

Wir Freie Demokraten sehen eine Digitaloffensive für Seniorinnen und Senioren vor. Die Digitalisierung darf für keine Altersgruppe neue Hürden und Barrieren verursachen.

Für mehr Barrierefreiheit zu Hause – so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden leben

Wir setzen uns für eine selbstbestimmte Lebensführung älterer Menschen in einem möglichst barrierefreien Zuhause ein. Die Kreditvergabe für altersgerechte Sanierungen und Umbauten unterstützen wir.

Keine Pflichtdienste

Wir Freie Demokraten sehen eine allgemeine Dienstpflicht und verwandte Konzepte als einen schweren Freiheitseingriff. Einen solchen Pflichtdienst für junge Menschen lehnen wir ab. Wir setzen auf attraktive und berufsvorbereitende Freiwilligendienste. Um den Zugang zu Freiwilligendiensten so einfach wie möglich zu machen, sollen die verschiedenen Angebote von FSJ (Freiwilliges Soziales Jahr) über FÖJ (Freiwilliges Ökologisches Jahr) bis zum Bundesfreiwilligendienst durch ein Rahmengesetz vereinheitlicht werden. Wichtig ist uns, dass alle Altersgruppen partizipieren können.

Ehrenamt fördern

Für uns Freie Demokraten ist ehrenamtliches Engagement ein unverzichtbarer Pfeiler einer lebendigen Demokratie. In vielen Vereinen wird dieses Engagement gebündelt und zum Rückgrat einer aktiven Zivilgesellschaft, die einen wichtigen Beitrag zur Förderung unseres Gemeinwesens übernimmt und unsere Demokratie stärkt. Damit sich Ehrenamtliche auf ihr Engagement konzentrieren können, wollen wir Vereine bei Haftungsrisiken und Bürokratie deutlich entlasten. Digitale Angebote und Plattformen für Ehrenamtliche sollen weiter ausgebaut werden. Insbesondere schlagen wir eine Reduzierung von Dokumentations- und Aufbewahrungspflichten vor. Steuer- und registerrechtliche Abläufe, die das Ehrenamt betreffen, müssen digitalisiert werden. Ein zentraler Vereinslotse führt übersichtlich durch alle Auflagen, Register- und Berichtspflichten. Das schafft Sicherheit für Engagierte. Wir passen rechtliche Rahmen, Übungsleiter- und Ehrenamtspauschalen sowie relevante Einnahmeregrenzen an.

Sport als gesellschaftliches Projekt

Sport ist mehr als nur Bewegung – er hält gesund, verbindet Menschen und hilft, Pflegebedürftigkeit vorzubeugen. Um diese Potenziale zu heben, wollen wir neben einer generellen Stärkung des Ehrenamts insbesondere das Engagement der Babyboomer-Generation gezielt einbinden. Mit ihrer Erfahrung und Zeit können sie Sportangebote für Kinder, Jugendliche und Senioren ausbauen und die Vereinsarbeit beleben. Außerdem stärken wir die Zusammenarbeit zwischen Vereinen, Schulen, Unternehmen und sozialen Einrichtungen, um möglichst viele Menschen zu erreichen. Sport bringt Menschen zusammen, unabhängig von Herkunft oder Fähigkeiten. Die Bundesjugendspiele mit individuellen Leistungsanreizen halten wir aufrecht und ergänzen sie um die Möglichkeit, dort das Deutsche Sportabzeichen zu erwerben. So motivieren wir leistungsstarke Kinder und Bewegungsbenachteiligte gleichermaßen und fördern Leistung und Teilhabe bei jungen Menschen. Sportgroßveranstaltungen wie Olympische und Paralympische Spiele wollen wir wieder nach Deutschland holen – vorausgesetzt, sie entsprechen ökologischen, ökonomischen und humanitären Standards sowie den traditionellen Werten des Sports. Solche Events zeigen, wie Sport verbindet und Werte wie Inklusion und Fairness sichtbar macht. So stärken wir die Rolle des Sports bei Integration und Gewaltprävention

und fördern Spitzensport mit klaren Zielen und effizienten Strukturen. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass eSports als gemeinnützig anerkannt wird.

Reform der Spitzensportförderung: Effizienz, Exzellenz und Erfolgsorientierung

Der deutsche Spitzensport braucht eine Neuausrichtung, um international wettbewerbsfähig zu bleiben und seine gesellschaftliche Vorbildfunktion zu stärken. Wir Freie Demokraten setzen uns für eine umfassende Reform der Spitzensportförderung ein, die auf Transparenz, Effizienz und Exzellenz basiert. Wir sehen den Bedarf einer unabhängigen Struktur, die als zentrale Stelle die Spitzensportförderung in Deutschland effizient und transparent steuert und dabei Fördermittel bündelt, Vergabeprozesse vereinfacht und eine potenzial- sowie erfolgsorientierte Förderung sicherstellt. Im Mittelpunkt stehen dabei die Athletinnen und Athleten.

Die Welt zu Gast bei Freunden: Für internationale Sportevents und Olympische Spiele in Deutschland

Wir Freie Demokraten wollen mehr Sportgroßveranstaltungen in Deutschland ermöglichen. Deutschland ist regelmäßig angesehener Gastgeber für internationale Sportgroßveranstaltungen. Diese Stellung wollen wir mit der Weiterentwicklung der Nationalen Strategie Sportgroßveranstaltungen weiter verbessern. Als Freie Demokraten stehen wir dabei insbesondere hinter einer möglichen Bewerbung für Olympische Spiele und Paralympics. Eine erfolgreiche Bewerbung stärkt nicht nur den Sport in all seinen Facetten, sondern fördert auch die kulturelle und wirtschaftliche Strahlkraft Deutschlands weltweit.

Medizinische Versorgungsstrukturen verbessern

Wir Freie Demokraten wollen die Gesundheitsversorgung umfassend, regional und patientenzentriert gestalten. Um Fehl-, Unter- und Überversorgung zu verhindern, werden wir dafür sorgen, die Behandlungspfade von Patientinnen und Patienten zu optimieren. Dafür werden wir Anreize im Gesundheitssystem setzen. Wir wollen künstliche Sektorenbarrieren zwischen dem ambulanten und dem stationären Versorgungsbereich konsequent abbauen und die Verzahnung und Vernetzung aller Versorgungsbereiche weiterentwickeln. In der ambulanten Versorgung setzen wir uns für ein Primärärztsystem als neuen Standard ein. Die Primärärztin oder der Primärarzt sind erste Ansprechpartner und helfen bei der Koordination der passenden Behandlung. Das verhindert Wartezeiten. So können künftig auch kostenintensive Doppeluntersuchungen reduziert werden. Versicherte, die an der Primärarztversorgung nicht teilnehmen möchten, können für einen einkommensunabhängigen Zusatzbeitrag im bisherigen System bleiben.

Für eine wohnortnahe Krankenhausversorgung

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine wohnortnahe Krankenhausversorgung im ländlichen Raum und in der Stadt ein. Dabei wollen wir spezialisierte und damit bessere Angebote vorhalten, die Kostenentwicklung bremsen und zugleich Ärzte und Pflegekräfte entlasten. Die begonnenen Reformen, die zu mehr Qualität und Effizienz führen, wollen wir fortsetzen. Im Notfall benötigen alle schnell und kompetent eine gute Versorgung. Schnittstellenprobleme und Zuständigkeitsfragen verhindern jedoch die bestmögliche Behandlung. Volle Notaufnahmen zeugen davon. Krankenhäuser, Ärzte und

der Rettungsdienst müssen deshalb besser vernetzt, integriert und koordiniert werden. Das wollen wir mit einer Notfallreform erreichen.

Freie Berufe und unabhängige Selbstverwaltung

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass die Freien Berufe im Gesundheitswesen stark bleiben. Die im Gesundheitswesen Tätigen und deren Selbstverwaltung werden wir gegenüber staatsmedizinischen Eingriffen absichern. Das bedeutet, dass die Fragen der Diagnostik, Therapie und der Kostenübernahme von der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) durch die Selbstverwaltung frei von politischer Einflussnahme geregelt werden. Zu einer Stärkung der flächendeckenden ambulanten Versorgung gehört für uns auch, dass die ungekürzte Vergütung aller Gesundheitsberufe leistungsgerecht erfolgen muss. Wir setzen uns auch weiterhin für eine zwischen den beteiligten Akteuren verhandelten modernen Gebührenordnungen der Freien Berufe im Gesundheitswesen ein.

Finanzierbare und generationengerechte Ausgestaltung der Gesundheitsversorgung

Wir Freie Demokraten bekennen uns zum dualen System aus gesetzlicher (GKV) und privater (PKV) Krankenversicherung. In beiden Versicherungssystemen wollen wir Wechsel- und Wahlfreiheit der Versicherten stärken. Um die ungebremste Leistungsausgabenentwicklung in der GKV der vergangenen Jahre in den Griff zu bekommen, sollen in Zukunft die Ausgaben nicht stärker wachsen als die Einnahmen. Zu jedem Jahresende sind deshalb die Entwicklungen der Einnahmen sowie die der Ausgaben nach den jeweiligen Leistungsbereichen zu analysieren und gegebenenfalls Maßnahmen zu ergreifen. Eine entsprechende Regelung verankern wir im SGB V. Zusätzlich werden wir alle Leistungsausweitungen der letzten zehn Jahre einem Evidenz-, Effizienz- und Wirtschaftlichkeitscheck durch die Selbstverwaltung unterziehen. Leistungen, die sich nicht bewährt haben, sollen aus dem GKV-Leistungskatalog gestrichen werden. Um den Wettbewerb um Leistungen, Qualität und Service zu stärken, setzen wir uns dafür ein, den Krankenkassen zu ermöglichen, vom Leistungskatalog abzuweichen. Den Spielraum für Verträge zwischen Krankenkassen und Leistungserbringern wollen wir ausweiten, um innovative Versorgungsformen zu ermöglichen. Mehr Anreize zu kostenbewusstem Verhalten können die finanzielle Belastung in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) senken. Deshalb wollen wir in der GKV die Beitragsrückerstattung als Standard für alle ermöglichen, die im Laufe eines Kalenderjahres keine Gesundheitsleistungen – außer Vorsorge – in Anspruch nehmen.

Entbürokratisierung des Gesundheitswesens

Wir Freie Demokraten wollen die Entbürokratisierung des Gesundheitswesens auch in Zukunft weiter vorantreiben. Wir sehen in der überbordenden Bürokratie eine erhebliche Belastung. Die Effizienz des Gesundheitssystems wird dadurch erheblich beeinträchtigt. Entbürokratisierung bedeutet mehr Zeit für die eigentliche Behandlung und Betreuung von Patientinnen und Patienten. Daher setzen wir uns für eine „Bepreisung“ von Bürokratie- und Berichtspflichten ein. Wer Bürokratie fordert, muss sie künftig auch bezahlen. So schaffen wir Anreize für mehr Effizienz.

Digitalisierung im Gesundheitswesen weiter vorantreiben

Die Digitalisierung des Gesundheitswesens kommt erst langsam in Fahrt. Wir wollen das Tempo beschleunigen und in die europäische Spitzengruppe aufrücken. Telemedizin soll insbesondere für Bagatellerkrankungen Teil der Regelversorgung werden. Für eine gute Versorgung der Patientinnen und Patienten müssen ihre Gesundheitsdaten den Akteuren der Gesundheitsversorgung umfassend und in Echtzeit vorliegen. Alle Daten müssen auch der am Patientenwohl orientierten Forschung zur Verfügung stehen. Die Patienten können über eine Schnittstelle in der elektronischen Patientenakte Informationen zu für sie relevante Forschung und Studien erhalten.

Versorgungssicherheit mit Arzneimitteln sicherstellen

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Patientinnen und Patienten in Deutschland frühzeitig Zugang zu nutzbringenden und innovativen Arzneimitteln erhalten. Dafür wollen wir den Produktions- und Forschungsstandort in Deutschland stärken. Damit Medikamente schneller auf den Markt kommen, wollen wir Zulassungsverfahren beschleunigen, die Regeln der Nutzenbewertung und der Preisverhandlungen überprüfen und bürokratische Hürden abbauen, ohne Kompromisse bei der Patientensicherheit zu machen. Therapieerfolge wollen wir besonders vergüten. Lieferengpässe darf es nicht mehr geben. Deshalb setzen wir uns für eine Rückverlagerung der Produktion wichtiger Arzneimittel nach Deutschland und Europa ein. Hierfür wollen wir die nötigen Rahmenbedingungen schaffen.

Starke Apotheken

Für eine gute Versorgung mit Arzneimitteln brauchen wir starke Apotheken. Sie benötigen Voraussetzungen, unter denen sie wirtschaftlich arbeiten können. Dazu gehören faire Wettbewerbsbedingungen zwischen Vor-Ort-Apotheken und dem Versandhandel. Dafür wollen wir sorgen. Lieferengpässe darf es nicht mehr geben. Deshalb setzen wir uns für eine Rückverlagerung der Produktion wichtiger Arzneimittel nach Deutschland und Europa ein. Hierfür wollen wir die nötigen Rahmenbedingungen schaffen.

Innovationen in Gesundheitswirtschaft und Pharma

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine zukunftsorientierte, digitalisierte und wettbewerbsfähige Gesundheitswirtschaft ein. Dies verbessert sowohl die Versorgung der Patientinnen und Patienten als auch die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands als Standort für Gesundheitswirtschaft. Dabei ist ein Schwerpunkt auf die Forschungsförderung zu setzen. Unser Ziel muss es sein, bürokratische Prozesse zu reduzieren und gleichzeitig eine personalisierte und moderne Gesundheitsversorgung zu ermöglichen. Um private Investitionen auch künftig aufzubringen, setzen wir uns dafür ein, dass geistiges Eigentum im Patentrecht strikt geschützt bleibt.

Erkrankungen durch Prävention vermeiden

Jede Erkrankung, die durch Prävention vermieden wird, erhöht die Lebensqualität der Menschen und senkt die Kosten für das Gesundheitssystem. Wir Freie Demokraten fordern deshalb eine proaktive Präventionsstrategie. Insbesondere die Primärprävention ist dabei ein entscheidender Faktor, um die

Gesundheit der Bevölkerung langfristig zu fördern. Die Digitalisierung bietet hierbei große Chancen, zum Beispiel durch innovative Technologien wie Gesundheits-Apps, Telemedizin und Wearables. Sie helfen dabei, das eigene Verhalten selbstbestimmt anzupassen und dadurch Erkrankungen vorzubeugen. Wer Vorsorge betreibt, sich bewegt, an Früherkennungsprogrammen teilnimmt oder sich zum Beispiel impfen lässt, verursacht insgesamt weniger Ausgaben für seine Krankenkasse. Deshalb wollen wir den Krankenkassen ermöglichen, für diese Versicherten einen reduzierten Zusatzbeitrag einzuführen.

Fitness- und Gesundheitsbranche als Schlüssel zur Bewegungsoffensive

Neben dem organisierten Sport trägt insbesondere auch die Fitness- und Gesundheitsbranche dazu bei, Menschen langfristig gesund zu halten, zu verbinden und die Lebensqualität zu verbessern. Als wichtiger Partner mit über elf Millionen Mitgliedern und Grundpfeiler einer Bewegungsoffensive muss die Branche stärker in die Prävention wie auch in die öffentliche Gesundheitsversorgung eingebunden werden. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, diese Branche als anerkannten Gesundheitsdienstleister stärker in das deutsche Gesundheitssystem einzubinden, unter anderem bürokratische Hürden bei der Betrieblichen Gesundheitsförderung abzubauen und Anreize für Unternehmen zu erhöhen, um die flächendeckende Gesundheitsvorsorge durch qualifizierte und angeleitete Bewegung zu verbessern. Eine finanzielle Entlastung des Gesundheitssektors ist dabei ein intendierter und notwendiger Nebeneffekt.

Psychische Gesundheit

Psychische Gesundheit ist eine wesentliche Voraussetzung für Lebensqualität, Leistungsfähigkeit und soziale Teilhabe. Wir Freie Demokraten setzen uns für die Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen ein. Niedrigschwellige, digitale Angebote wollen wir voranbringen, denn nicht jeder oder jede Einzelne braucht sofort eine umfangreiche Therapie. Wartezeiten auf einen Therapieplatz wollen wir durch Entbürokratisierung reduzieren, den Ausbau von Therapieplätzen fördern, Prävention und Aufklärung stärken. Die Ausbildung der psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten wollen wir weiterentwickeln und die Anzahl der Kassensitze für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten erhöhen. Ebenso wollen wir mehr Studienplätze für Psychologie und Psychotherapie schaffen. Schulpsychologische Beratungsangebote für Kinder und Jugendliche wollen wir ausbauen. Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter sollen an jeder Schule verfügbar sein. So sorgen wir dafür, dass Betroffenen schneller und individueller geholfen werden kann.

Sucht- und Drogenpolitik: Schadensminderung und Prävention statt Strafe

Mit einer faktenbasierten, präventiven Drogenpolitik möchten wir Freie Demokraten Menschen zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit Suchtmitteln befähigen. Anstatt Konsumverhalten zu kriminalisieren, setzen wir auf zielgruppenspezifische Aufklärung, das Prinzip der Schadensminderung und Stärkung der Gesundheitskompetenz. Bei Cannabis haben wir bereits einen entscheidenden ersten Schritt gemacht, der hilft, den Schwarzmarkt einzudämmen und zugleich Qualität und Jugendschutz zu sichern. Wir halten deshalb an der Cannabis-Legalisierung fest. Die FDP steht für einen sicheren, sachlichen Umgang mit Suchtmitteln für persönliche Freiheit und Eigenverantwortung durch Prävention und gestärkte Gesundheitskompetenz.

Nationale Demenzstrategie über 2026 hinaus fortsetzen und Demenz-Netzwerke vor Ort aktiv unterstützen

Wir fordern, die Nationale Demenzstrategie über 2026 hinaus fortzusetzen und die Zusammenarbeit in Demenznetzwerken vor Ort aktiver zu unterstützen. Aktuell sind ca. 1,8 Millionen Menschen an Demenz erkrankt. Bis 2050 werden es nach Schätzungen ca. drei Millionen sein. Nicht nur die Betroffenen, sondern auch Angehörige und ehrenamtliche und professionelle Akteure verdienen Planungssicherheit. Auch die Unterstützung vor Ort muss langfristig organisatorisch und finanziell gesichert sein.

Geschlechtsspezifische Gesundheit

Wir Freie Demokraten wollen eine geschlechtsspezifische Versorgung, um optimale Diagnosen, Behandlungen und Prävention für alle sicherzustellen. Erkrankungen treten bei Männern und Frauen mit unterschiedlichen klinischen Ausprägungen auf, in unterschiedlicher Häufigkeit und zu unterschiedlichen Zeitpunkten. Diese Unterschiede müssen eine bessere Berücksichtigung in der Versorgung finden. Deshalb setzen wir uns für einen geschlechtersensiblen Forschungsansatz ein. Zudem wollen wir sicherstellen, dass geschlechtsspezifische Medizin keine rein akademische Diskussion bleibt, sondern Eingang in die breite Versorgung findet. Dazu wollen wir den Wissenstransfer bei Ärztinnen und Ärzten, Pflegekräften und allen anderen Heilberufen über Aus- und Weiterbildung vorantreiben. Darüber hinaus wollen wir gewährleisten, dass sich bestehende geschlechtsspezifische Unterschiede nicht in digitalen Anwendungen und neuen Technologien wie zum Beispiel beim Einsatz von KI reproduzieren. So heben wir das Potenzial, die Versorgung für alle zu verbessern.

Gesundheitsversorgung für LSBTI verbessern

Wir streben die Ausweitung des unentgeltlichen Screenings auf sexuell übertragbare Infektionskrankheiten für alle schwulen und bisexuellen Männer an, soweit Männer, die Sex mit Männern haben, als besondere Risikogruppe gelten. Die bisherige Beschränkung auf Personen, die die Präexpositionsprophylaxe für HIV nutzen, ist nicht sachgerecht.

Corona-Aufarbeitung

Die Corona-Pandemie hat unser Gesundheitswesen unvorbereitet getroffen und unser Land auf die Probe gestellt. Dabei wurden Defizite und eine fehlende Vorbereitung auf derartige Krisen deutlich. Das hat unsere Gesellschaft an die Grenzen der Belastbarkeit und darüber hinaus geführt. Viele Wunden sind noch nicht verheilt. Die weit über das Maß hinausgehenden Grundrechtseingriffe, die Schulschließungen mit deren unter anderem psychosozialen Auswirkungen sowie das Alleinlassen von alten Menschen sind bisher ebenso wenig aufgearbeitet wie die politischen Eingriffe in die wissenschaftliche Freiheit und die Gier von Glücksrittern, die unser Land um Millionen Euro betrogen haben. All dies muss gründlich aufgearbeitet werden. Wir Freie Demokraten fordern einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, um echte Aufklärung und Transparenz durch ein geordnetes Verfahren zu gewährleisten und Handlungsempfehlungen für zukünftige Krisen zu geben.

Selbstbestimmte Organspende

Wir wollen die Organspendezahlen steigern und dabei gleichzeitig die selbstbestimmte Entscheidung des Einzelnen in den Mittelpunkt stellen. Wir müssen die Abläufe in den Krankenhäusern und zwischen den anderen Beteiligten weiter verbessern, damit potenzielle Spenderinnen und Spender früh erkannt und ihren Wünschen Rechnung getragen werden kann. Wir fordern außerdem, die Möglichkeiten zur Organlebenspende zu liberalisieren und beispielsweise Überkreuzspenden auch in Deutschland zuzulassen.

Selbstbestimmung auch am Lebensende

Wir Freie Demokraten treten für das Recht des Einzelnen auf selbstbestimmtes Sterben ein. Jeder Mensch soll die Chance haben, sein Lebensende so zu gestalten, wie er es für sich selbst als würdig empfindet. Dazu gehört auch die Möglichkeit, Sterbehilfe in Anspruch zu nehmen. Um Rechtssicherheit für Betroffene, Angehörige und Ärztinnen und Ärzte zu schaffen, wollen wir die Rahmenbedingungen für den assistierten Suizid gesetzlich abbilden. Gleichzeitig darf niemand zur Assistenz bei einem Suizid verpflichtet werden. Daneben muss der Staat jedem, der Suizidgedanken hat, die helfende Hand reichen. Die Suizidprävention in Deutschland wollen wir deshalb spürbar ausbauen.

Pflegeversorgung sicherstellen

Wir Freie Demokraten sichern als drängende Priorität die Pflegeversorgung. Viele Anbieter stehen vor wirtschaftlichen Problemen. Das Finden einer Pflegeversorgung ist schwierig. Viele Pflegefachkräfte scheiden absehbar aus dem Dienst aus. Gleichzeitig werden immer mehr Menschen pflegebedürftig. Der politische Fokus muss auf Versorgungssicherheit liegen. Wir stärken den Pflegeeinrichtungen den Rücken, indem die Pflegesatzverhandlungen schneller und einfacher werden. Wir bauen Bürokratie entschieden ab. Doppelte Regelungen und Dokumentationen – auch zwischen Landes- und Bundesrecht – werden abgebaut. Prüfungen wie die Begutachtung des Medizinischen Dienstes und der Heimaufsicht stimmen wir so aufeinander ab, dass der Aufwand reduziert wird. Von einer sicheren Versorgung profitieren Pflegebedürftige und ihre Angehörige.

Vielfalt in der Pflege bewahren und fördern

Wir Freie Demokraten bekennen uns zu einer Versorgungslandschaft, in der private, öffentliche und kirchliche Träger gleichwertig nebeneinanderstehen. Gerade private Anbieter – auch insbesondere mittelständische und familiengeführte – haben in den letzten Jahren eine Vielzahl attraktiver Angebote entwickelt und tragen so maßgeblich zur Versorgungssicherheit und -qualität bei. Ohne private Anbieter wäre die Sicherstellung der Versorgung derzeit nicht nur unmöglich, auch würde das vielfältige Angebot wegfallen, aus dem die Betroffenen wählen können. Staatliche Restriktionen und eine überbordende Bürokratie zum Nachteil privater Anbieter lehnen wir entschieden ab. Außerdem braucht es mehr Offenheit für innovative Versorgungsformen und faire Wettbewerbs- und Markteintrittsbedingungen für alle.

Pflegeversicherung generationengerecht für alle

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine generationengerechte Pflegeversicherung ein. Pflegebedürftige müssen sich auf eine stabile Pflegeversicherung verlassen können, ohne die junge Generation finanziell zu überfordern. Hierzu stärken wir das bestehende Teilleistungssystem durch mehr Kapitaldeckung. Wir entwickeln den Pflegevorsorgefonds weiter. Ein größerer Anteil der Beiträge soll langfristig, renditeorientiert und vor politischen Eingriffen geschützt angelegt werden. Der Kapitalstock steht als jahrgangsspezifische Finanzierungsquelle der Pflegeausgaben zu Verfügung. So bewahren wir das Leistungsniveau und verhindern explodierende Beiträge. Versicherungsfremde Leistungen sollen sukzessive aus dem Bundeshaushalt finanziert werden.

Boost für betriebliche und private Pflegevorsorge

Wir Freie Demokraten wollen die betriebliche und private Pflegevorsorge stärken. Das Risiko von Pflegebedürftigkeit schätzen viele Menschen fälschlicherweise als abstraktes und weit entferntes Risiko ein. Um die wichtige Vorsorge für den Pflegefall in der Gesellschaft zu stärken, braucht es einen Vorsorge-Boost. Hierzu wollen wir betriebliche und private Pflegezusatzversicherungen zur Absicherung der Pflegelücke von Steuern und Abgaben befreien bzw. als steuerlich abzugsfähig definieren. So behandeln wir betriebliche und private Pflegevorsorgen genau wie die Krankenversicherung und Betriebsrenten unkompliziert und unbürokratisch.

Liberales Pflegebudget einführen

Wir Freie Demokraten fordern die Einführung des Liberalen Pflegebudgets. Hierzu wollen wir bestehende Leistungsansprüche der jeweiligen Pflegegrade in ein monatliches Pflegebudget bündeln, über das unbürokratisch und transparent verfügt werden kann. So kann jede Person selbst und ohne viel Aufwand entscheiden, welche Unterstützungs- und Pflegeleistungen bei der Gestaltung des Alltags am besten sind. Den Pflegegrad 1 richten wir dabei auf den Schwerpunkt der Prävention aus, damit frühzeitig Maßnahmen ergriffen werden, um einer Verschlechterung der Pflegesituation vorzubeugen.

Pflegende Angehörige in den Fokus rücken

Wir Freie Demokraten wollen, dass pflegenden Angehörigen der Respekt zukommt, den sie als größte Gruppe Pflegenden verdient. Pflegende Angehörige sind eine tragende Säule der pflegerischen Versorgung. Unser Ziel ist es, Erwachsenen, die ihre Angehörigen zuhause pflegen, die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu erleichtern und den Alltag von lähmender und kleinteiliger Bürokratie zu befreien. Für akute Entlastung sorgen wollen wir durch einen deutlichen Ausbau von Kurzzeitpflegeplätzen. Bestehende Regelungen wie das Pflegeunterstützungsgeld für Arbeitnehmer sollen auch für Selbstständige gelten. Den Entlastungsbetrag für Haushaltsnahe Dienstleistungen wollen wir zugänglicher machen.

Heldenprogramm für pflegende Kinder

Wir Freie Demokraten nehmen pflegende Kinder in den politischen Fokus. Hierzu initiieren wir ein Helden-Programm für die über 500.000 Kinder und Jugendlichen, die eine Familienmitglied pflegen.

Diese Kinder sind echte Pflege-Helden. Bislang konnten sie sich nicht auf den Staat verlassen. Doch wir Freien Demokraten wollen diesen Kindern alle Chancen und mehr Sichtbarkeit geben. Die Belastung zu Hause soll ihnen die eigene Zukunft nicht erschweren. Hierzu braucht es passgenaue und kindgerechte Unterstützungsangebote und mehr Sensibilität und Sichtbarkeit für diese besondere Lebenssituation.

Vertrauenskultur und Digitalisierungsschub in der Pflege

Wir Freie Demokraten wollen die Misstrauenskultur gegenüber pflegenden Angehörigen, Pflegefachkräften und Pflegeeinrichtungen beenden. Um doppelte Dokumentationspflichten, wiederholte Nachweispflichten und absurde bürokratische Vorgaben abzubauen, braucht es mehr Vertrauen und einen Schub für die Digitalisierung. Hierzu wollen wir zum Beispiel die Videotelefonie der Pflegebegutachtung ausbauen und Automatisierungen und Robotik dort ermöglichen, wo es sinnvoll ist. Digitale Pflegeanwendungen müssen schneller zugelassen und erprobt werden.

Pflegepersonal stärken

Wir Freie Demokraten stärken das Pflegepersonal. Die Pflegeausbildung muss mit Blick auf die Zukunft gestaltet werden. Wir wollen mehr digitale Inhalte, eine Stärkung der pflegerischen Kompetenzen und eine leistungsgerechte Durchlässigkeit in Pflegeberufen. Aus den 27 verschiedenen Ausbildungsverordnungen für Pflegeassistenten machen wir eine einjährige bundeseinheitliche Ausbildung. Denn für bessere Arbeitsbedingungen braucht es insbesondere mehr Kollegen. Da viele Pflegekräfte aus gesundheitlichen Gründen den Beruf vorzeitig verlassen müssen, nehmen wir sowohl die psychische als auch physische Unterstützung ernst. Wichtig ist uns dabei stets, die beruflich Pflegenden an zentraler Stelle in die Erarbeitung der nötigen Reformen einzubinden und so ihre fachliche und praktische Expertise zu nutzen.

Fast-Track bei der Fachkräfteeinwanderung in der Pflege

Wir Freie Demokraten wollen die Erwerbseinwanderung qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland verbessern. Der Flaschenhals ist eine viel zu bürokratische, langwierige und kostenintensive Berufsanerkennung. Die Pflege kann sich diese restriktive Haltung und überzogenen Hürden in der aktuellen Versorgungskrise mit zunehmend wegbrechenden Versorgungsstrukturen nicht weiter erlauben. Wir Freie Demokraten fordern deshalb eine sogenannte Vermutungsregelung der Pflegefachkräfte, die über mehrere Jahre, akademisch oder beruflich ausgebildet wurden und mit den zur Berufsausübung erforderlichen Deutschkenntnissen verfügen. Statt auf langandauernde Prüfungen zu bestehen, dürfen bei Ländern mit hoher beruflicher Anerkennungsquote, Kompetenzen auch direkt angenommen werden und ggf. in der Praxis oder im Nachgang überprüft werden.

Mehr Raum für Rehabilitation lassen

Wir Freien Demokraten messen der Rehabilitation mehr Priorität zu und stärken die Gedanken „Reha vor Pflege“ und „Reha vor Rente“. Eine gute und bedarfsgerechte Rehabilitation ist ein Garant, um Menschen wieder erwerbsfähig zu machen oder Pflegebedürftigkeit zu verringern oder gar zu verhindern. Die Beantragungen sind jedoch hochkomplex und müssen deutlich vereinfacht werden. Hierzu müssen auch die Schnittstellen zwischen verschiedenen Leitungssystemen abgebaut werden, damit

sich Betroffene besser im Sozialstaat zurechtfinden. Auch sollte es bei der Pflegebegutachtung leichter sein, Rehabilitation zu verordnen. Einrichtungen der Rehabilitation ermöglichen wir auch als Träger Pflegefachkräften auszubilden. So begegnen wir dem Fachkräftemangel in der Reha und bringen mehr Reha-Know-How in die Pflege.

Hospiz- und Palliativversorgung sichert Würde

In Würde und selbstbestimmt zu sterben, ist eines der höchsten Güter im Leben, dem wir uns verpflichtet fühlen. Die Kombination aus Ehrenamt und professioneller pflegerischer und medizinischer Versorgung in der Palliativversorgung ist beispiellos. Der Versorgungsbedarf ist jedoch unbekannt. Wir wollen daher zunächst eine umfassende bundesweite Bedarfsanalyse initiieren und darauf aufbauen Ehrenamt und Versorgung bedarfsgerecht ausgestalten sowie das Hospiz- und Palliativgesetz weiterentwickeln. Die vielen ehrenamtlichen Strukturen wollen wir erhalten.

IV. Für einen schlanken Staat, der funktioniert

Schuldenbremse einhalten ist Generationengerechtigkeit

Freiheit für künftige Generationen bedeutet auch, ihnen keine Schuldenberge zu hinterlassen. Daher ist für uns Freie Demokraten die Einhaltung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse zentrales Gebot der Generationengerechtigkeit. Sonst haften Kinder für ihre Eltern. Diese gilt auch für die Bundesländer. Nachhaltige und priorisierende Haushalte schaffen Generationengerechtigkeit, weil Lasten nicht auf künftige Generationen übertragen werden. Nur so sichern wir die finanziellen Handlungsspielräume kommender Generationen. Deutschland muss Stabilitätsanker in Europa bleiben und mit gutem Beispiel vorangehen. Wir können es uns nicht erlauben, dass unsere Kreditwürdigkeit in Frage gestellt wird. Ausufernde Staatsschulden wie in Frankreich oder Italien würden die europäische Stabilität ins Wanken bringen. Wir haben in der Vergangenheit für strenge Schuldenregeln gekämpft. Wenn wir uns nicht an die Regeln halten, wird die Währungsunion scheitern.

Priorisierung von Aufgaben und Ausgaben

Wir Freie Demokraten wollen Aufgaben und Ausgaben strikt priorisieren. Deutschland benötigt so viel zukunftsorientierte Investitionen wie möglich und so viel Sozialstaat wie nötig. Sozialausgaben müssen wieder zielgenau und bedarfsgerecht ausgestaltet werden. Ein schlanker und ressourcenschonender Staat beginnt bei der Bundesregierung. Deshalb wollen wir die Zahl der Beauftragten der Bundesregierung deutlich reduzieren und mit Hilfe eines „One in, one out“-Prinzips dauerhaft auf niedrigerem Niveau halten.

Wirkungsorientierte Haushaltspolitik umsetzen

Wir Freie Demokraten fordern eine wirkungsorientierte Haushaltspolitik, die sich an klar definierten, messbaren Zielen orientiert, Programme unabhängig evaluiert und dadurch ein effektiveres und effizienteres staatliches Handeln ermöglicht.

Staatsbeteiligungen veräußern

Wir Freie Demokraten wollen Staatsbeteiligungen veräußern, weil private Investoren die besseren Unternehmer sind. Wir wollen, dass der Staat nur an Unternehmen beteiligt ist, die für die Daseinsvorsorge unerlässlich sind und wo dies aufgrund geopolitischer Bedenken oder Abwägungen im Zusammenhang mit kritischen Infrastrukturen sinnvoll ist. Dabei müssen wir auch das Haushaltsrecht des Bundes anpassen, damit es einer gesamtwirtschaftlich sinnvollen Veräußerung von Bundesbeteiligungen nicht im Wege steht.

Weniger Subventionen, mehr Markt: Subventionsbremse einführen

Wir Freie Demokraten fordern eine Subventionsbremse, damit die Finanzhilfen und Steuerermäßigungen auf ein angemessenes Verhältnis zur wirtschaftlichen Wertschöpfung zurückgeführt werden. Denn die vielen Milliarden Euro staatlicher Gelder an einzelne Branchen und Unternehmen sind zum Beispiel in der Bildung langfristig besser investiert. Dazu benötigen wir eine radikalen Fördermittel-

Cut und eine „One in, two out“-Regelung für neue Subventionen. Bestehende und neue Subventionsprogramme müssen künftig konsequent zeitlich befristet, degressiv ausgestaltet und extern evaluiert werden.

Mit einer Föderalismusreform den Staat modernisieren

Die föderale Struktur und Verwaltung in Deutschland hat sich bewährt, aber sie braucht ein Update, das Effizienz und Bürgerfreundlichkeit in den Mittelpunkt stellt. Ein agiler Staat, der zeigt, dass er sich selbst reformieren kann, beweist seine Handlungsfähigkeit und stärkt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in demokratische Institutionen. Eine Generalinventur ist dafür der erste notwendige Schritt. Es müssen alle föderalen Zuständigkeiten und Verwaltungsprozesse einer kritischen Überprüfung unterzogen werden. Zu viele Behörden auf Bundes- und Landesebene sowie in den Kommunen überschneiden sich bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Die Generalinventur muss von einem klaren politischen Willen getragen sein, die Effizienz und Handlungsfähigkeit des Staates zu verbessern, und mit einer Föderalismusreform abgeschlossen werden. Für uns haben Reformen im Finanz- und im Bildungsbereich, bei der Inneren Sicherheit, dem Bevölkerungs- und Katastrophenschutz, der Migration und der Digitalisierung Priorität.

Konzentration von Bundesmitteln auf Bundesaufgaben

Im Zuge einer Föderalismusreform muss auch das Steueraufkommen zwischen Bund und Ländern so verteilt werden, dass die inzwischen erhebliche Mitfinanzierung von Länderaufgaben durch den Bund von diesem auch geleistet werden kann. Wir Freie Demokraten wollen Ausgaben des Bundes stärker auf die originären Aufgaben des Bundes grundsätzlich beschränken. Aufgaben der Länder sollte der Bund nur in Ausnahmefällen bezuschussen. Ein starker Föderalismus braucht klare Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten. Wir halten eine neue Finanzföderalismuskommission daher für unerlässlich und werden uns für deren Einsetzung stark machen. Werden Aufgaben zwischen Bund und Ländern verändert, muss dies auch durch eine Änderung der Finanzierungsströme unterlegt sein.

Moderner, effektiver und sparsamer Staat: Ministerien verschlanken

Wir Freie Demokraten wollen einen modernen Staat, der funktioniert – mit effizienteren Strukturen. Wir wollen die Zahl der Staatssekretäre in den Ministerien beschränken. Schlankere Strukturen innerhalb der Ministerien – etwa durch den Wegfall von Unterabteilungsleitungen – sollen Entscheidungswege innerhalb der Ministerien verkürzen. Wir wollen die aufgeblähte Verwaltung massiv verschlanken und die Zahl der Bundesministerien deutlich reduzieren. Das Entwicklungsministerium sollte mit dem Auswärtigen Amt fusioniert werden. Das Bundesministerium für Bau und Wohnen wird in ein bestehendes Ministerium integriert. Das Querschnittsthema Digitalisierung, das alle Ressorts betrifft und überall Ressourcen bindet, sollte in einem Digitalisierungsministerium zusammengefasst werden.

Weniger Behörden für eine effizientere Verwaltung

Neben den Bundesministerien nehmen wir auch den sogenannten nachgeordneten Bereich der Ministerien in den Blick. Die Zahl der Behörden und Einrichtungen wollen wir spürbar reduzieren. Es braucht eine Verschlinkung der gesamten Behördenlandschaft. Dabei sollten wir den Mut haben,

auch neue Wege zu bestreiten – beispielsweise die Abschaffung oder Neuaufstellung von Behörden wie dem Umweltbundesamt. Das spart Steuerzahlergeld und kann durch weniger Überlappungen für mehr Effizienz sorgen. So schaffen wir klare Zuständigkeiten und kürzere Entscheidungswege. Die Stellenzahl in der Bundesverwaltung außerhalb der Sicherheitsbehörden wollen wir deutlich reduzieren – und ohne Entlassungen ausgestalten: Durch natürlichen Stellenabbau und die konsequente Automatisierung standardisierbarer Verwaltungsverfahren setzen wir Ressourcen effizienter ein. Mit modernen Technologien wie der DeutschlandID als das digitale Bürgerkonto sowie KI-gestützten Verwaltungsassistenten verschlanken und modernisieren wir die verbleibenden Strukturen. Das macht sie schneller und bürgerfreundlicher und entlastet die Steuerzahler. Weniger Bürokratie, mehr Digitalisierung – für eine zukunftsfähige Verwaltung.

Eine flexible Laufbahnordnung

Wir wollen eine flexiblere Laufbahnordnung und mehr Austausch mit der Privatwirtschaft. Die Bundesagentur für Sprunginnovationen (SPRIND) sollte ein Vorbild für die Freisetzung von Potenzialen sein. Mit dem SPRIND-Freiheitsgesetz haben wir Freiräume für Innovation geschaffen – etwa durch den Verzicht auf Zwischeninstanzen und eine Ausnahme vom Besserstellungsverbot, um hochqualifizierte Fachkräfte zu gewinnen. So können etwa Top-Experten aus der Wirtschaft projektbezogen oder zeitlich befristet für Spezialaufgaben zu marktgerechteren Konditionen angeworben werden, was mit den üblichen Instrumenten des öffentlichen Dienstrechts nicht gelingt.

Einführung eines Rotationsprinzips zur Stärkung der ressortübergreifenden Zusammenarbeit

Wir Freie Demokraten fordern die Einführung eines Rotationsmodells in der öffentlichen Verwaltung, um die Zusammenarbeit zwischen den Ministerien und anderen Verwaltungsebenen zu verbessern. Die aktuelle Praxis, bei der Beamtinnen und Beamte ihre gesamte Karriere in einem einzigen Ministerium verbringen, verstärkt Silodenken und reduziert die Effizienz und Effektivität der Regierungsarbeit. Erfolgreiche Unternehmen zeigen, wie gezielte Mitarbeiterrotation den Wissenstransfer und die Innovationsfähigkeit fördert. Diese bewährte Dynamik sollte auch in der öffentlichen Verwaltung etabliert werden. Ein solches System verbessert zudem nicht nur die Effektivität der Verwaltungsarbeit, sondern schafft auch eine Kultur des Lernens und der Offenheit.

Modernisierung der Karrierewege und Entwicklung eines „Expert-Tracks“

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine umfassende Modernisierung der Karrierewege in der öffentlichen Verwaltung ein. Derzeit ist ein Aufstieg nur durch die Übernahme von Führungsverantwortung und die Erweiterung des thematischen Zuständigkeitsbereichs möglich. Wir wollen, dass die öffentliche Verwaltung mehr Raum für fachliche Exzellenz bietet, besonders in technischen Disziplinen. Dafür schlagen wir eine Flexibilisierung des öffentlichen Dienstrechts und die Einführung eines „Expert-Tracks“ vor, der es Beamtinnen und Beamten ermöglicht und teils auch fordert, berufliche Erfahrungen außerhalb der Verwaltung zu sammeln. So wird sichergestellt, dass erworbene Expertise im Karriere- und Vergütungsmodell ihren Ausdruck findet.

Englisch als zweite Verwaltungssprache

Wir Freie Demokraten wollen Englisch als zweite Verwaltungssprache einführen. Deutschland muss attraktiver für umworbene Fachkräfte aus dem Ausland werden. Sprachbarrieren sind dafür ein wichtiger Faktor. Englischsprachige Angebote der Verwaltung erleichtern die Kommunikation mit staatlichen Stellen nicht nur für dringend benötigte Fachkräfte, sondern auch für internationale Unternehmen, die in Deutschland investieren wollen.

Für eine digitale und leistungsfähige Verwaltung

Wir Freie Demokraten wollen, dass Staat und Verwaltung Probleme lösen, statt neue Probleme zu schaffen. Dazu braucht es eine digitale und leistungsfähige Verwaltung unter Einbeziehung von KI und automatisierten Prozessschritten sowie einen öffentlichen Dienst, der bürgerfreundlich und effizient und gleichzeitig unparteiisch und professionell ist. Automatisierte Verwaltungsakte sollen generell möglich sein, wenn weder Ermessen noch Beurteilungsspielraum der Verwaltung besteht. Parallel betriebene analoge und digitale Verwaltungsverfahren sind zu vermeiden. Außerdem wollen wir Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten sowie Instrumente zu flexibler und leistungsorientierter Bezahlung im öffentlichen Dienst ausbauen. Es braucht zudem eine eigene IT-Laufbahn im öffentlichen Dienst. Die Verwaltung muss ferner einen eigenen Beitrag zum Abbau von Bürokratie leisten, indem die Risikobereitschaft und Entscheidungsfreude gesteigert und stärker die Kompetenzen von Wirtschaftsunternehmen, insbesondere der mittelständischen Wirtschaft genutzt werden.

Eigenständiges Bundesministerium für Digitalisierung

Wir Freie Demokraten wollen ein Bundesministerium für Digitalisierung einrichten, das sich aus bestehenden Abteilungen anderer Ministerien bildet und als zentrale Instanz die Digitalisierung der Verwaltung bundesweit einheitlich steuert. Durch gezielte Änderungen an der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO) soll das Ministerium klare Durchgriffsrechte erhalten, um Digitalprojekte effizient umzusetzen. Das Ministerium übernimmt die Verantwortung für zentrale Plattformen, verbindliche Rahmenbedingungen für Interoperabilität, Cybersicherheit und transformative Projekte, während die Fachministerien ihre bereichsspezifischen Vorhaben weiterführen. So sorgen wir für Interoperabilität auf allen Verwaltungsebenen, Sicherheit unserer IT-Systeme und eine nachhaltige digitale Infrastruktur.

Reform des IT-Staatsvertrages

Wir Freie Demokraten wollen im IT-Staatsvertrag die zentrale Zuständigkeit des Bundesministeriums für Digitalisierung verankern. Das neu geschaffene Ministerium benötigt umfassende Befugnisse, um auf Bundes- wie auf Landesebene technische Vorgaben zu setzen sowie die Ausschreibungsanforderungen und -prozesse zu bestimmen. Diese Befugnis kann durch eine Föderalismusreform auf den Bund übertragen werden oder durch die Änderung des IT-Staatsvertrages. Politisch ist die Einigung zur Änderung des IT-Staatsvertrages rascher durchzusetzen als eine Änderung des Grundgesetzes.

Föderalismusreform für die Verwaltungsdigitalisierung

Wir fordern eine Föderalismusreform, um die dringend notwendige Digitalisierung der Verwaltung in Deutschland zu beschleunigen. Der derzeitige Flickenteppich aus föderalen Zuständigkeiten führt zu ineffizienten Prozessen und behindert den Fortschritt. Ziel der Reform ist es, Kompetenzen zentral zu bündeln, Bürokratie abzubauen und einheitliche Standards für digitale Verwaltungsdienstleistungen zu schaffen. Nur so kann Deutschland international wettbewerbsfähig bleiben und seine Verwaltung bürgerfreundlicher gestalten.

Digital First als Leitprinzip der Verwaltung

Wir Freie Demokraten wollen analoge Prozesse konsequent abschaffen und durch moderne, effizientere digitale Lösungen ersetzen. Wir wollen den Rechtsanspruch auf digitale Verwaltungsleistungen und keine analog-digitalen Doppelstrukturen. Bei der Digitalisierung setzen wir aber nicht auf eine Eins-zu-Eins-Übertragung analoger Prozesse ins Digitale, sondern verstehen die Digitalisierung der Verwaltung als umfassende Modernisierung. Wir Freie Demokraten trauen den Menschen diese digitale Transformation zu. Wir setzen auf einfache Lösungen vor Ort: Zum Beispiel einfach zu bedienende Terminals vor Ort in den Behörden und Unterstützung durch menschliche Digitallotsen, damit niemand ausgeschlossen wird. So machen wir die Verwaltung besser, schneller und effizienter – und schaffen den Rahmen, in dem alle die Vorteile der Digitalisierung nutzen können.

Digitale Identität, Wallet und echtes digitales Bürgerkonto ausbauen

Wir Freie Demokraten wollen für jeden Bürger eine Digitale Wallet einrichten, mit der er sich im Internet ausweisen kann und die ihm Zugang zu einem digitalen Bürgerkonto gewährleistet. So vereinfachen wir den Kontakt zu Behörden massiv. Mit ihrer persönlichen digitalen Identität können die Bürgerinnen und Bürger sich gegenüber öffentlichen und privaten Institutionen fälschungssicher identifizieren und digitale Angebote sicher nutzen. Auf dieser Basis werden wir die Umsetzung eines echten digitalen Bürgerkontos weiter vorantreiben. Mit dem Bürgerkonto sollen die Bürgerinnen und Bürger alle Dienstleistungen sowie ihre Kommunikation mit staatlichen Stellen einfach digital abwickeln können. So könnte beispielsweise bei Geburt eines Kindes die Geburtsurkunde automatisch digital in der Wallet hinterlegt werden.

„Once-Only“-Verfahren für Bürger und Unternehmen

Wir Freie Demokraten wollen, dass Bürger und Unternehmen ihre Daten nur noch einmal an die Verwaltung übermitteln – und nicht jeder Behörde einzeln („Once-Only“-Prinzip). Dafür benötigen wir digitale Identitäten für die Bürgerinnen und Bürger. Mit Zustimmung der Betroffenen werden die Daten bedarfsgerecht zwischen den zuständigen staatlichen Stellen wie Kommune, Land oder Bund verfügbar gemacht. Außerdem soll es Unternehmen ermöglicht werden, regelmäßige Berichte einfach und unkompliziert durch Anpassung der Daten in einem Online-Portal auf den neuesten Stand zu bringen, statt immer wieder vollständig neue Berichte abzugeben. Das vermeidet lästige Wiederholungen und baut unnötige Bürokratie ab. Es spart Zeit für alle Seiten, reduziert Fehlerquellen und sorgt für einen unkomplizierteren Kontakt mit der Verwaltung.

Government as a Plattform

Wir Freie Demokraten wollen die Digitalisierung der Verwaltung mit einer zentralen Plattform vorantreiben („Government as a Plattform“-Modell, GaaP). Das neue Bundesministerium für Digitalisierung soll dafür eine Infrastruktur bereitstellen, die alle Behörden nutzen – etwa für Identitätsmanagement, Zahlungen oder Terminbuchungen. Statt vieler einzelner Lösungen, setzen wir auf flexible, modulare Bausteine, die Prozesse vereinfachen und Kosten sparen. Vorbild ist das britische „GOV.UK“, das Verwaltungsangebote übersichtlich und nutzerfreundlich macht. Um die Plattform flächendeckend einzuführen, erhält das Ministerium klare Befugnisse und setzt verbindliche Vorgaben für Datenschutz, Cybersicherheit und Technik, die auf Bundes-, Landes- sowie der kommunalen Ebene gelten. So machen wir die Verwaltung effizienter und bürgerfreundlicher.

Verstärkter Einsatz von KI in der Verwaltung

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass beim Thema KI der Fokus nicht länger auf staatlicher Forschungsförderung liegt. Wir wollen, dass der Staat als Nachfrager deutscher und europäischer KI-Anwendungen auftritt, um den Markthochlauf und den Transfer von Wissenschaft in Praxis zu beschleunigen. Dafür werden wir für jedes Ministerium passende KI-Tools nachfragen.

KI-Bürgerassistent zur Unterstützung digitaler Behördengänge

Wir Freie Demokraten wollen einen KI-Bürgerassistenten einführen, der Bürgerinnen und Bürger bei digitalen Behördengängen unterstützt. Der Assistent soll den Zugriff auf Verwaltungsdienstleistungen erleichtern und Zugangshürden abbauen. Wir wollen dadurch alle Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzen, Verwaltungsdienstleistungen einfach rein digital nutzen zu können. Künstliche Intelligenz kann die Erledigung vieler Aufgaben in der öffentlichen Verwaltung effizienter machen und so das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit staatlicher Institutionen stärken. Sowohl intern als auch in der Interaktion mit Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen sorgt KI für mehr Effizienz und Nutzerfreundlichkeit.

Ausschluss elektronischer Unterschriften abschaffen

Wir Freie Demokraten wollen, dass digitale Instrumente zukünftig auch dort eingesetzt werden, wo dies gesetzlich bisher noch nicht erlaubt ist. So wollen wir, dass Schriftformerfordernisse weitestgehend beseitigt werden bzw. durchgehend elektronische Formen zugelassen werden (also auch etwa bei der Kündigung oder vertraglichen Auflösung von Arbeitsverhältnissen in § 626 BGB).

Europäische digitale Verwaltung

Wir Freie Demokraten wollen die Verwaltung in den Mitgliedstaaten digitalisieren. Dazu wollen wir eine Europäische Digitale Identität entwickeln und die Mitgliedstaaten verpflichten, bestimmte Verwaltungsdienstleistungen digital, schnell und unbürokratisch zu ermöglichen. Eine digitale Verwaltung erleichtert den Zugang zur Verwaltung und spart den Staat viel Geld. Wir wollen, dass alle Unionsbürgerinnen und Unionsbürger mit einer Europäischen Digitalen Identität Verwaltungsdienstleistungen in allen Mitgliedstaaten in Anspruch nehmen können. Für bestimmte Verwaltungsdienstleistungen, die für das Funktionieren des Binnenmarktes vorteilhaft sind, wollen wir eine Digitalpflicht

einführen. Dies gilt zum Beispiel für die Anmeldung eines Wohnsitzes oder die Gründung eines Unternehmens, was in maximal 24 Stunden möglich sein soll.

Europäische Digitalisierungsoffensive der öffentlichen Verwaltung durch befristete Aussetzung des Vergaberechts starten

Wir Freie Demokraten wollen in Europa erreichen, dass das bestehende Vergaberecht befristet ausgesetzt wird, um die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung jetzt zügig voranzutreiben. Die öffentliche Verwaltung in Europa braucht dringend weitere Digitalisierungsschübe. Mit der Digitalisierung der meisten öffentlichen Verwaltungsprozesse kann bürokratischer Aufwand für die Bürger verringert oder abgeschafft werden. Die Schnelligkeit, mit der die Digitalisierung in Europa weiter vorangetrieben wird, ist auch ein Schlüssel für die Investitionsbereitschaft in Europa. Das unübersichtliche und sehr bürokratisch gewordene europäische Vergaberecht hemmt demgegenüber die notwendige Entwicklung. Die Freien Demokraten setzen sich deshalb für eine befristete Aussetzung des Vergaberechts bei Digitalisierungsvorhaben öffentlicher Auftraggeber ein.

V. Nachhaltigkeit, Innovation und Infrastruktur

Leitinstrument EU-Emissionshandel: Effizienz statt Überregulierung

Wir Freie Demokraten wollen die europäischen Klimaziele sicher und so kostengünstig wie möglich erreichen. Dafür wollen wir einen einheitlichen europäischen Emissionshandel als Leitinstrument der Klimapolitik etablieren. Mit seiner jährlich sinkenden Obergrenze für Treibhausgasemissionen stellt der Emissionshandel sicher, dass die europäischen Klimaziele eingehalten werden. Der durch den Handel mit Emissionsrechten gebildete CO₂-Preis sorgt dafür, dass Treibhausgase immer dort eingespart werden, wo dies am günstigsten ist. Zusätzliche Regulierungen wie Energie- und Gebäudeeffizienzvorgaben, Flottengrenzwerte oder die EU-Lastenteilung mit nationalen Zielen müssen abgeschafft werden: Sie bringen keinen Mehrwert, sondern konterkarieren vielerorts sogar die kosteneffiziente Erreichung der Klimaziele. Stattdessen wollen wir den Emissionshandel ausweiten und alle Treibhausgasemissionen, auch in der Landwirtschaft, erfassen und negative Emissionen belohnen. Die Abscheidung und Speicherung von Treibhausgasemissionen durch Carbon Capture and Storage (CCS) und Carbon Capture and Utilization (CCU) wollen wir diskriminierungsfrei als Klimaschutz-Option ermöglichen: Wer der Atmosphäre durch Aufforstung oder technische Methoden Treibhausgase entnimmt, soll ein kostenfreies Zertifikat erhalten. Zudem wollen wir das EU-Klimaziel um ein eigenes Negativemissionsziel erweitern. Subventionen und der Klima- und Transformationsfonds (KTF) sind überflüssig und verzerren den Wettbewerb.

Klimadividende einführen

Wir Freie Demokraten wollen eine Klimadividende einführen, um Einnahmen aus dem Emissionshandel direkt und pauschal pro Kopf an die Bürgerinnen und Bürger zurückzuzahlen. Wir wollen eine Entlastung für alle statt Subventionen für wenige und nutzen dafür den Auszahlungsmechanismus, den das FDP-geführte Bundesfinanzministerium in der vergangenen Legislaturperiode geschaffen hat.

Klimaziele europäisch harmonisieren

Wir Freie Demokraten wollen die gemeinsamen Klimaziele in der Europäischen Union sicher und so kostengünstig wie möglich erreichen. Dabei setzen wir auf den Emissionshandel als Leitinstrument und eine Harmonisierung der deutschen mit den europäischen Zielen, um einseitige Belastungen für die deutschen Unternehmen und Haushalte zu vermeiden. Da nationale Sonderziele im Rahmen des europäischen Emissionshandels keinerlei zusätzlichen Nutzen für den Klimaschutz haben können, wollen wir das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 im deutschen Klimaschutzgesetz durch das europäische Ziel der Klimaneutralität bis 2050 ersetzen. Damit verschaffen wir den Betrieben, gerade der energieintensiven Industrie, mehr Zeit für die Umstellung auf klimafreundliche Technologien. Anlagen, die zu Wertschöpfung beitragen, können so fünf Jahre länger genutzt werden. Auch der Hochlauf und die Marktreifung neuer Technologien gewinnen mehr Zeit. Das stärkt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Unternehmen, sichert Jobs und vermeidet milliardenschwere Subventionsprogramme.

Internationaler Emissionshandel

Wir Freie Demokraten wollen die Rolle Deutschlands und Europas in der internationalen Klimapolitik stärken, denn Klimaschutz gelingt nur global. Daher werden wir uns auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass die EU künftig verstärkt auf internationale Kooperationen zum Erreichen der Klimaziele setzt und dafür die in Artikel 6 des Pariser Abkommens vorgesehenen Möglichkeiten nutzt. Unser Ziel ist ein weltweites Emissionshandelssystem. Dafür setzen wir auf die weitere Öffnung des europäischen Emissionshandelssystems für Nicht-EU-Staaten und die Verknüpfung mit anderen bereits existierenden Emissionshandelssystemen. Den Klimaclub wollen wir erweitern und auf das Ziel eines einheitlichen Emissionshandelssystems ausrichten. Den bürokratischen und wettbewerbsbelastenden CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM) wollen wir reformieren und langfristig durch globale CO₂-Bepreisung ersetzen. Bis dahin sollte CBAM entbürokratisiert und dazu vorübergehend ausgesetzt werden.

Technologieoffenheit beim Klimaschutz gewährleisten

Wir Freie Demokraten wollen Tüftlern und Bastlern, Technikern und Ingenieuren die Auswahl der besten Technologien für den Klimaschutz überlassen. Denn wenn Politiker und Beamte vorschreiben, welche Technologien eingesetzt und welche verboten werden, wird die Innovationskraft der Unternehmen gebremst und Klimaschutz nur unnötig teuer. Der Emissionshandel garantiert die Einhaltung der Klimaziele. Ob Emissionen zum Beispiel in der Industrie durch die Umstellung auf Strom, Wasserstoff in sämtlichen Farben, die Nutzung von technischen Verfahren zur Nutzung und Speicherung von CO₂ (CCU, bzw. CCS), im Verkehr durch E-Fuels oder Elektromotoren und beim Heizen durch Wasserstoff in der Gasheizung oder eine Wärmepumpe reduziert werden, sollen Unternehmen und Haushalte selbst entscheiden.

Erneuerbare Kraftstoffe als Klimaschutzmaßnahme anrechnen

Wir Freie Demokraten wollen erneuerbare Kraftstoffe als eine gleichberechtigte Möglichkeit zum Klimaschutz im Verkehr etablieren. Dazu werden wir auf europäischer Ebene die Anrechnung auf die Flottengrenzwerte ermöglichen. Perspektivisch wollen wir alle Klimaschutzmaßnahmen in den EU-Zertifikatehandel integrieren, um so viel Klimaschutz wie möglich für jeden Euro zu erhalten. Durch erneuerbare Kraftstoffe ist es möglich, auch den Verbrennungsmotor im Auto-, Flug- und Schiffsverkehr klimaneutral zu machen. Wir werden eine Diversifizierung der Antriebstechniken ermöglichen – und machen uns auch bei den Fahrzeugen unabhängiger von den Rohstoffen, die in vielen Bereichen aus Regionen mit geringen Umwelt- und Menschenrechtsstandards kommen.

Umweltpolitik als Innovationsmotor – erfolgreich im weltweiten Markt

Wir Freie Demokraten wollen Umwelttechnik „Made in Deutschland“. Dazu müssen wir Bedingungen für Innovationen schaffen, die weltweit gefragt sind. Deutschland verfügt mit der Chemieindustrie, der Automobilindustrie und dem Maschinenbau über weltweit erfolgreiche Branchen. Doch restriktive, vermeintlich nachhaltige Regulierungen wie strenge Grenzwerte, Technikvorgaben und Quotenanforderungen gehen oft deutlich über europäische und globale Standards hinaus. Das führt dazu,

dass deutsche Produkte die Anforderungen anderer Märkte verfehlen. Wir werden die Umweltstandards in Deutschland und Europa zusammenführen und es unserer Industrie so ermöglichen, weltweit nachgefragte Produkte zu entwickeln.

Eine starke Wasserwirtschaft als Motor für Energieneutralität und Versorgungssicherheit in Deutschland

Wir Freie Demokraten wollen, dass der Ausbau erneuerbarer Energien und der Schutz von Trinkwasserschutzgebieten in Deutschland künftig Hand in Hand gehen können. Das schützt die öffentliche Wasserversorgung. Dafür sind schnellere und besser abgestimmte Genehmigungsverfahren für Energie- und Wasserversorgung notwendig. Die Wasserwirtschaft steht in Deutschland vor großen Herausforderungen: Neben Klimaanpassung und einem instabilen Wasserhaushalt rückt die Versorgungssicherheit der Bevölkerung immer mehr in den Fokus. Das haben wir im Blick. Um den Ausbau von Geothermie-, Wasserstoff-, Pumpspeicher- und Wasserkraftanlagen zu erleichtern, muss das Wasserrecht an das Energierecht angepasst werden. Dafür fordern wir, dass wasserrechtliche Genehmigungsverfahren im Wasserhaushaltsgesetz als „überragendes öffentliches Interesse“ anerkannt werden.

Kreislaufwirtschaft – ein Beitrag zur Freiheit

Wir Freie Demokraten wollen den gesetzlichen Rahmen zur Kreislaufwirtschaft marktwirtschaftlicher gestalten und Technologieoffenheit fördern, um Abhängigkeiten von Rohstoffimporten zu reduzieren und effizient klimaneutral zu werden. Abfälle von heute sollen Rohstoffe von morgen werden. Hochwertige Rückgewinnung und der effiziente Einsatz von Sekundärrohstoffen sind dabei zentral. Wir setzen auf Ökobilanzen zur Bewertung von Nachhaltigkeit und wollen geprüfte Sekundärrohstoffe aus dem Abfallregime entlassen. Europäische Standards für Rezyklate dürfen nicht durch Fälschungsimporte aus Drittländern unterwandert werden. Nationale Sonderwege in der Kreislaufwirtschaft lehnen wir ab und setzen uns für europäische Regeln ein. Je größer die Märkte, desto effizienter das Management von Sekundärrohstoffen.

Moderne Recyclingmethoden statt Produktverbote

Wir Freie Demokraten wollen technologieoffenes Recycling in Deutschland fördern und Abfälle in neue Rohstoffe umwandeln. Chemisches Recycling soll als gleichwertige Methode für Verpackungen anerkannt werden, um die rechtliche Diskriminierung zu beenden. Ressourcenschonung bedeutet nicht nur Verzicht, sondern kann auch durch innovative Wiederverwertungstechnologien erreicht werden. Dabei muss immer zwischen Umweltschutz und Ressourcenschutz abgewogen werden. Grenzwerte von Null sind unrealistisch und werden daher abgelehnt. Nur weil Nachweismethoden sensibler werden, müssen Grenzwerte nicht gesenkt werden. Entscheidend sind verhältnismäßige und praxisnahe Grenzwerte, die Umweltschutz und wirtschaftliche Machbarkeit in Einklang bringen.

Meeresschutz mit Weitblick: Schutz und Nutzung langfristig sichern

Wir Freie Demokraten setzen auf effizienten Meeresschutz und nachhaltige Nutzung der Meere. Die Bergung von Munitionsaltlasten muss weiter vorangetrieben werden. Offshore-Windparks bieten enorme Potenziale für die Energiewende, müssen aber durch intelligente Flächenplanung mit dem

Naturschutz in Einklang gebracht werden. Auch andere Nutzungsformen der Nord- und Ostsee sollen nachhaltig gestaltet werden. Schutzgebiete wollen wir wirksam schützen. Die Meere als Klimaregulator, Lebensraum und Wirtschaftsfaktor erfordern internationale Zusammenarbeit und Forschung. Verbindliche Abkommen und innovative Technologien sind zentral, um Belastungen zu reduzieren und Meeresökosysteme zu erhalten.

Hohe Dynamik beim Breitband- und Mobilfunkausbau durch Stärkung des Wettbewerbs beibehalten

Wir Freie Demokraten wollen Mobilfunk- und Glasfaserausbau als überragendes öffentliches Interesse im Netzausbaubeschleunigungsgesetz verankern. Der Ausbau wird fast vollständig durch die privaten Telekommunikationsunternehmen getragen. Der Staat soll nur dort eingreifen, wo sich der privatwirtschaftliche Ausbau nicht rechnet. Die Liberalisierung des streng regulierten Telekommunikationsmarktes ist eine Erfolgsgeschichte. Jetzt gilt es, den Wettbewerb zu stärken, damit die Kundinnen und Kunden weiterhin von hoher Qualität, niedrigen Preisen und innovativen Produkten profitieren. Wir wollen den privatwirtschaftlichen Ausbau durch Planungsbeschleunigung, Bürokratieabbau und Digitalisierung weiter entfesseln. Gleichzeitig fordern wir von den Unternehmen Kooperation, Vermeidung von Doppelausbau sowie klare Abschaltzeiten für Kupfernetze.

Moderne Infrastruktur – Planungsverfahren beschleunigen

Wir Freie Demokraten werden überflüssige Vorschriften im Verkehrssektor spürbar abbauen. Wir wollen das Planungsrecht grundlegend vereinfachen und Genehmigungsverfahren beschleunigen. Wir wollen die Planungszeiten für alle Infrastrukturprojekte halbieren, um Straßen, Schienen, Wasserstraßen und digitale Netze schneller auszubauen. Die über Jahrzehnte vernachlässigte Infrastruktur braucht unsere volle Aufmerksamkeit. Statt langwieriger Einzelgenehmigungen setzen wir auf bundeseinheitliche Standardisierungen. Die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse treiben wir konsequent voran.

Infrastruktur – Mauteinnahmen und private Investitionen nutzen

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist die Grundlage für den Logistikstandort Deutschland, für Wohlstand und Wachstum. Wir Freie Demokraten wollen Mauteinnahmen zweckgebunden prioritär für den Erhalt und den Ausbau von Straßen und Brücken nutzen. Die Autobahn GmbH soll dafür eigene Einnahmen aus der Lkw-Maut erhalten. Toll Collect soll in der Autobahn GmbH aufgehen. Außerdem setzen wir auf die Kraft privater Investitionen durch Investmentfonds, Pensionskassen und Private Equity. Wir wollen die Autobahn GmbH kreditfähig machen. Verkehrsträgerbezogene Finanzierungskreisläufe müssen gestärkt und Sanierungsprogramme für Brücken und Bahnkorridore verstetigt werden, damit wir Planungs- und Baukapazitäten aufbauen können. Wir setzen darüber hinaus auf private Investitionen in die Ladeinfrastruktur: Wir sorgen dafür, dass privatwirtschaftlich errichtete Ladeparks entlang von Autobahnen einfacher entstehen können. Dazu ändern wir das Bundesfernstraßengesetz. Auch an bislang unbewirtschafteten Rastanlagen muss es erlaubt sein, durch den Verkauf von Waren die Infrastruktur für Pkw- und Lkw-Fahrer zu verbessern. Von dieser Angebotsvielfalt profitieren alle Reisenden.

Technologieoffenheit statt Verbrenner-Verbot

Wir Freie Demokraten wollen die Transformation des Autos marktwirtschaftlich umsetzen. Wir fordern den Abbau regulatorischer Hürden für jede Technologie. Ein Verbot des Verbrennungsmotors lehnen wir entschieden ab und wollen mit nachhaltigen Kraftstoffen seine Zukunft auch nach 2035 sichern. Die Euro-7-Norm wollen wir grundlegend überarbeiten: Statt nur auf Auspuffemissionen („Tailpipe“) zu schauen, müssen wir den gesamten Lebenszyklus berücksichtigen. Zudem möchten wir die EU-Flottengrenzwerte abschaffen. Das Auto steht für Freiheit und wirtschaftliche Stärke in Deutschland. Seine Weiterentwicklung wollen wir durch Innovation und Wettbewerb vorantreiben. Nur durch echte Technologieoffenheit sichern wir Arbeitsplätze, Wohlstand und klimafreundliche Mobilität.

Technologieoffenheit bei Antrieben und Kraftstoffen durchsetzen

Wir Freie Demokraten wollen erneuerbare Kraftstoffe wie HVO und PtL steuerlich entlasten und neue Antriebstechnologien schneller zulassen. Wir wollen eine Gleichstellung von Elektromobilität, erneuerbaren Kraftstoffen und Wasserstoffmobilität bei jeglicher Regulatorik, Besteuerung und Förderung. Die Ladeinfrastruktur werden wir bedarfsgerecht und marktwirtschaftlich ausbauen statt nach starren staatlichen Vorgaben. Genehmigungsverfahren, etwa bei Netzanschlüssen beschleunigen wir. Die Wirtschaft braucht Freiräume für innovative Lösungen statt dirigistischer Subventionspolitik. Die Transformation der Mobilität gelingt nur durch Technologieoffenheit.

Tempolimit wäre nur Symbolpolitik

Wir Freie Demokraten lehnen ein allgemeines Tempolimit auf deutschen Autobahnen ab. Ein faires Miteinander aller Verkehrsteilnehmer – ob Auto, Fahrrad, E-Scooter oder Fußgänger – erreichen wir nicht durch Verbote, sondern durch ausgewogene Regeln und gegenseitigen Respekt. Die Autobahnen in Deutschland zählen zu unseren sichersten Straßen. Auch im internationalen Vergleich lässt sich kein Zusammenhang zwischen einem generellen Tempolimit und einem erhöhten Sicherheitsniveau auf Autobahnen feststellen. Zur Emissionsreduktion setzen wir auf den Emissionshandel und innovative Technologien wie intelligente Leitsysteme, die dem Fahrer helfen, Staus und Umwege zu umgehen. Damit wird stockender Verkehr vermieden, der CO₂-Emissionen erhöht und außerdem auch das Unfallrisiko.

Mobilitätsinnovationen durch Deregulierung entfesseln

Wir Freie Demokraten wollen Deutschland zum Innovationsführer für zukunftsweisende Mobilität machen. Dazu wollen wir sicheres autonomes Fahren vorantreiben. Zudem wollen wir den Taxi- und Mietwagenmarkt mutig modernisieren. Dabei sorgen wir für alle Marktteilnehmer für ein faires „Level Playing Field“. Die Chancen der Plattformökonomie dürfen nicht durch überbordende Regulierung behindert werden. Neue, digitale Mobilitätsangebote brauchen einen technologieoffenen Rechtsrahmen statt bürokratischer Fesseln.

Autonomem Fahren zum Durchbruch verhelfen

Wir Freie Demokraten fordern die schnelle Zulassung automatisierter Fahrsysteme aller Levels und deren Anwendungen im Realbetrieb. Deutschland als Vorreiter beim autonomen Fahren – das ist unsere Vision. Den rechtlichen Rahmen wollen wir technologieoffen gestalten, um Innovationen zu ermöglichen. Die Testung autonomer Fahrzeuge erleichtern wir durch beschleunigte Genehmigungsverfahren. Die notwendige digitale Infrastruktur bauen wir konsequent aus. Neue Geschäftsmodelle wie autonome Shuttles oder automatisierte Logistik behindern wir nicht durch bürokratische Hürden. Damit wirken wir auch dem Fachkräftemangel entgegen.

Führerschein als Ausdruck persönlicher Freiheit stärken

Wir Freie Demokraten wollen den Führerscheinwerb modernisieren und kostengünstiger machen. Der Führerschein steht für individuelle Mobilität und Selbstbestimmung. Das begleitete Fahren wollen wir ab 16 Jahren ermöglichen – frühe Fahrpraxis erhöht die Verkehrssicherheit. Diskriminierende Fahrtauglichkeitstests für Seniorinnen und Senioren lehnen wir ab. Führerschein und Fahrzeugpapiere werden wir digitalisieren, ebenso die Führerscheinausbildung: Online-Theorieunterricht ohne Tagesobergrenze, digitale Lernplattformen, Fahrsimulatoren und moderne Prüfungsformate machen die Ausbildung flexibler, effizienter und damit kostengünstiger. Mit der Öffnung des Prüfungsmarktes für weitere Anbieter und einer Weiterbildung zum Fahrprüfer auch ohne Ingenieursstudium wollen wir mehr Prüftermine und kürzere Wartezeiten schaffen.

Automobilkultur bewahren und Oldtimer-Tradition schützen

Wir Freie Demokraten schützen die Oldtimer-Kultur in Deutschland. Das Auto ist nicht nur Verkehrsmittel, sondern bedeutendes Kulturgut unseres Landes. Die pauschale Kfz-Steuer für Oldtimer (H-Kennzeichen) muss als Anerkennung der kulturhistorischen Bedeutung erhalten bleiben. Klassikertreffen sind wichtige kulturelle Veranstaltungen, die nicht durch überzogene Auflagen oder willkürliche Verbote verhindert werden dürfen. Oldtimer fahren wenig und haben kaum Einfluss auf die Klimabilanz.

Motorradfahren verantwortungsvoll ermöglichen

Wir Freie Demokraten stärken das Motorrad als Symbol für Freiheit und effiziente, individuelle Mobilität. Motorisierte Zweiräder sind ein wichtiger Teil moderner Fortbewegung, besonders in Städten und im Pendlerverkehr. Die erfolgreiche B196-Regelung für Pkw-Führerscheininhaber wollen wir erhalten und auf EU-Ebene verteidigen. Statt auf Verbote setzen wir auf Eigenverantwortung der Motorradfahrer, etwa beim Thema Lärmemissionen. Die technologieoffene Transformation der Zweiradmobilität unterstützen wir durch faire Rahmenbedingungen für Elektroantriebe und nachhaltige Kraftstoffe. Mit über 130.000 Arbeitsplätzen und 11,6 Milliarden Euro Umsatz in Deutschland ist das Motorrad ein starker Wirtschaftsfaktor, den wir zukunftsfähig machen wollen. Das Motorrad steht für Freiheit und umwelteffiziente individuelle Mobilität.

ÖPNV durch Markt und Innovation stärken

Wir Freie Demokraten wollen konsequente Digitalisierung und mehr Wettbewerb im Nahverkehr. Mit dem Deutschlandticket haben wir den Tarifschunzel gelichtet – jetzt wollen wir die starren Strukturen der Verkehrsverbände durch moderne digitale Plattformen ersetzen und das Deutschlandticket langfristig sichern. Private Anbieter sollen fair am Markt teilnehmen, ohne durch unnötige Regeln ausgebremszt zu werden. Starre Linienverkehre werden wir durch flexible, bedarfsgerechte Angebote ergänzen und dafür digitale Daten stärker nutzen. Durch die digitale Vernetzung verschiedener Verkehrsträger schaffen wir nahtlose Mobilitätsketten vom ersten bis zum letzten Kilometer, „Mobility Hubs“ bilden effiziente Umstiegsmöglichkeiten. Das Zusammenspiel von Bus, Bahn und anderen Verkehrsmitteln ist der Schlüssel zu einer modernen und flexiblen Mobilität.

Bahnverkehr neu ordnen: Mehr Wettbewerb auf der Schiene

Wir Freie Demokraten wollen mehr Wettbewerb auf der Schiene ermöglichen und die Qualität sowie Effizienz des Zugverkehrs zu verbessern. Das Netz soll aus dem DB-Konzern herausgelöst, als eigenständige GmbH im Bundeseigentum geführt, der Bahnbetrieb privatisiert werden. Wettbewerb und Innovationsdruck und bringen bessere Dienstleistungen und günstigere Preisen für die Fahrgäste. Die Bundesmittel konzentrieren wir damit auf das Netz, mit Fokus auf Sanierung, Erhalt, Ausbau und Digitalisierung in realistischen Dimensionen – nicht nur auf den hochbelasteten Strecken, sondern auch in der Fläche. Wir wollen die zahlreichen bestehenden Finanzierungsinstrumente in einen Schienenfonds bündeln, um mehr überjährige Finanzierung und langfristige Planbarkeit zu sichern. Hochleistungskorridore setzen wir bei Erfolg fort. Die DB Holding lösen wir auf, um Machtkonzentrationen zu beenden. Durch die organisatorische Trennung kann sich der Bund voll auf die Modernisierung der Infrastruktur konzentrieren.

Luftverkehrsstandort durch Abbau staatlicher Belastungen stärken

Der Luftverkehrsstandort Deutschland muss wieder international wettbewerbsfähig werden. Gute Verbindungen in die Welt sind entscheidend für einen starken Wirtschaftsstandort. Wir Freie Demokraten werden für eine Stärkung unseres Standorts staatliche Belastungen abbauen: Wir wollen die Luftverkehrssteuer streichen und Luftsicherheitsgebühren senken. Airlines und Flughäfen brauchen unternehmerische Freiheit statt staatlicher Gängelung.

Klimaschutz im Luftverkehr marktwirtschaftlich und wettbewerbsneutral gestalten

Wir Freie Demokraten wollen Klimaschutz im Luftverkehr mit Innovationen und neuen Technologien erreichen. Die EU-Quoten für erneuerbare Flugkraftstoffe dürfen europäische Airlines nicht einseitig belasten. Europaweite Abgaben wollen wir so gestalten, dass sie fair und zielgerichtet wirken, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Wir setzen auf marktwirtschaftliche Instrumente wie die CO₂-Bepreisung über das europäische Emissionshandelssystem, die alle Marktteilnehmer gleichbehandelt. Nationale Sonderabgaben und Quoten dagegen sind ein planwirtschaftlicher Irrweg und müssen abgeschafft werden. Wir brauchen Offenheit für neue Technologien und Anreize für Innovationen bei alternativen Antrieben und erneuerbaren Kraftstoffen.

Flughäfen modernisieren, automatisieren und vernetzen

Wir Freie Demokraten setzen auf die Innovationskraft privater Investoren, um Prozesse zu digitalisieren und zu automatisieren. Sicherheitskontrollen etwa sollen mit moderner Technik wie CT-Scannern effizienter werden. Die Modernisierung der Flughafeninfrastruktur darf nicht an staatlicher Bürokratie scheitern. Die Anbindung der Flughäfen wollen wir durch privatwirtschaftliche Kooperationen zwischen den Verkehrsträgern mit dem Luftverkehr verbessern.

Logistikstandort Deutschland – Überregulierung stoppen und Bürokratielasten abbauen

Wir Freie Demokraten setzen uns für einen deutlichen Bürokratieabbau in der gesamten Logistikbranche ein. Dokumentations- und Berichtspflichten wollen wir auf das Nötigste begrenzen – insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen. Übermäßige Vorschriften hemmen Innovationen und schwächen die Wettbewerbsfähigkeit. Unternehmer sollen sich auf ihre Arbeit konzentrieren können, statt Zeit mit Bürokratie zu verschwenden. Doppelte Berichtspflichten lassen sich durch gegenseitige behördliche Anerkennung vermeiden. Mit höheren Schwellenwerte für Unternehmensgrößen wollen wir den Mittelstand spürbar entlasten. Wir werden den "Trickle-Down-Effekt" stoppen, der auch kleine Unternehmen in den Berichtspflichten-Sog zieht.

Güterverkehr durch sinnvolles Verkehrsmanagement beschleunigen

Deutschland braucht als Exportnation und europäische Logistkdrehscheibe eine leistungsfähige Transportwirtschaft. Wir Freie Demokraten setzen auf die Deregulierung und Innovation: Ein KI-gestütztes Verkehrsmanagement soll Verkehrsströme intelligent steuern. Lkw sollen Seitenstreifen flexibler befahren können. Eine digitale Echtzeiterfassung von Parkplätzen erhöht die Effizienz bei der Organisation der gesetzlich festgelegten Pausen.

Fachkräftemangel bei Lkw-Fahrern: Einwanderung und Ausbildung stärken

Der massive Fahrermangel gefährdet unsere Lieferketten. Wir brauchen ein modernes Einwanderungsrecht, das qualifizierten Berufskraftfahrern aus dem Ausland den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt erleichtert. Führerscheine wollen wir unbürokratisch anerkennen und Prüfungen mehrsprachig anbieten. Wir wollen die Berufskraftfahrerausbildung entschlacken – starre EU-Regularien lehnen wir ab. Das begleitete Lkw-Fahren ab 17 Jahren wollen wir auch für die Ausbildung öffnen.

Güterverkehr durch flexible Zeitfenster und schnelle Genehmigungen entfesseln

Die starren Sonn- und Feiertagsfahrverbote für Lkw sowie die unflexiblen Nachtflugverbote sind nicht mehr zeitgemäß und behindern unseren Güterverkehr. Wir wollen sie aufheben, besonders bei einheitlichen Feiertagen zwischen Bundesländern. Genehmigungen für Schwer- und Großraumtransporte wollen wir massiv vereinfachen – mit einer Genehmigungsfiktion nach angemessener Frist. Alle Industriegüter sind dabei gleich zu behandeln. Nur ein flexibler, unbürokratischer Güterverkehr sichert unsere Position als führende Exportnation.

Digitale Kontrollen im Güterverkehr

Wir Freie Demokraten fordern die beschleunigte Implementierung des elektronischen Frachtinformationssystems (eFTI) in der EU. Eine effiziente Rechtsdurchsetzung braucht moderne digitale Werkzeuge statt analoger Bürokratie und immer neuer Gesetze. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die digitalen Infrastrukturen EU-weit einheitlich umgesetzt werden. Die Entwicklung digitaler Schnittstellen zwischen Behörden und Unternehmen fördern wir durch gezielte Investitionsanreize.

Klimaneutrale Weiterentwicklung der Nutzfahrzeugflotte marktwirtschaftlich gestalten

Wir wollen die Umstellung auf klimafreundliche Antriebe durch marktwirtschaftliche Anreize statt durch Verbote erreichen. Die CO₂-basierten Lkw-Maut-Einnahmen wollen wir stärker in die Transformation des Straßengüterverkehrs reinvestieren: durch eine nach Unternehmensgröße gestaffelte und degressiv ausgestaltete Förderung für Null-Emissions-Fahrzeuge und den Ausbau der Lade- und Tankinfrastruktur. Die Mautbefreiung für emissionsfreie Fahrzeuge werden wir verlängern, alternative Kraftstoffe durch Maut- und Steuervorteile wettbewerbsfähig machen. Wir haben im Blick, dass der Logistiksektor als künftig energieintensive Branche einen wettbewerbsfähigen Strompreis braucht.

Hafenstandorte und Wasserstraßen zukunftsfähig entwickeln

Wir Freie Demokraten wollen See- und Binnenhäfen marktwirtschaftlich stärken und die in der Nationalen Hafenstrategie vereinbarten Maßnahmen konsequent umsetzen. Wir setzen uns für den Schutz bestehender und die Entwicklung neuer Hafenflächen ein. Die versprochene Bundesbeteiligung an der Hafenfinanzierung wollen wir realisieren. Die deutschen Binnenhäfen verbinden Schiff, Bahn und Lkw und sind unverzichtbar für unsere Wirtschaft. Sie sind Zentren für Energiewende, Kreislaufwirtschaft und militärische Resilienz. Die deutschen Seehäfen sind zusätzlich zentrale und unverzichtbare Motoren unseres Außenhandels und damit von überragendem wirtschafts- und auch sicherheitspolitischen Interesse. Sie sollten daher als kritische Infrastruktur kategorisiert und ausländische Investitionen, insbesondere von Investoren und Unternehmen, die umfangreichen Einflussmöglichkeiten autoritärer Regime unterliegen, entsprechend geprüft werden.

Infrastrukturoffensive für leistungsfähige Wasserstraßen starten

Private Investitionen in innovative Hafentechnologien wollen wir durch die Fortschreibung der IHA-TEC-Förderrichtlinien unterstützen. Die erfolgreichen Maßnahmen zur Klimaresilienz des Rheins werden wir auf weitere Flüsse ausweiten und die Abladeoptimierung am Mittelrhein beschleunigen wir. Der desolate Zustand unserer Wasserstraßeninfrastruktur gefährdet den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Verkehrsträger besser vernetzen als Schlüssel für effiziente Logistik

Wir Freie Demokraten fordern den bedarfsgerechten Ausbau der Schienen- und Straßenanbindungen unserer Häfen. Wir wollen die Vor- und Nachlaufverkehre zu Binnenhäfen von der Mautpflicht befreien und die 44-Tonnen-Regelung auf nicht-containerisierte Ladungen ausweiten. Die KV-Förderung für Suprastrukturen werden wir mit mindestens 90 Millionen Euro jährlich fortschreiben. Wir wollen

das Schienengüterfernverkehrsnetzförderungsgesetz (SGFFG) für Aus- und Neubauten in Häfen öffnen und die Förderhöchstgrenze aufheben. Wir treiben die Digitalisierung der Logistikketten vom Hafen ins Hinterland weiter voran. Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist Grundvoraussetzung für erfolgreiche Häfen. Nur das reibungslose Zusammenspiel aller Verkehrsträger sichert die Wettbewerbsfähigkeit unserer maritimen Wirtschaft.

Wettbewerbsfähige Schienenanbindung der Häfen sichern

Wir Freie Demokraten fordern gleiche Bedingungen für alle Hafen-Schienenanlagen, um den Schienengüterverkehr zu stärken. Wir wollen die unterschiedliche Behandlung von bundeseigenen und nicht-bundeseigenen Anlagen beenden und mit einheitlichen Nutzungsentgelten und klaren Wettbewerbsregeln für Fairness sorgen. Vorgelagerte Gleise im Bundeseigentum werden wir bei Ausbau- und Ersatzprojekten endlich priorisieren. Hafenbetreiber sollen DB-Anlagen übernehmen können, wenn sie diese effizienter betreiben. Sanierungsmaßnahmen der Deutschen Bahn müssen mit den Binnenhäfen besser abgestimmt werden, um lange Unterbrechungen zu vermeiden. So schöpfen wir das Potenzial der Schiene optimal aus.

Digitalisierung der Binnenhäfen vorantreiben

Wir Freie Demokraten setzen auf smarte Häfen, um im internationalen Wettbewerb erfolgreich zu bleiben. Wir glauben an private Investoren als Treiber der digitalen Transformation, unterstützt durch eine gezielte Förderung. Die erfolgreichen Förderrichtlinien für Digitale Testfelder in Häfen wollen wir dafür mit ausreichenden Mitteln fortschreiben. Automatisierte Schiffs- und Logistikkonzepte dürfen nicht durch überbordende Regulierung ausgebremst werden. Stattdessen brauchen wir marktwirtschaftliche Anreize, die digitale Innovationen und neue Technologien im Hafenbereich voranbringen.

Bürokratische Fesseln der Hafenvirtschaft lösen

Wir Freie Demokraten wollen Genehmigungsverfahren für Hafenanlagen massiv entbürokratisieren. Die ausufernde und kleinteilige Regulierung gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit unserer Häfen. Wir wollen Standards für Hafengebiete praxisgerecht überarbeiten, besonders im Immissionsschutz und Wasserrecht. Heranrückende Wohnbebauung darf bestehende Hafenaktivitäten nicht einschränken. Starre Umweltauflagen ersetzen wir durch flexible, praxisgerechte Regelungen. Statt neuer Vorschriften brauchen die Häfen unternehmerische Freiräume für Innovation und Wachstum.

Häfen als Zentren der Versorgungssicherheit stärken

Wir Freie Demokraten wollen unsere Häfen als Schlüsselstandorte für die Produktion und Verteilung neuer Energien wie Windenergie und Wasserstoff ausbauen. Wir setzen dabei auf marktwirtschaftliche Anreize in moderne Umschlagsanlagen und auf stabile, technologieoffene Bedingungen für Investitionen. Der Bund muss sich substanziell an den Infrastrukturkosten beteiligen. Das angekündigte Förderprogramm für wasserseitige Infrastrukturen wollen wir endlich umsetzen. Zudem wollen wir ein Investitionsprogramm für hafenbezogene Infrastruktur auflegen und es durch einen überjährigen Infrastrukturfonds sichern. Als systemrelevante Standorte für die Versorgungssicherheit, für nationale Reserven und militärische Verlegungen müssen Häfen besonders unterstützt werden.

Maritime Arbeitswelt zukunftsfähig gestalten

Seehäfen sichern gute Arbeitsplätze und müssen fit für die Zukunft bleiben. Wir Freie Demokraten wollen moderne Aus- und Weiterbildungskonzepte stärken, damit Beschäftigte auf neue Anforderungen vorbereitet sind. Die Ausbildungsstätten in den Häfen müssen konsequent modernisiert werden. Statt starrer Regeln setzen wir auf flexible Arbeitszeiten und digitale Fähigkeiten, um die Hafenarbeit zu modernisieren.

Freizeitschifffahrt und Tourismus

Die Tourismus- und Freizeitschifffahrt auf Binnen- und Seegewässern hat für viele Menschen einen hohen Freizeitwert und leistet einen wichtigen Beitrag zum Tourismus. Wir Freie Demokraten setzen uns für die Sicherstellung einer modernen und zugänglichen Infrastruktur ein, die den Anforderungen der regionalen Sport- und Freizeitschifffahrt gerecht wird. Dazu gehören gut ausgebaute Wasserstraßen, sichere Liegeplätze und umweltfreundliche Technologien, um diese Form der Freizeitgestaltung nachhaltig und attraktiv zu gestalten.

Wohnungen für alle

Wir Freie Demokraten wollen schnelleres und günstigeres Bauen möglich machen. Das Bauplanungs- und Bauordnungsrecht muss dafür liberalisiert werden. Mit einem sofortigen Baukostenmoratorium stoppen wir neue staatliche Kostentreiber. Wir beschleunigen Genehmigungsverfahren, schaffen überflüssige Umweltgutachten ab und geben dem Wohnungsbau Vorrang bei Abwägungsentscheidungen. Mit einheitlichen Anforderungen und bundesweiten Typengenehmigungen bringen wir das serielle Bauen voran. Wir werden überzogene Bau-Auflagen abbauen und auf sinnvolle Mindeststandards bei Gebäudeenergie, Brand- und Gesundheitsschutz sowie Statik reduzieren. Der von uns auf den Weg gebrachte Gebäudetyp E sollte eine Blaupause für die Entrümpelung des Baurechts sein. Neben der Nachverdichtung und Aufstockung treiben wir auch die Ausweisung neuer Bauflächen voran. Reagiert die Behörde nicht fristgerecht, gilt der Bauantrag als genehmigt (Genehmigungsfiktion).

Private Investitionen im Wohnungsbau entfesseln

Wir Freie Demokraten werden die steuerlichen Abschreibungen im Wohnungsbau verbessern – das macht Investitionen attraktiver und schafft schneller neuen Wohnraum. Die Sonderabschreibung des Wachstumschancengesetzes führen wir ohne unnötige Einschränkungen fort. Der aktuelle Förderdschungel mit seinen überzogenen Anforderungen bremst den Neubau aus. Wir schaffen stattdessen zwei leistungsstarke Zinsvergünstigungsprogramme: eines für Privatpersonen und eines für professionelle Marktteilnehmer. Grundlage der Förderung sind die tatsächlich eingesparten Treibhausgasemissionen. Unnötige und unrealistische Anforderungen wie das Qualitätssiegel Nachhaltiges Gebäude und der Effizienzhausstandard können somit entfallen. Deutschland muss mehr, schneller und günstiger bauen. Private Investitionen sind dafür der Schlüssel.

Bauen im Bestand – Verdichtung gestalten

Wir Freie Demokraten setzen neben der Ausweisung neuer Bauflächen auf der grünen Wiese auf Bauen im Bestand. Durch Dachausbau, Aufstockung und Umwidmung aktivieren wir ungenutzte Flächenpotenziale, ohne große Flächen neu zu versiegeln. Das ist effizient und umweltfreundlich. Dabei spielen wir Gewerbe und Wohnungsbau nicht gegeneinander aus, sondern schützen etwa durch eine Harmonisierung des Lärmschutzes bereits existierendes Gewerbe in Wohngebieten.

Weg mit Bürokratie: Baukosten-TÜV einführen

Die Politik ist einer der wesentlichen Kostentreiber beim Wohnungsbau. Wir Freie Demokraten wollen jede neue Norm konsequent daraufhin prüfen, welche Folgekosten sie verursacht. Ziel der Prüfung muss es sein, die vorhandene Normenflut einzudämmen und auf ein für die Praxis handhabbares Maß zu reduzieren. Grundlagen ordnungsrechtlicher Bauanforderungen dürfen ausschließlich einfache, kostengünstige und auf Gefahrenabwehr beschränkte Standards sein. Komfortstandards bleiben weiterhin möglich, sollen aber nicht mehr verpflichtend sein.

Einfach und innovativ Bauen: Gebäudetyp E

Mit dem von uns auf den Weg gebrachte Gebäudetyp E wollen wir eine Blaupause für die Entrümpelung des Baurechts schaffen und den Grundstein für einfacheres und kostengünstigeres Bauen legen. Rund 3000 Normen im Baubereich bremsen Bauprojekte unnötig aus und treiben die Kosten in die Höhe. Komfortstandards wie die Mindestanzahl von Steckdosen oder die Norminnentemperatur im Bad sollen künftig nur gelten, wenn sie vertraglich vereinbart werden – wie bei der Wahl zwischen Basis- und Luxusausstattung im Auto. Das spart bis zu zehn Prozent der Baukosten. Sicherheit bleibt dabei oberste Priorität: „Safety first“ für Feuerschutz und Stabilität. Dafür brauchen wir eine Bundesländer-Offensive für den Bau. Denn das Bauordnungsrecht wird im Wesentlichen durch die Landesbauordnungen geregelt. Hier müssen Erleichterungen nach dem Vorbild des Gebäudetyps E geschaffen werden.

Kluge Städte und Gebäude sind besser für alle

Wir Freie Demokraten wollen das Potenzial heben, das Digitale Technologien, Automatisierung und Künstliche Intelligenz für besseres und effizienteres Bauen und Wohnen bieten. Wir werden veraltete Vorschriften und Prozesse entrümpeln, den rechtlichen Rahmen für durchgehend digitale Planung schaffen und den Einsatz entsprechender Systeme in Behörden stärken. Digitale Gebäudemodelle (BIM) machen wir durch einheitliche Standards und klare Schnittstellen zum neuen Planungsstandard. Intelligente Messsysteme und spielerische Verbrauchssteuerung erleichtern wir, um Energieverbrauch und CO₂-Emissionen technologieoffen zu senken. Bei der Stadtplanung wollen wir digitale Technologien und Daten nutzen, um das Leben der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern und Städte zu Smart Cities weiterentwickeln. Ein KI-gestütztes Verkehrsmanagement soll Verkehrsströme intelligent steuern und die Infrastrukturnutzung optimieren. Die flexible Nutzung von Seitenstreifen und digitale Echtzeiterfassung von Parkplätzen sind dabei wichtige Bausteine.

Realitätsnahe Gebäuderegeln statt teurer EU-Bürokratie

Die EU-Kommission gefährdet mit ihrer Regulierungswut die Grundlagen für bezahlbares Wohnen und eine starke Wirtschaft. Ihre überzogenen Vorgaben belasten die gesamte Immobilienwirtschaft schwer und entzieht das Kapital, das für den dringend benötigten Neubau und Sanierungen gebraucht wird. Das muss aufhören. Besonders die EU-Gebäuderichtlinie von 2024 bedarf einer umfassenden Reform. Überzogene Verschärfungen, wie das Verbot fossiler Heizungen ab 2040, sind praxisfern, verteuern den Wohnraum in Europa und schwächen die Wettbewerbsfähigkeit der EU. Wir fordern eine sofortige Kurskorrektur: Die Umsetzungspflicht für die Mitgliedstaaten muss ausgesetzt und die Richtlinie grundlegend überarbeitet werden. Darüber hinaus setzen wir uns für die Abschaffung der EU-Taxonomie ein. Sie führt bereits jetzt zur Abwertung von Bestandsimmobilien und verhindert somit Investitionen in bezahlbaren Wohnraum.

Faire Regeln für Mieter und Vermieter

Wir Freie Demokraten wollen ausgewogene Regeln zwischen Mietern und Vermietern. Private Vermieter stellen einen Großteil der Mietwohnungen zur Verfügung, oftmals zu günstigen Preisen. Doch viele ziehen sich aus dem Markt zurück, weil Vermieten durch komplizierte Regelungen unattraktiv geworden ist. Das verschärft den Wohnungsmangel. Wir vereinfachen daher das Nebenkostenrecht. Die Mietpreisbremse ist nachweislich eine Investitionsbremse. Deshalb lassen wir sie auslaufen. Um Anreize für den dringend notwendigen Neubau zu schaffen, durchbrechen wir die staatliche Regulierungsspirale im Mietmarkt. Einen bundesweiten Mietendeckel wird es mit uns nicht geben – er würde nur den dringend benötigten Neubau verhindern. Die starren Kappungsgrenzen bei energetischen Sanierungen verhindern die Modernisierung des Gebäudebestands, obwohl auch Mieter von sinkenden Nebenkosten profitieren. Wir wollen mehr Spielräume eröffnen. Auch die CO₂-Kostenverteilung werden wir neu und für Vermieter weniger aufwendig regeln. Vermieter sollen außerdem von den bestehenden Spielräumen Gebrauch machen können und beispielsweise Staffel- oder Indexmieten mit Mietern vertraglich vereinbaren können. Auch hier wollen wir keine weiteren Einschränkungen.

Gezielte Unterstützung durch Wohngeld

Wir Freie Demokraten wollen Menschen gezielt dort unterstützen, wo das Einkommen trotz Arbeit und Fleiß nicht zum Leben reicht. Jahrelang wurde der Wohnungsmangel nur durch Mietregulierung verwaltet, statt echte Lösungen zu schaffen. Das rächt sich: Die steigenden Wohnkosten überfordern viele Menschen. Das Wohngeld hilft in solchen Situationen flexibel und passgenau. Allerdings führt das komplexe Zusammenspiel von Wohngeld, Bürgergeld und weiteren Sozialleistungen zu oft dazu, dass sich Arbeit, insbesondere in Vollzeit, nicht lohnt. Wir werden dieses System neu justieren: Durch bessere Abstimmungen der verschiedenen Leistungen schaffen wir klare Anreize für mehr Erwerbstätigkeit, stoppen die Ausweitung der Sozialausgaben und unterstützen weiterhin zielgenau.

Eigentümergehen Deutschland: Steuerlast auf Immobilien senken

Wohneigentum ist zentral für Vermögensaufbau und Altersvorsorge. Wir wollen, dass der Traum vom Eigenheim für mehr Menschen zur Realität werden kann. Gerade junge Berufstätige scheitern

trotz stabiler Einkommensverhältnisse an den hohen Eigenkapitalanforderungen. Wir Freie Demokraten wollen, dass Deutschland eine Eigentüternation wird: Dafür senken wir die Hürden. Mit einem Grunderwerbsteuerfreibetrag von 500.000 Euro für die erste selbstgenutzte Immobilie von natürlichen Personen erleichtern wir den Zugang zu Eigentum. Für Familien erhöht sich dieser Freibetrag für jedes Kind um 100.000 Euro. Nach Schweizer Vorbild sollen Mittel aus der betrieblichen Altersvorsorge für den Eigentumserwerb genutzt werden können – eine zusätzliche, flexible Finanzierungsquelle. Darüber hinaus wollen wir moderne Options- und Mietkaufmodelle rechtlich normieren, damit der Erwerb von Wohneigentum für mehr Haushalte Realität werden kann.

Freiheit im Heizungskeller: CO2-frei, aber bezahlbar

Wir Freie Demokraten sind überzeugt: Eine warme Wohnung mit moderner, klimafreundlicher Heizung geht auch wirtschaftlich und technologieoffen. Wir wollen weg vom teuren klimapolitischen Sonderweg Deutschlands. Statt unzähliger Einzelvorschriften setzen wir auf eine marktwirtschaftliche Lösung – den CO2-Zertifikatehandel, der ab 2027 auch den Gebäudesektor umfasst. Das Heizungsgesetz mit seinen überzogenen Vorgaben muss vollständig auslaufen. Wir wollen staatliche Förderung künftig an real eingespartem CO2 orientieren – nicht an theoretischen Kennzahlen. Um die sozialen Kosten des Klimaschutzes abzufedern, wollen wir Freie Demokraten eine Klimadividende einführen und die Energiebesteuerung drastisch absenken. Einen Zwang zum Anschluss an Fernwärmenetze lehnen wir ab. Heizen mit Holz bleibt mit uns weiter möglich, Auflagen für Kamine und Öfen wollen wir reduzieren. Eine Diskriminierung der Biomasse in der Neubauförderung lehnen wir ab, ebenso wie Vorgaben zum Biomasseanteile in Wärmenetzen.

Echte Technologieoffenheit für CO2-Freiheit

Wir Freie Demokraten setzen auf Wahlfreiheit und Innovation, um den Gebäudesektor zukunftsfähig zu machen. Zu oft blockiert starre Regulierung aktuell Technologien, die längst effizient und wirtschaftlich wäre. Statt Potenziale zu entfesseln, verzögert der Staat damit den Fortschritt. Deshalb wollen wir die Gesamtemissionsbilanz ganzer Quartiere in den Mittelpunkt stellen, um einzelnen Gebäuden mehr Flexibilität und Freiheit zu bieten. Die Einbindung der Anwohner schafft Akzeptanz und führt zu maßgeschneiderten Lösungen. So kann der Eigentümer mit Flachdach eine PV-Anlage installieren, während ein anderer eine Begrünung auf einer ungenutzten Innenhoffläche umsetzt. Die Rahmenbedingungen für vor Ort erzeugte Energie wollen wir verbessern, etwa durch die Abschaffung der steuerlichen KW-Peak-Grenze für Anlagen auf Wohnhäusern, öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen des Gemeinwohls. Zudem schaffen wir eine „Fastlane“ für die Zulassung innovativer und recycelter Baustoffe mit guter CO2-Bilanz und führen dafür einen flexiblen, rechtssicheren Rahmen ein. Ein Schwerpunkt wird die Reform der Mantel- bzw. Abfallende-Verordnung sein.

Für eine unternehmerische Landwirtschaft in Deutschland

Wir Freie Demokraten wollen die Agrarpolitik stärker auf unternehmerisches Handeln ausrichten. Statt auf ineffektive Subventionen setzen wir auf Produktivitätssteigerung und Innovationen, um die Versorgungssicherheit unseres Landes und die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirte zu stärken. Landwirte sind Unternehmer. Sie brauchen praktikable, rechtssichere Handlungsspielräume, um ihre Betriebe zukunftsfest zu machen. Überflüssige Dokumentationspflichten und Auflagen schaffen wir ab. Auf EU-Ebene drängen wir auf weniger Bürokratie. Doppelstrukturen der Agrarverwaltung zwischen

Kommunen, Bundesländer und EU-Mitgliedstaaten bauen wir ab. Zur neuen Förderperiode der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik ab 2027 wollen wir erreichen, dass Investitionen und Innovationen gefördert werden und knappe Haushaltsmittel prioritär zur nachhaltigen Intensivierung eingesetzt werden.

Die Gemeinsame EU-Agrarpolitik braucht ein marktwirtschaftliches Update

In der kommenden Förderperiode ab 2027 muss die Gemeinsame EU-Agrarpolitik (GAP) in ihrer Struktur deutlich einfacher und vor allem marktwirtschaftlicher werden. Die Auswirkungen des Angriffskriegs auf die Ukraine haben gezeigt, dass die globale Ernährungssicherheit auch in unserer Verantwortung liegt. Es darf nicht länger die Stilllegung von Flächen und extensive Bewirtschaftungsformen subventioniert werden. Wir Freie Demokraten wollen ein grundlegendes Update der GAP und die Landwirte unabhängiger von der Agrarförderung machen. Von der derzeitigen Struktur mit flächegebundenen Direktzahlungen, die an fachlich nicht immer nachvollziehbare Auflagen geknüpft sind, profitieren die Landwirte immer weniger. Ein weiteres Problem ist der enorme Verwaltungsaufwand durch die kleinteilige Förderung innerhalb der zweiten Säule der GAP. Unser Ziel ist es daher, gezielt Investitionen und Innovationen im Rahmen einer nachhaltigen, intensiven Produktion zu fördern. Davon profitieren die Landwirte direkt, beispielsweise durch die Förderung von Technologien, die den integrierten Naturschutz stärken, ohne dass Erträge eingebüßt werden müssen. Dies entspricht auch den gesellschaftlichen Anforderungen.

Nachhaltige Landwirtschaft durch innovative Technik

Wir Freie Demokraten wollen digitale Technologien im Ordnungsrecht verankern und Landwirtinnen und Landwirte von unnötigen Auflagen befreien. Auf dem Feld und im Stall ermöglichen wir digitale Anwendungen zur Dokumentation und schaffen somit Freiraum für die eigentliche Arbeit der Landwirte. Wir werden Innovationsgeist und Fortschritt belohnen, statt durch kleinteilige Vorschriften in die betrieblichen Abläufe hineinzuregieren. Künstliche Intelligenz erweitert den landwirtschaftlichen Werkzeugkasten und fördert Umwelt- und Ertragsicherheit. Zulassungsprozesse von Pflanzenschutzmitteln werden wir straffen und dadurch rechtssicher machen. In der Tierhaltung ermöglichen KI-Technologien wie Tierwohlmonitoring Verbraucherwünschen nachzukommen und gleichzeitig landwirtschaftliche Einkommen zu sichern.

Biotechnologischen Innovationen nicht im Wege stehen – Neue Züchtungsmethoden zulassen

Wir Freie Demokraten sehen in neuen Züchtungsmethoden (NGT) eine wegweisende Chance, die Landwirtschaft zukunftsfähig aufzustellen und den Herausforderungen des Klimawandels, wie zunehmender Hitze und Dürre, zu begegnen. Jahrelang haben wir uns für eine sachorientierte Diskussion zu NGTs auf europäischer Ebene eingesetzt. Jetzt kommt es darauf an, eine Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten für diese Technologien zu gewinnen. Mit uns wird es eine wissenschaftsbasierte und fortschrittliche Position in der Regierung geben. Der Vorschlag der EU-Kommission zur Einteilung von NGT-Pflanzen in zwei Kategorien ist praktikabel. Wir unterstützen, dass NGT1-Pflanzen, die nur leichte Genom-Veränderungen aufweisen, mit herkömmlich gezüchteten Pflanzen gleichgestellt werden.

Moderne Pflanzenschutzmittel schneller zulassen – für ein innovationsfreundliches Zulassungssystem

Wir Freie Demokraten fordern, dass die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln nach wissenschaftlichen Kriterien erfolgt. Es darf nicht länger vorkommen, dass eine politisch motivierte Einmischung des Umweltbundesamts (UBA) einem rein wissenschaftlichen Bewertungsprozess neuer Pflanzenschutzmittel im Wege steht und dadurch Innovationen ausgebremst werden. Wir werden dem Verlust von Pflanzenschutz-Wirkstoffen, der die Ernährungssicherung bedroht, entgegenwirken, indem wir den Zulassungsprozess neu ausgestalten. Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) soll als zentrale Managementbehörde die Anträge frei von ideologischer Einflussnahme durch das UBA bescheiden können. Dies stärkt auch den Schutz der Biodiversität, da moderne Mittel umweltschonender sind.

Bessere Tierhaltungsbedingungen durch neue Technologien und ein EU-weit einheitliches Tierhaltungskennzeichen

Wir Freie Demokraten wollen die Chancen der Digitalisierung, insbesondere in der Tierhaltung, nutzen. KI-basierte Systeme, die den Gesundheitszustand und das Wohlbefinden der Tiere erkennen, tragen zu mehr Tierwohl, Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz bei und erleichtern die Arbeit der Landwirte. Diese Anwendungen gezielt zu fördern und den rechtlichen Rahmen für ihre Nutzung zu schaffen, ist unser Ziel. Zudem fordern wir ein EU-weit einheitliches Tierhaltungskennzeichen, damit Verbraucherinnen und Verbraucher an der Ladenkasse durch transparente Kaufentscheidungen aktiv Tierwohl fördern können.

Tierschutz durch EU-weit einheitliche Standards bei Transport und Haltung von Nutztieren

Für uns Freie Demokraten ist der Tierschutz ein hohes Gut. Nationale Alleingänge mit immer weitergehenden Regelungen, die unsere Landwirtinnen und Landwirte im EU-Vergleich benachteiligen, lehnen wir ab. Obwohl sich die technischen Bedingungen bei Transportfahrzeugen in Deutschland stetig verbessert haben, bringen Tiertransporte in südliche Länder außerhalb der EU oft unwürdige Zustände mit sich. Lebendtierexporte in Länder, die nicht die EU-Mindeststandards zum Schutz der Tiere einhalten, wollen wir deshalb unterbinden.

Ernährungsinnovationen ermöglichen und Wahlfreiheit der Verbraucher erhalten

Für uns Freie Demokraten basiert Ernährungspolitik auf Verbraucherkompetenz, Wahlfreiheit und Innovation. Wir werden das Zulassungssystem für innovative Lebensmittelprodukte verbessern. Biotechnologische Möglichkeiten, die bereits in der Medizin Leben retten, können auch für eine gesündere Ernährung nutzbar sein. Innovationen tragen zur Qualität, Sicherheit und Rückverfolgbarkeit unserer Lebensmittel bei. Staatliche Initiativen scheitern, wenn Verbraucher nicht bereit sind, Ernährungsgewohnheiten zu hinterfragen. Deshalb setzen wir auf bessere und gebündelte Bildungsprogramme in Zusammenarbeit mit den Bundesländern, um Verbraucherkompetenzen zu fördern. Unverhältnismäßige Eingriffe in Rezepturen lehnen wir ab, ebenso wie Werbeverbote für erlaubte Produkte.

Multifunktionale Waldwirtschaft

Wir Freie Demokraten schaffen Handlungsspielräume für eine nachhaltige Waldwirtschaft und lehnen übergreifende Vorschriften ab. Das bestehende Bundeswaldgesetz hat sich bewährt und bietet einen guten Rahmen für den klimaresilienten Waldumbau. Die europarechtliche Regelung zu entwaldungsfreien Lieferketten halten wir für praxisuntauglich und setzen diese maximal 1:1 um. Wir ermöglichen den klimaresilienten Waldumbau mit standortgerechten Baumarten und wollen die Nutzung nichtheimischer Hölzer durch rechtliche Anpassung ermöglichen. Bewirtschaftete Wälder schützen unser Klima, schaffen Arbeitsplätze im ländlichen Raum und reduzieren Rohstoffabhängigkeiten. Waldbauern wollen wir beim Waldmanagement und in der Ausbildung unterstützen. Wir stehen zur Kaskadennutzung, denn Holz ist ein klimafreundlicher Rohstoff. Die Nutzung von Holz ist klimaneutral.

Sicherung der Artenvielfalt durch den gelebten Naturschutz von Jägern

Wir Freien Demokraten sehen die Jagd als unverzichtbaren Teil nachhaltiger Landnutzung und des Artenschutzes. Verantwortungsbewusstes Wildtiermanagement schützt das ökologische Gleichgewicht und ermöglicht die Regulierung neuer und invasiver Arten wie Goldschakal und Kormoran. Wir stehen zum Grundsatz „Wald mit Wild“ und vertrauen der Jägerschaft. Wir werden ein aktives Wolfsbestandsmanagement durch Bejagung einführen und dadurch Schäden minimieren. Lebensräume wollen wir vernetzen ohne Schutzgebietsflächen auszuweiten. Intakte Ökosysteme sind Lebensgrundlage. Wir würdigen den Beitrag Landwirten, Jägern und Anglern zum Naturschutz.

Naturschutzkooperationen statt immer schärferer Regeln im Ordnungsrecht für effektiveren Naturschutz

Wir Freie Demokraten wollen die Landwirtschaft durch Innovationen, Naturschutzkooperationen und praxistaugliche Regulierung mit Augenmaß nachhaltiger gestalten. Statt pauschaler Auflagen und Bewirtschaftungseinschränkungen kann die Weiterentwicklung der Landwirtschaft nur partnerschaftlich mit allen Akteuren der Branche gelingen. Wir brauchen mehr Anreize für integrierten Naturschutz und keine pauschalen Nutzungsverbote für knappe Flächen sowie immer schärfere Regularien für Landwirte. Daher wollen wir den Naturschutz, die Nahrungsmittelerzeugung und den Flächenbedarf für Infrastruktur, Wohnraum und Unternehmensansiedlungen stärker in Einklang bringen. Verbote und Eingriffe ins Eigentum schüren Konflikte, die dem Naturschutz letztlich eher schaden.

Standardisierung und Ersatzgeldregelungen für einen effektiven Natur- und Artenschutz

Wir Freie Demokraten wollen klare Vorgaben für einen effektiven Naturschutz in Deutschland. Statt kleinteiligem Individuenschutz setzen wir auf Populationsschutz und standardisierte Regeln, die Behörden und Unternehmen entlasten. Aktuelle Ausgleichsmaßnahmen bei Flächennutzung sind oft ineffektiv, da Unternehmen individuell Flächen finden müssen, was in unserer dicht besiedelten Kulturlandschaft immer schwieriger wird. Weil die kleinteiligen Vorhaben nicht aufeinander abgestimmt sind, ist ihr Nutzen zudem für den Naturschutz sehr begrenzt. Wir fordern deshalb Ersatzgeldzahlungen, die in einen zentralen Fonds fließen. Experten setzen daraus abgestimmte, effektive Naturschutzprojekte um. Das schafft mehr Nutzen für die Natur, reduziert Bürokratie für Unternehmen

und gestaltet Naturschutz ganzheitlich und zukunftsfähig. Um nachträgliche Behinderungen von Bauvorhaben zu verhindern, wollen wir das Verbandsklagerecht reformieren und Einspruchsmöglichkeiten verhältnismäßig gestalten.

VI. Freiheit, Sicherheit und Menschenrechte weltweit

Wehrhaftes Deutschland in der NATO

Wir Freie Demokraten stehen uneingeschränkt zur NATO und zur Bündnissolidarität. Die NATO ist das erfolgreichste Verteidigungsbündnis der Welt und bleibt auch in Zukunft der Garant für unsere Sicherheit. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Deutschland seine NATO-Verpflichtungen von mindestens 2 Prozent des BIP erfüllt und finanziell und gesellschaftlich in der Lage ist, zukünftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen zu begegnen. Das bedeutet, wenn die NATO höhere Vorgaben beschließt, werden wir auch diese erfüllen und noch stärker in unsere Sicherheit und Verteidigung investieren. Die Fähigkeits- und Planungsziele sind maßgebend für die konkrete Aufstellung der Bundeswehr. Wir wollen den europäischen Pfeiler der NATO stärken und dadurch die militärische Handlungsfähigkeit der Europäer innerhalb des Bündnisses fördern. Dazu braucht es eine noch engere Verzahnung der verteidigungspolitischen Instrumente von EU und NATO.

Europa braucht eine starke Verteidigungspolitik

Wir wollen die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU vertiefen. Dazu möchten wir die europäische Verteidigungsunion stärken. Wir setzen uns dafür ein, dass die Ziele des strategischen Kompasses der EU konsequenter von den Mitgliedstaaten verfolgt werden, und dass deren Ausgestaltung an die verschärfte Bedrohungslage durch Russland angepasst wird. Unser langfristiges Ziel, der Aufbau einer Europäischen Armee, ist ein integraler Bestandteil der Stärkung des europäischen Pfeilers innerhalb der NATO.

Für eine engere Zusammenarbeit in der europäischen Verteidigungspolitik

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) zu stärken und die bereits gesammelten Erfahrungen zur Verbesserung der Zusammenarbeit zu nutzen. Sie soll europäische Fähigkeitslücken schließen, Forschungs- und Entwicklungsprojekte fördern und eine einheitliche Ausstattung mit Ausrüstung sicherstellen. Der Europäischen Verteidigungsfonds (EVF/EDF) ist auszubauen, eine effizientere Rüstungsbeschaffung zu gewährleisten, indem Beschaffungsmaßnahmen besser koordiniert werden. Der Militärische Planungs- und Durchführungsstab (MPPC) soll zu einem europäischen militärischen Hauptquartier ausgebaut werden und Aufgaben der Kooperation in Bereichen wie Cyber- und Weltraumsicherheit übernehmen. Die verstärkte gemeinsame europäische Ausbildung soll die Streitkräfte näher zueinander bringen. Dazu sind gemeinsame Ausbildungsinstitutionen stärker zu berücksichtigen. Wir wollen das EU Intelligence Analysis Centre (EU INTCEN) zu einem wirksamen europäischen Nachrichtendienst weiterentwickeln. Mitgliedstaaten sollten nachrichtendienstliche Informationen konsequent teilen, um die Sicherheit in Europa zu verbessern.

Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Europa stärken

Eine starke Verteidigung braucht eine leistungsfähige Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Europa. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, den Finanzierungszugang für diesen Industriezweig zu verbessern – auch für private Investoren. Die allgemeinen Finanzierungsinstrumente für Start-ups

sollten auch für Unternehmen aus dem Sicherheits- und Verteidigungssektor nutzbar gemacht werden. Eine European Defence Industrial Strategy (EDIS) kann dabei helfen, bessere ordnungspolitische Rahmenbedingungen zu schaffen. Die EU sollte die European Defence Agency (EDA) nach dem Beispiel der US-amerikanischen DARPA weiterentwickeln. Politisch und militärisch bedeutsame deutsch-französisch initiierte Rüstungsprojekte wie FCAS und MGCS müssen entschlossen fortgeführt werden. Gemeinsam mit Frankreich und Polen sollten wir uns als Weimarer Dreieck für eine zeitgemäße Reform der EU-Regeln für Rüstungs-Exportkontrolle einsetzen.

Verteidigungsbereitschaft Deutschlands stärken

Die Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht bleibt bestehen. Wir Freie Demokraten setzen uns für eine professionelle Freiwilligenarmee aus Aktiven und einer starken Reserve ein. Die Attraktivität des Dienstes bei der Bundeswehr soll durch hervorragende Rahmenbedingungen und gesellschaftliche Vorteile massiv gesteigert werden. Wir Freie Demokraten wollen, dass die Wehrerfassung und Wehrüberwachung in einer nationalen Datenbank wieder aufgebaut wird, um ein schnelles personelles Aufwachsen der Bundeswehr im Krisenfall sicherstellen zu können. Darüber hinaus soll auch die fähigkeitsnahe Verwendung der Reservisten sichergestellt und in regelmäßigen Zeitabständen überprüft werden. Zusätzlich fordern wir einen schnellen, unbürokratischen und flächendeckenden Einstieg in die Reserve für bisher Ungediente. Wir Freie Demokraten fordern Gleichberechtigung auch im Zuge des Artikel 12a des Grundgesetzes. Im Spannungs- und Verteidigungsfall sorgt die Wehrpflicht für ein schnelles Aufwachsen der Bundeswehr. Hierbei kann nicht länger auf den weiblichen Teil unserer Gesellschaft verzichtet werden, weshalb wir eine entsprechende Ausweitung von Artikel 12a GG auf alle Geschlechter fordern.

Eine starke Bundeswehr

Die Finanzierung der Bundeswehr muss langfristig verlässlich und ausreichend sein. Wir Freie Demokraten fordern die Zusicherung einer verlässlichen Finanzierung und Ausstattung der Bundeswehr, damit sie durch die Erfüllung der NATO-Verpflichtungen auch glaubhaft abschrecken kann. Diese Investitionen in die Bundeswehr müssen sich mindestens an dem orientieren, was für die volle Einsatzbereitschaft der Bundeswehr nach den NATO-Fähigkeitszielen erforderlich ist. Um die notwendige Planbarkeit zu gewährleisten, streben wir eine verlässliche Finanzierung an. Alle verfügbaren Mittel müssen effektiver für die Verteidigung eingesetzt werden. Daher müssen auch die Beschaffungs- und Verwaltungsprozesse der Bundeswehr effizienter gestaltet werden. Wir Freie Demokraten begrüßen die Stationierung der deutschen Brigade in Litauen als wichtigen Beitrag zur Bündnisverteidigung.

Das beste Material für die Bundeswehr

Wir setzen uns nach einer positiven Evaluierung für die Verlängerung des Bundeswehrbeschaffungsbeschleunigungsgesetzes ein. Die Beschaffung von Material und Ausrüstung muss höchsten Qualitätsansprüchen genügen. Die Bundeswehr muss vollumfänglich über Material und die Ausstattung verfügen, um alle gestellten Aufgaben erfüllen zu können. Zudem ist es unerlässlich, technologische Innovationen wie autonome Systeme und Künstliche Intelligenz zügig und nachhaltig in die Ausstattung der Bundeswehr zu integrieren. Wir Freie Demokraten lehnen den Einsatz autonomer Waffensysteme, in denen der Mensch keine Kontrolle mehr über Zielauswahl und Art der Zielbekämpfung ausüben kann, ab.

Mehr Anerkennung für Veteranen und Reservisten

Die Einführung des Nationalen Veteranentages am 15. Juni und dessen jährlich gesicherte Durchführung ist ein bedeutender Schritt zur Würdigung des Dienstes aller Veteranen. Daran anschließend wollen wir die Situation der Veteranen und deren Familien weiter verbessern. Die Bundeswehr braucht eine starke Reserve. Dazu wollen wir die Attraktivität für Beorderungen erhöhen und die Prozesse deutlich beschleunigen. Die freiwillige, beorderungsunabhängige Reserve wollen wir ausbauen und stärken, als Mittler zwischen Bundeswehr und Gesellschaft und als effektiven Beitrag für unsere Verteidigung.

Koordinierte Politik statt Silo-Denken: Nationalen Sicherheitsrat einsetzen

Nach dem Vorbild unserer engsten Verbündeten und im Sinne einer vernetzten Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik wollen wir Freie Demokraten einen Nationalen Sicherheitsrat einrichten, um Risiken frühzeitig ressortübergreifend und gemeinsam mit gut ausgestatteten Nachrichtendiensten zu identifizieren, eine kohärente Entscheidungsfindung zu ermöglichen und gemeinsam Strategien zu entwickeln. Wir wollen eine werte- und interessenorientierte deutsche Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik aus einem Guss. Deutschland muss sein internationales Handeln strategisch und institutionell einheitlicher aufstellen, um auf die komplexen globalen Herausforderungen reagieren und international mehr Verantwortung in der Welt übernehmen zu können. Deshalb hat die Bundesregierung auf Initiative der FDP in der letzten Legislaturperiode die erste Nationale Sicherheitsstrategie beschlossen. Die neue Bundesregierung muss spätestens ein Jahr nach Amtsantritt ihre Nationale Sicherheitsstrategie für die kommende Legislaturperiode vorlegen. Auch um diese Strategie kontinuierlich weiterzuentwickeln und umzusetzen, benötigen wir endlich einen Nationalen Sicherheitsrat. Wir wollen außerdem die Funktion eines Nationalen Sicherheitsberaters (NSB) schaffen und damit sicherstellen, dass die Bundesregierung künftig in Krisensituationen zielgenauer, koordinierter und schneller Entscheidungen fällt. Politische Arbeitsgrundlage des NSB soll dabei vor allem die Strategische Vorausschau der Bundesregierung sein.

Rüstungsexporte als strategisches Instrument nutzen

Wir Freie Demokraten stehen für eine Reform der Rüstungsexportkontrolle, die den heutigen realpolitischen Gegebenheiten gerecht wird und auch legitimes Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik ist. Rüstungsexporte dienen dazu, strategische Partnerschaften zu stärken und die Stabilität in geopolitisch wichtigen Regionen zu sichern. Wir fordern eine Harmonisierung der Exportregeln in der EU. Exporte an demokratische Partner sollen erleichtert werden. Wir Freie Demokraten fordern, dass Israel, Südkorea und die Ukraine dabei NATO-Staaten gleichgestellt werden.

Neue Impulse für Rüstungskontrolle und Abrüstung setzen

Wir Freie Demokraten betrachten mit Sorge, dass Wladimir Putin offen mit dem Einsatz von Atomwaffen droht, bestehende Rüstungskontrollregime aussetzt und gleichzeitig Länder wie China ihre Kernwaffenbestände erweitern und diversifizieren. Die zunehmende Bedrohungslage und die Gefahr einer erneuten nuklearen Aufrüstungsspirale machen es erforderlich, wirksame Initiativen und Instrumente der Abrüstung und Rüstungskontrolle, an denen sich auch die Atomwaffenstaaten beteiligen, wie den Nichtverbreitungsvertrag (NVV), zu stärken und zu ergänzen. Wir sprechen uns klar für

die nukleare Teilhabe als Baustein des gelebten Multilateralismus aus und stehen zu unseren zugesagten Verpflichtungen, diese Abschreckungsfähigkeit auch weiterhin in und mit Deutschland sicherzustellen. Wir lehnen die Teilnahme Deutschlands an Verhandlungen und Treffen zum Atomwaffenverbotsvertrag ab.

Freiheit und Sicherheit im Weltraum

Der freie Zugang und die sichere Nutzung des Weltraums ist entscheidend für unsere Sicherheit, denn im 21. Jahrhundert bilden weltraumgestützte Dienste das Rückgrat unserer zentralen militärischen und zivilen Prozesse. In Deutschland ist eine hervorragende Raumfahrtindustrie ansässig, und es hat sich ein starkes Start-up-Ökosystem entwickelt. Wir Freie Demokraten wollen, dass die Bundeswehr in Kooperation mit diesen Akteuren Kleinsatellitenkonstellationen für Aufklärung und Kommunikation ins All entsendet. Zudem setzen wir uns dafür ein, die Sicherheitsforschung für den Weltraum zu stärken. Der Schutz von Systemen im Weltraum muss deutlich erhöht werden, um die Resilienz satellitengestützter Kommunikation, Information, Navigation und Erdbeobachtung zu gewährleisten.

Starke Diplomatie und glaubhafte Abschreckung zusammendenken

Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass Deutschland in einer sich neu entwickelnden globalen Sicherheitsordnung seine Interessen und Werte, wie die Gewährleistung der Landes- und Bündnisverteidigung sowie die Freiheit der Seewege, dann am erfolgreichsten durchsetzen kann, wenn seine diplomatischen Initiativen von überzeugenden sicherheitspolitischen Instrumenten glaubhaft flankiert werden. Wir werden deshalb die Bundeswehr zur stärksten konventionellen Streitkraft der NATO in Europa aufbauen. Deutschland muss, in enger Abstimmung mit Frankreich, seiner besonderen Verantwortung gerecht werden, als starker Kooperationspartner für kleinere europäische Partner dienen zu können. Deutschland wird deutlich mehr in die eigene Sicherheit und die des NATO-Bündnis investieren müssen. Hierzu muss die Bundeswehr die der Zeitenwende entsprechenden Fähigkeiten in ausreichendem Umfang erhalten und in dauerhafter Einsatzbereitschaft vorhalten können ("capabilities, capacities, readiness").

Freie Demokraten schützen und verteidigen die regelbasierte internationale Ordnung

Wir Freie Demokraten möchten den neuen geopolitischen Herausforderungen europäisch und gemeinsam mit unseren engsten Partnern begegnen. Gemeinsam wollen wir uns für die regelbasierte internationale Ordnung einsetzen und strategischer aufstellen, gerade im Systemwettbewerb mit China und Russland. Realpolitik und der Einsatz für Freiheit und Menschenrechte weltweit müssen keine Gegensätze sein. Dazu brauchen wir aber endlich wieder eine deutsche Außenpolitik, die mehr auf Zusammenarbeit und weniger auf Belehren und Moralisieren setzt. Wir setzen uns deshalb für eine kluge Balance zwischen einer rein wertegeleiteten Außenpolitik einerseits und einem ausschließlich interessenorientierten Ansatz andererseits ein, indem wir unsere Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik auf Werte basieren und gleichzeitig operativ an deutschen und europäischen Interessen ausrichten. Wir leben in einem Zeitalter zunehmender systemischer Rivalität zwischen Autokratien und Demokratien. Gemeinsam mit uns bekennt sich eine große Zahl von Staaten der Welt zu einer regelbasierten internationalen Ordnung auf der Grundlage des UN-Völkerrechts. Einige Staaten,

insbesondere Russland und China, streben jedoch nach einer anderen Weltordnung, die das Völkerrecht sowie die universellen Menschenrechte untergräbt, und ihre autoritären Regime stärkt. Das dürfen wir nicht zulassen. Zwischen den Staaten muss die Stärke des Rechts gelten, nicht das Recht des Stärkere.

Multilateralismus durch institutionelle Reformen stärken

Angesichts gravierender Herausforderungen und neuer Krisenherde weltweit, müssen wir in einer zunehmend multipolaren Welt für eine regelbasierte liberale Weltordnung und gegen autokratische Tendenzen kämpfen. Die VN und ihre Sonderorganisationen sind die zentralen multilateralen Foren, um globale Probleme wie Krieg, Ressourcenknappheit, Klimawandel, Migrations- und Fluchtursachen, Pandemien, Wohlstandsunterschiede, aber auch wachsende Budgetknappheiten gemeinsam anzugehen. Der Aufstieg autoritärer Mächte und deren Instrumentalisierung multilateraler Institutionen für ihre eigenen Zwecke verlangen nach noch stärkeren Beiträgen für die Reformagenden von VN, Weltbank, WTO und anderer. Deutschland braucht vertiefte Allianzen mit strategischen Partnern und muss auch seine internationale Personalpolitik ausweiten.

Die Vereinten Nationen stärken und reformieren

Wir wollen starke und handlungsfähige Vereinte Nationen (VN), die ihrer weltpolitischen Verantwortung für Sicherheit und Frieden gerecht werden. Dazu bedarf es der Unterstützung durch die Mitgliedstaaten sowie eine Reform der VN selbst, wie sie im VN-Zukunftspakt vereinbart wurde. Die Vereinten Nationen sind die zentrale Institution der regelbasierten internationalen Ordnung. Die universellen Werte der VN-Charta bilden die Verfassung der Staatengemeinschaft und die Grundlage für Frieden, globale Entwicklung und die Achtung der Menschenrechte. Aber die VN können immer öfter ihrer weltpolitischen Verantwortung für Sicherheit und Frieden nicht gerecht werden, weil es an Unterstützung der Mitgliedsstaaten fehlt, autoritäre Mächte die multilateralen Institutionen für ihre eigenen Zwecke instrumentalisieren oder Entscheidungen im Sicherheitsrat blockiert werden. Daher unterstützen wir die im VN-Zukunftspakt angestrebte Reform des VN-Sicherheitsrates, um eine gerechtere Repräsentanz aller Weltregionen zu erreichen.

Transatlantische Zusammenarbeit intensivieren

Wir Freie Demokraten sind überzeugte Transatlantiker und sehen uns der deutsch-amerikanischen Freundschaft verpflichtet, unabhängig davon, wer im Weißen Haus regiert. Wir wollen die Beziehungen zu den USA und Kanada in allen Bereichen weiter intensivieren. Die USA sind und bleiben auch nach der Wiederwahl Trumps unser engster Verbündeter außerhalb Europas. Deutschland, die EU und die USA müssen globale Herausforderungen gemeinsam angehen und Abschottungsbestrebungen entgegenwirken. Wir Freie Demokraten fordern, dass Deutschland und die EU der Trump-Administration selbstbewusst begegnen, auf allen Ebenen die Zusammenarbeit weiterentwickelt und sich für den Ausbau der transatlantischen Handelsbeziehungen einsetzen, etwa durch sektorale Abkommen (z.B. einem Industriezölle-Abkommen), einer Institutionalisierung des TTC sowie einem gemeinsamen Vorgehen im Bereich der Wirtschaftssicherheit. Besonderer Fokus muss darauf liegen, eine Lösung für die bis Frühjahr 2025 ausgesetzten Zölle auf Stahl und Aluminium zu finden. Zudem wol-

len wir den europäischen Pfeiler der NATO und damit das gesamte Bündnis stärken, um den aktuellen geopolitischen Umbrüchen gerecht zu werden und der amerikanischen Regierung zu signalisieren, dass wir bereit sind, unseren Anteil der Last zu tragen.

Kein Zaudern – damit die Ukraine ihren Verteidigungskampf gewinnt

Wir Freie Demokraten wollen die Ukraine in ihrem – auch für uns geführten – Freiheits- und Verteidigungskampf gegen Russland mit allen notwendigen Waffen und Munition ohne weitere Verzögerungen und ohne Reichweitenbeschränkung ausstatten. Echten Frieden in Europa wird es nur geben, wenn Putin mit seinem aggressiven Kurs keinen Erfolg hat. Die Ukraine muss in die Lage versetzt werden, sich jederzeit gegen russische Angriffe verteidigen zu können. Dazu zählt für uns auch die Verteidigung gegen Abschussbasen und Nachschublinien auf russischer Seite mit weitreichenden Waffen. Insbesondere fordern wir die unverzügliche Lieferung und Nachbeschaffung des Marschflugkörpers Taurus. Die Ausbildung ukrainischer Streitkräfte wollen wir in Deutschland fortsetzen. Wir setzen uns dafür ein, eine auskömmliche, dauerhafte und gerecht verteilte Finanzierung der Unterstützung der Ukraine innerhalb der NATO/EU/G7-Staaten insbesondere auch durch die Nutzung der eingefrorenen russischen Vermögenswerte zu erreichen. Die Verteidigung der Ukraine darf nicht am Geld oder an Waffenlieferungen scheitern, da ein russischer Sieg in jedem Fall teurer wäre, weil er die Stabilität und Sicherheit Europas mittel- und langfristig massiv gefährden würde. Wir unterstützen die Ukraine in ihrem Anspruch auf vollständige Wiederherstellung ihrer territorialen Integrität. Gleichzeitig unterstützen wir die Aufnahme der Ukraine in die NATO und die zügige Fortführung der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine.

Russland muss die Souveränität aller Staaten in Europa achten

Wladimir Putin hat den Krieg zurück nach Europa gebracht. Wir Freie Demokraten verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine auf das Schärfste. Die russische Regierung muss ihre Streitkräfte abziehen und die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine sowie aller Staaten in Mittel- und Osteuropa innerhalb ihrer von 1991 international anerkannten Grenzen ohne Einschränkung achten. Russische Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit müssen ebenso wie das Aggressionsverbrechen strafrechtlich verfolgt werden. Wir setzen uns konsequent für ein möglichst umfangreiches Handelsembargo und weitere Sanktionen, diplomatische und Visumaßnahmen gegen die russische Führung und weitere Verantwortliche ein. Auch Drittstaaten, die Sanktionen umgehen, müssen mit wirksamen Maßnahmen, unter anderem Sekundärsanktionen zum Einlenken gebracht werden.

Konsequenter Umgang mit Putins Russland

Wir Freie Demokraten setzen uns für einen EU-weiten Ausstiegsplan aus russischen Energiekäufen ein. Die Nord-Stream 1 und 2 Pipelines waren von Anfang an ein geopolitisches Instrument Putins zur Erhöhung der deutschen Energieabhängigkeit von Russland und zur Spaltung der EU. Putins Russland ist zum Gegner geworden, dessen feindseliges Verhalten uns größte Entschlossenheit abverlangt. Der Bedrohung durch Putins Russland müssen wir Diplomatie und militärische Stärke entgegensetzen. Alle Mitglieder der russischen Zivilgesellschaft, die sich innerhalb oder außerhalb Russlands für ein

freies, ein demokratisches, ein friedliches Russland einsetzen, sind unsere Partner und bedürfen unserer Unterstützung. Ziel bleibt ein sicheres Europa durch Russlands Rückkehr zur europäischen Friedensordnung.

Für eine strategischere Chinapolitik

Xi Jinping und die Kommunistische Partei regieren die Volksrepublik China diktatorisch, beschneiden Menschen- und Bürgerrechte systematisch und agieren international immer aggressiver. Das belastet unsere Beziehungen, denn wir wollen friedliche und freundschaftliche Beziehungen mit dem chinesischen Volk. Da sich China unter Präsident Xi zunehmend zu einem systemischen Rivalen entwickelt, und Russlands Krieg gegen die Ukraine entscheidend unterstützt, muss sich auch unsere China-Politik weiter verändern. Wir Freie Demokraten setzen uns mit unseren europäischen, transatlantischen und internationalen Partnern für eine strategische Chinapolitik ein, die den geopolitisch aggressiven Kurs Chinas eindämmt. Deutschland muss in Europa mehr Verantwortung übernehmen, damit für die USA mehr Kapazitäten im Indopazifik frei werden. Wir unterstützen zielgerichtete EU-Sanktionen gegen chinesische Offizielle, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind. Die Verbrechen an den Uiguren und Tibetern sowie die brutale Unterdrückung der Demokratie und Freiheitsrechte in Hongkong sind für uns durch nichts zu rechtfertigen.

Abhängigkeiten von China reduzieren

Unsere Wirtschaftsbeziehungen mit der Volksrepublik China sind tief und komplex. Wir wollen diese so weit wie sinnvoll beibehalten und müssen gleichzeitig wirtschaftliche Abhängigkeiten identifizieren und reduzieren. Kritische Abhängigkeiten von Importen aus China in sicherheitsrelevanten Bereichen und in Schlüsselbereichen der Wirtschaft für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit müssen durch 'de-risking' abgebaut werden. Hierfür sind bessere Rahmenbedingungen für Unternehmen zur Diversifizierung zu schaffen, insbesondere neue Handelsabkommen. Deutschland und die EU müssen der subventionierten Überproduktion der chinesischen Wirtschaft strategisch entgegentreten und eine Deindustrialisierung Deutschlands und Europas verhindern. Kritische Infrastruktur muss wirksam vor chinesischer Einflussnahme geschützt werden. Dafür wollen wir das Außenwirtschaftsrecht und die EU-Investitionskontrolle verschärfen. Wir Freie Demokraten lehnen die Ratifizierung von CAI, das Investitionsabkommen zwischen der EU und China, ab, solange die chinesischen Sanktionen gegen EU-Organisationen und nationale sowie europäische Abgeordnete in Kraft sind und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegen die Uiguren und weitere Minderheiten fort dauern.

Kampfansage gegen illegale Produkte aus China

Wir Freie Demokraten fordern, der Schwemme illegaler Billigprodukte aus China europaweit den Kampf anzusagen. Der Vielzahl nicht regelkonformer Produkte, die jedes Jahr auf dem europäischen Binnenmarkt ankommen, muss mit harter Durchsetzung geltenden Rechts, wie dem Digital Services Act, aber auch mit einer besseren Koordinierung von Marktüberwachungs- und Zollbehörden in Europa und Deutschland begegnet werden. Zudem wollen wir den Zoll umfassen digitalisieren, um ihn effizienter zu machen. Jedes Jahr überschwemmen 400 Millionen Pakete mit chinesischen Billigprodukten den deutschen Markt. Der Großteil dieser Produkte ist nicht kompatibel mit geltenden Regeln und Normen in Deutschland und der EU. Dies führt sowohl zu ernsthaften Gefahren für Verbraucherinnen und Verbraucher als auch zu unfairem Wettbewerb zuungunsten europäischer Hersteller, die

sich an die Regeln und Normen halten. Sichere Produkte, faire Wettbewerbsbedingungen und ein „Level Playing Field“ bleiben unabdingbare Voraussetzungen für freien Handel und offene Märkte zum Wohle unserer Wirtschaft.

Das demokratische Taiwan unterstützen

Wir Freie Demokraten unterstützen die demokratische und rechtsstaatliche Entwicklung in Taiwan und befürworten Taiwans Einbindung in internationale Organisationen, soweit dies unterhalb der Schwelle einer staatlichen Anerkennung erfolgen kann. In diesem Rahmen streben wir auch ein Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und Taiwan an. Wir wollen gemeinsam mit der EU den Ausbau der wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Beziehungen vorantreiben. Eine Vereinigung Chinas und Taiwans darf nur im friedlichen Konsens erfolgen. Die Bürgerinnen und Bürger Taiwans müssen die Möglichkeit erhalten, eine freie Entscheidung über ihre politische Zukunft zu treffen. Militärische Drohgebärden Chinas verurteilen wir scharf. Eine einseitige Änderung des Status Quo in der Straße von Taiwan lehnen wir entschieden ab. Zudem betonen wir Freie Demokraten die Freiheit der Schifffahrt, auch in der Straße von Taiwan und dem Roten Meer, die für internationale Handelsrouten essentiell ist. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang ein EU-Engagement für freie und sichere Handelsrouten.

Eintreten für Menschenrechte in der Volksrepublik China

Wir unterstützen Menschenrechtsverteidiger in China, die sich in Tibet, in Sinkiang und in anderen Teilen des Landes sowie in der Sonderverwaltungszone Hongkong gegen die massive Beschneidung ihrer Menschenrechte durch die Volksrepublik China wehren. Wo möglich, müssen Sanktionen im Rahmen des neugeschaffenen Europäischen Magnitsky Act angewandt werden. Insbesondere die massenhafte Unterdrückung des uigurischen Volkes und seiner Kultur muss gegenüber China deutlich kritisiert werden; die Vorwürfe des Völkermords an den Uiguren müssen von internationalen Institutionen untersucht werden.

Solidarität mit Israel und Frieden im Nahen Osten

Die Sicherheit und die Existenz des jüdischen Staates Israels sind für uns Freie Demokraten ein unverzichtbarer Pfeiler deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Als Herkunftsland der Täter der Shoah trägt Deutschland eine besondere historische Verantwortung für die Sicherheit Israels. Daher muss Deutschland Israel alles zur Verfügung stellen, was es für sein völkerrechtlich verbrieftes Recht auf Selbstverteidigung braucht. Israel muss bei Rüstungsexporten mit den NATO-Staaten gleichgestellt werden. Ebenso wollen wir die wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Beziehungen intensivieren. Israels hat das Recht auf Verteidigung seiner Bevölkerung und seines Staatsgebietes gegen antisemitischen Terrorismus. Gleichzeitig darf die humanitäre Notlage der palästinensischen Zivilbevölkerung, die von der Hamas rücksichtslos als Schutzschild benutzt wird, nicht ignoriert werden. Wir treten für ein verhandeltes und mit unseren Partnern sowie allen relevanten Staaten der Region abgestimmtes Zwei-Staaten-Modell als geeignetste Lösung ein, um einerseits dauerhaft die Sicherheit des demokratischen Staates Israel zu garantieren und andererseits die Schaffung eines souveränen, demokratischen und lebensfähigen Staates Palästina zu ermöglichen. Deutschland muss aktiv dazu beitragen, dass die EU wieder zu einem diplomatischen Akteur mit den USA und anderen Partnern auf der Suche nach einer langfristigen politischen Friedenslösung für den Nahen Osten wird.

Beziehungen zur Türkei neu aufstellen

Wir Freie Demokraten wollen die EU-Beitrittsverhandlungen mit Erdogans Türkei in der jetzigen Form beenden. Grundlage für eine Mitgliedschaft bleiben die Kopenhagener Kriterien, bzw. ein funktionierender Rechtsstaat, die Achtung der Menschenrechte, der Schutz von Minderheiten sowie des internationalen Völkerrechts. Anforderungen, die die Türkei derzeit eindeutig nicht erfüllt. Deshalb kann eine von Präsident Erdogan autoritär regierte Türkei kein Kandidat für eine EU-Mitgliedschaft sein. Wir wollen die Zusammenarbeit mit der Türkei also auf eine neue Grundlage enger sicherheits- und wirtschaftspolitischer Kooperation stellen. So wollen wir mit dem NATO-Mitglied und wichtigen Nachbarn Türkei in Feldern gegenseitigen Interesses eng zusammenarbeiten, wie Migration, Klimaschutz oder den Wirtschafts- und Handelsbeziehungen und die wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Beziehungen stärken.

Zusammenarbeit mit aufstrebenden Demokratien und mittleren Mächten ausbauen

Wir Freie Demokraten wollen die Zusammenarbeit mit aufstrebenden Demokratien und mittleren Mächten, auch oft als Länder des Globalen Südens bezeichnet, realpolitisch ausbauen. Es gilt, diesen Partnern mit Respekt und konkreten Angeboten der Kooperation zu begegnen. Gemeinsame Interessen, wie im Bereich Rohstoffe oder grüne Technologie, können zu Investitionspartnerschaften, Unternehmens- und Arbeitsplatzansiedlungen oder politischen Übereinkünften führen. Eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland ist für viele Länder attraktiver, als sich an Scheinpartner wie China und Russland zu binden. Viele mittlere Mächte werden in den Einflussbereich der BRICS-Staatengruppe um China, Russland, Südafrika, etc. hineingezogen. Um dieser Tendenz zu begegnen, sollte Deutschland offen auf diese Länder zugehen und um partnerschaftliche Formen der Zusammenarbeit werben.

Strategische Partnerschaften in Afrika und Lateinamerika vorantreiben

Wir Freie Demokraten wollen die Zusammenarbeit mit Afrika und Lateinamerika durch Wirtschafts-, Handels- und Wissenschaftspartnerschaften strategisch ausbauen. Deutschland hat ein strategisches Interesse, die eigene Resilienz durch Diversifizierung unserer Außenbeziehungen zu stärken und Afrika und Lateinamerika nicht Akteuren wie Russland und China zu überlassen. Dazu ist es nötig, belehrende Vorgaben gegenüber unseren Partnern zu vermeiden. Wir wollen einen stärkeren Fokus auf Wirtschaftsabkommen legen und insbesondere die Privatwirtschaft mit einbeziehen, mit dem Ziel, zum Wohlstand in den Partnerländern beizutragen. Gleichzeitig wollen wir unsere Zusammenarbeit mit unseren Partnerländern in den Bereichen gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit als Grundvoraussetzung für Investitionen, Wachstum und Entwicklung unter noch größerer Einbeziehung der Zivilgesellschaft intensivieren. Insbesondere in Afrika, Europas ressourcenreichen Nachbar- und Schicksalskontinent, wollen wir dadurch die Lebenschancen der bis 2050 um eine auf 2,5 Milliarden Menschen wachsenden Bevölkerung mit einem Durchschnittsalter unter 25 Jahren fundamental verbessern und die Menschen zum Bleiben in ihrer Heimat zu bewegen und damit zur sozio-ökonomischen Entwicklung ihrer Region aktiv beizutragen. Durch enge Energiepartnerschaften sowie eine verstärkte Zusammenarbeit bei Forschung und Innovation wollen wir gemeinsame Herausforderungen wie den Klimawandel und Energiesicherheit angehen.

Eine neue strategische Agenda für unsere Beziehungen mit Indien

Indien muss ein Schlüsselpartner für Deutschland und die EU in Asien werden, bilateral für die qualitative Vertiefung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen, und multilateral für den Schutz und die Reform der regelbasierten internationalen Ordnung. Bilateral gilt es, die Verhandlungen der EU mit Indien zu einem Freihandelsabkommen, einem Investitionsabkommen und einem Abkommen zum Schutz geistiger Eigentumsrechte zu einer Priorität zu machen. Wir stehen einem sektoralen Handelsabkommen offen gegenüber, wenn dadurch eine raschere Vertiefung der Zusammenarbeit gesichert wird. Die sektorale Kooperation (Digital, Green Transition und nachhaltige Energie) sollte erheblich ausgeweitet werden. Deutschland muss auch eine Rüstungszusammenarbeit zur Modernisierung der indischen Streitkräfte aufbauen, auch um die Abhängigkeit Indiens von Russland aufzubrechen sowie die verstärkte militärische Kooperation für maritime Sicherheit ausbauen. Beide Seiten müssen konstruktiv über gemeinsame Werte, allen voran Demokratie und Menschenrechte, im Dialog bleiben.

Engagement mit Indo-Pazifik stärken: Schlüsselregion für globales Wachstum und Sicherheit

Wir Freie Demokraten wollen gemeinsam mit den Ländern Asiens die globalen Zukunftsaufgaben angehen. Die Umsetzung der Indo-Pazifikstrategien Deutschlands und der EU müssen mit Nachdruck vorangetrieben werden. Besonders die Beziehungen zu unseren Wertepartnern sind zu stärken. Der Indo-Pazifik hat in den vergangenen Jahrzehnten enorm an weltwirtschaftlicher Bedeutung gewonnen. Der zunehmenden Bedrohung der regelbasierten internationalen Ordnung durch das expansive Machtstreben Chinas, gerade in dieser Region, müssen wir mit einer Vertiefung der Beziehungen zu unseren Wertepartnern begegnen. Die Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit Indonesien, Indien, Thailand und den Philippinen müssen zügig abgeschlossen und die mit Australien und Malaysia wiederaufgenommen werden. Der Abschluss neuer Rohstoffabkommen ermöglicht die Diversifizierung von Lieferketten. Verbesserte militärische – und Sicherheitskooperation und die Schaffung nachhaltiger Konnektivität (Transport, Digital und Energie) müssen weitere Prioritäten sein.

Entwicklungszusammenarbeit an deutschen und EU-Interessen ausrichten

Im Ringen um die neue multilaterale Weltordnung müssen die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit strategisch entlang der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands und der EU priorisiert werden. Deutschlands Wohlstand hängt von unserer globalen wirtschaftlichen Vernetzung ab. Wir brauchen starke Freunde und Handelspartner. Um im Wettbewerb mit Autokratien wie Russland und China der attraktivere Kooperationspartner zu bleiben, müssen wir unsere Außen-, Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik enger zusammendenken sowie national und europäisch besser abstimmen. Entwicklungszusammenarbeit muss – wertebasiert und geleitet von gegenseitigen Interessen – dazu beitragen, neue Märkte und Lieferwege zu erschließen, Energie- und Rohstoffabhängigkeiten zu reduzieren, qualifizierte Arbeitskräfte zu gewinnen, globale Herausforderungen wie den Klimawandel gemeinsam anzugehen und Fluchtursachen zu bekämpfen.

Europäische Entwicklungszusammenarbeit

Wir Freie Demokraten wollen eine konsequente europäische Entwicklungspolitik. Dafür wollen wir den Anteil außereuropäischer Investitionen der Europäischen Investitionsbank erhöhen. Dabei soll

die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung durch Klimaschutz und Innovation sowie die Förderung von Unternehmertum, zum Beispiel durch Mikrokreditprogramme, ein Schwerpunkt sein, denn ohne ein Wohlstandsversprechen werden wir Entwicklungsländer nicht für ihren Beitrag zur globalen Verantwortung gewinnen können. Gleichzeitig bieten viele Entwicklungsländer aufgrund idealer klimatischer und meteorologischer Voraussetzungen ideale Bedingungen für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung. Unter diesen Umständen greifen Klimaschutz, Innovationspolitik und Entwicklungszusammenarbeit Hand in Hand.

Deutsche Entwicklungszusammenarbeit neu ausrichten

Wir Freie Demokraten wollen eine strukturelle Neuausrichtung und Integration der Entwicklungszusammenarbeit und ihrer Institutionen im Zusammenspiel im Rahmen der deutschen Auslandsbeziehungen. Ziel muss ein einheitliches Auftreten unter dem Label German Development Cooperation sein. Die enormen Haushaltsaufwüchse von 2018 bis 2021 haben zu einer massiven Ausweitung der entwicklungspolitischen Vorfeldorganisationen geführt, zu ad-hoc Initiativen und kleinteiligen Projekten ohne konzeptionell-strategische Ausrichtung. Um Wirkung zu erzielen, müssen wir priorisieren und enger verzahnen: bei der Auswahl der Partnerländer, entlang unserer Werte und Interessen und mit Blick auf die Hebelwirkung für private Investitionen. Außerdem brauchen wir auch in der Entwicklungszusammenarbeit Bürokratieabbau und mehr marktwirtschaftliche Lösungen. Beides wollen wir durch eine stärkere Koordination und Kooperation mit europäischen und internationalen Akteuren erreichen, etwa durch Kofinanzierungen und der Einbindung von privaten Kapitalgebern in private-public-partnerships.

Menschenrechte weltweit schützen und stärken

Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Charta der Vereinten Nationen, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sowie der Genfer Flüchtlingskonvention und wollen, dass Menschenrechtsverletzungen und Diskriminierung konsequenter geahndet werden. Dafür wollen wir die Zusammenarbeit mit den Menschenrechtsinstitutionen des Europarates, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und den Vereinten Nationen (VN) stärken. Dazu gehört auch, bestehendes Recht in Deutschland, Europa und der Welt konsequent anzuwenden. Wir setzen uns für die Anwendung des EU-Rechtsstaatsmechanismus ein und dafür, dass die VN-Frauenrechtskonvention (CEDAW) sowie die Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen von den Vertragsstaaten konsequent umgesetzt werden. Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger müssen auch in Deutschland vor transnationaler Repression geschützt werden.

„Frauen, Leben, Freiheit!“ (Jin, Jiyan, Azadi)

Das Mullah-Regime im Iran unterdrückt und kriminalisiert die Selbstbestimmung von Frauen seit Jahren systematisch. Wir Freie Demokraten solidarisieren uns mit den Protestierenden. Wir verurteilen den Tod aller Menschen, die durch die repressiven und gewalttätigen Reaktionen des iranischen Regimes ihr Leben verloren haben. Deshalb fordern wir eine konsequente Ausweitung der EU-Sanktionen auf alle Personen und Organe des iranischen Regimes, die mit der Unterdrückung der Proteste befasst, beziehungsweise an dieser beteiligt sind. Geschäftstätigkeiten in der EU sind ihnen zu unter-

sagen und ihre Vermögenswerte einzufrieren, insbesondere aber die sogenannten “Revolutionsgarden” auf die Terrorliste der EU zu setzen. Die Atomverhandlungen sind mit dem Mullah-Regime aussichtslos und unverzüglich auszusetzen.

LSBTI-Rechte weltweit verteidigen

Bei Strafverschärfungen gegen LSBTI-Menschen und Menschenrechtsverteidiger wollen wir die Entwicklungszusammenarbeit so anpassen, dass sie die betreffenden Minderheiten und Gruppen weiter erreicht, etwa indem wir mit regierungsfernen Partnern arbeiten und notfalls die Streichung von Budgethilfen prüfen oder die Zusammenarbeit mit staatlichen Einrichtungen soweit wie möglich minimieren.

Sexualisierte Gewalt bekämpfen

Wir fordern eine konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention und der UN-Resolution 1325. Sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist Bestandteil aller Kriege und Konflikte. Sie fügt als Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzung jeder menschlichen Gemeinschaft einen unermesslichen Schaden zu. Eine wirksame Strafverfolgung der Verbrechen und die Anerkennung von offizieller Seite tragen dazu bei, dass Betroffene Gerechtigkeit und Wiedergutmachung erfahren.

Strategische Souveränität der EU weiterentwickeln

Wir Freie Demokraten wollen die strategische Souveränität der EU weiterentwickeln. Für uns bedeutet das in erster Linie eigenständige Handlungsfähigkeit. Die EU muss sich als Global Player in einer sich verändernden Weltordnung selbst behaupten können. Soweit möglich, soll die Europäische Union ihre Interessen und Werte in Zusammenarbeit mit Partnern vertreten und multilaterale Lösungen anstreben. Zugleich muss sie auch in der Lage sein, sich durch starke Instrumente international durchzusetzen und beim Zugang zu ihrem Markt für faire Wettbewerbsbedingungen zu sorgen. Das deutsch-französische Tandem ist nach wie vor Motor für weitere Integrationsschritte und gerade in herausfordernden Zeiten essentiell. Spätestens mit dem russischen Angriffskrieg hat sich deutlicher denn je gezeigt, wie wichtig die Stimme von Polen unter anderem im Format Weimarer Dreieck sowie die Stimmen der weiteren mittel- und osteuropäischen Ländern sind. Dabei muss die EU sowohl mit sicherheits- als auch mit wirtschaftspolitischen Mitteln auf Macht- und Expansionspolitik anderer Länder reaktionsfähig sein. Wir wollen die europäische Verteidigungsindustrie und Fähigkeiten zur Abschreckung stärken. Außerdem wollen wir die Mittel zur europäischen Investitionskontrolle nach innen um eine Komponente für Exportinvestitionen ergänzen.

Institutionelle Reformen und ein vollendeter Binnenmarkt für eine starke und handlungsfähige EU

Wir Freie Demokraten halten daran fest, die Europäische Union zu stärken. Den europäischen Binnenmarkt wollen wir vollenden – vor allem für Arbeit, Energie, Kapital und digitale Dienstleistungen. Wir stehen klar hinter dem Ziel, eine europäische Verteidigungsunion aufzubauen, in der industrielle und militärische Fähigkeiten im europäischen Rahmen verbessert werden. Wir unterstützen die liberale Hohe Vertreterin der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik, Katja Kallas dabei, den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) als wichtigen Unterbau zu stärken, sodass wir gegenüber Partnern, Wettbewerbern und autoritären Staaten endlich mit einer Stimme sprechen können. Außerdem

brauchen wir weitere institutionelle Reformen, wie eine Verkleinerung der Kommission, auch um die Union für die nächste Erweiterungsrunde vorzubereiten. Daneben fordern wir auch weiterhin für das Europäische Parlament (EP) ein eigenes Initiativrecht, das Recht über seinen Sitz selbst abstimmen zu können und die Einführung der teilweisen Wahl des EP über transnationale Wahllisten.

Digitalpolitische Konsolidierung auf europäischer Ebene durchsetzen und EU-Binnenmarkt stärken

Die EU hat in der „digitalen Dekade“ viele Regeln für den digitalen Binnenmarkt und die datengetriebene Wirtschaft beschlossen. Wir Freie Demokraten wollen diese Regeln überprüfen und auf ein innovationsfreundliches Maß reduzieren. Statt neuer Vorgaben brauchen Staat und Unternehmen Zeit für Umsetzung und Evaluierung. Nationale Spielräume für eine effiziente und innovationsfreundliche Umsetzung werden wir deshalb nutzen; eine Übererfüllung europäischer Regeln lehnen wir ab. Gleichzeitig setzen wir uns für einen starken europäischen Binnenmarkt ein, der digitale Innovation fördert, statt sie durch übermäßige Bürokratie zu bremsen.

Finanzierung der Europäischen Union auf Zukunftsaufgaben ausrichten

Wir Freie Demokraten wollen die Verhandlungen über die Finanzierung der Europäischen Union ab 2028 dafür nutzen, die Prioritäten auf Zukunftsaufgaben zu setzen. Die Union braucht nicht mehr Mittel, sondern eine bessere Verteilung derselben. Daher werden wir keine neuen europäischen Schulden aufnehmen, sondern Umschichtungen von Regional- und Kohäsionsmitteln hin zu Innovation, Forschung und Außen- und Verteidigungspolitik vorschlagen. So wie die Schuldenbremse im Grundgesetz junge Generationen vor den Folgen übermäßiger Zinsbelastungen schützt, geht es auch im europäischen Kontext darum, für solide Finanzen zu sorgen. Die zusätzlichen EU-Mittel durch den Corona-Sonderfonds wurden von den Mitgliedstaaten nicht vollständig abgerufen, was zeigt, dass es weiterer Schuldenaufnahmen nicht bedarf.

Kohäsionspolitik reformieren

Wir Freie Demokraten wollen die Struktur des EU-Haushalts so anpassen, dass er für künftige Erweiterungsrounden gerüstet ist. Dazu bedarf es einer neuen Schwerpunktsetzung, die weniger auf regionale Umverteilung und Strukturförderung setzt und stärker Projekte mit europäischem Mehrwert betont.

Keine europäische Schuldenunion

Wir Freie Demokraten sind strikt gegen eine Verschuldungskompetenz der Europäischen Union. Der EU-Wiederaufbaufonds Next Generation EU muss eine einmalige Ausnahme bleiben. Weitere EU-Schuldenfonds wären ein Rechts- und Vertrauensbruch. Die Europäische Union braucht keine neuen Schulden, sondern muss sich auf die Kernaufgaben mit europäischem Mehrwert besinnen. Wir Freie Demokraten positionieren uns deshalb dezidiert gegen eine Europäische Schuldenunion.

Subsidiaritätsrüge in der EU wirkungsvoller machen

Wir Freie Demokraten wollen die Fristen der nationalen Parlamente für eine Subsidiaritätsrüge gegenüber der EU-Kommission verlängern und die Quoren senken. Die Frist zur Stellungnahme von

acht Wochen, die ein nationales Parlament hat, um zu prüfen, ob ein Vorschlag der EU-Kommission für einen Gesetzgebungsakt dem Grundsatz der Subsidiarität widerspricht, ist zu kurz, um die häufig umfangreichen Vorschläge prüfen zu können, sich ggf. mit den nationalen Parlamenten anderer Mitgliedstaaten abzustimmen, eine begründete Stellungnahme zu erarbeiten und diese im nationalen Parlament zu verabschieden. Die Quoren für die Anzahl der begründeten Stellungnahmen nationaler Parlamente, die notwendig sind, damit die EU-Kommission veranlasst wird ihren Vorschlag ggf. zu überarbeiten, sollten gesenkt werden. Die Subsidiaritätsrüge, die derzeit eher ein „Schattendasein“ führt, sollte praktisch handhabbarer gemacht werden, um sie als echtes Frühwarnsystem für die europäische Gesetzgebung nutzen zu können.

Mehr Realismus in der EU-Erweiterungspolitik

Die Erweiterung der EU ist eine Investition in Sicherheit, Wohlstand und Frieden auf unserem Kontinent. Die EU-Erweiterungspolitik muss jedoch pragmatischer werden. Wir müssen die Voraussetzungen schaffen, damit die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten anhand der Kopenhagener Kriterien, wie den Westbalkan-Staaten, der Moldau und der Ukraine ein Erfolg wird. Dafür muss die Union anhand notwendiger Reformen auch nach innen effektiver werden, wie etwa durch die Einführung von qualifizierten Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik.

Partnerschaft mit dem Vereinigtem Königreich weiter vertiefen

Wir fordern eine noch tiefere Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich, insbesondere in Fragen der Sicherheit und Verteidigung. Aufbauend auf dem Windsor-Abkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich sowie dem Trinity House Agreement zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich, ist der Ausbau konstruktiver Beziehungen mit diesem engen Wertepartner und europäischen Nachbarn gerade vor dem Hintergrund zunehmend herausfordernder geopolitischer Entwicklungen für Deutschland von außerordentlichem Interesse. Deutschland und die EU müssen die neue positive Dynamik der britischen Regierung mit Blick auf europäische Partner nutzen, um diesen wichtigen Verbündeten an sich zu binden und gemeinsame Herausforderungen Schulter an Schulter anzugehen.

Eine radikale Freihandelsagenda für Deutschland

Wir Freie Demokraten wollen, dass der Freihandel wieder zum Kernanliegen der europäischen Wirtschaftspolitik wird. Denn Freihandel ist ein Schlüssel zu mehr Wirtschaftswachstum und die Sicherung unseres Wohlstands in Deutschland und Europa. Die Welt wird zunehmend autoritärer und protektionistischer. Dagegen setzen wir eine Agenda der Partnerschaft und des Handels. Wir Freie Demokraten fordern die EU auf, so viele Freihandelsabkommen wie möglich abzuschließen. Der gegenwärtige Systemwettbewerb erfordert es, Handelsbeziehungen stärker geopolitisch und -ökonomisch zu betrachten. Geregelter Freihandel mit mehr Partnern macht Deutschland und die EU geopolitisch unabhängiger, öffnet unseren Unternehmen neue Märkte, reduziert Abhängigkeiten, schützt vor Protektionismus und sichert und schafft deutsche Arbeitsplätze. Dabei wollen wir mit einer starken deutschen Stimme in Brüssel sicherstellen, dass die Verhandlungen nicht mit allgemeinpolitischen Forderungen überfrachtet werden. Freihandelsabkommen dürfen nicht länger als Vehikel missbraucht werden, um beispielsweise Forderungen im Bereich der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik oder die

Sonderinteressen bestimmter Branchen in einzelnen Mitgliedstaaten durchzusetzen. Wir wollen potentiellen Partnern die Hand reichen, statt sie mit dem erhobenen Zeigefinger abzuschrecken.

Mehr Freihandelsabkommen zum Schutz unserer wehrhaften Demokratie

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, ausgehandelte EU-Freihandelsabkommen sowie laufende Verhandlungen zügig abzuschließen und weitere Abkommen zur Stärkung unserer Wirtschaft und Handlungsfähigkeit auf den Weg zu bringen. Der gegenwärtige Systemwettbewerb erfordert es, Handelsbeziehungen stärker geopolitisch und – ökonomisch zu betrachten. Insbesondere unterstützen wir die großen Vorhaben mit Lateinamerika (Mercosur, Mexiko, Chile) und ein tiefgreifendes Abkommen mit Indien, ebenso wie mit Indonesien, Australien, Thailand, den Philippinen und Malaysia. Geregelter Freihandel mit mehr Partnern macht Deutschland und die EU geopolitisch unabhängiger, öffnet unseren Unternehmen neue Märkte, reduziert Abhängigkeiten, schützt vor Protektionismus und sichert und schafft deutsche Arbeitsplätze.

Für mehr Pragmatismus in der EU-Handelspolitik

Wir Freie Demokraten setzen uns für Pragmatismus in der EU-Handelspolitik ein: Sind unsere Partner offen für ein umfassendes Freihandelsabkommen, so streben wir dies an. Wir unterstützen aber auch sektorale Handelsabkommen, um einen schnellen Fortschritt zu ermöglichen, wie beispielsweise mit Indien. Auf Betreiben der FDP hat der Deutsche Bundestag das EU-Kanada Freihandelsabkommen im Dezember 2022 ratifiziert. Das Abkommen hat die Kosten für deutsche Exporte nach Kanada gesenkt und zu einem erheblichen Anstieg der Ausfuhren geführt. Zugleich sind europäische Umwelt- und Sozialstandards entgegen Befürchtungen für die Einfuhren kanadischer Produkte nicht gesenkt worden. Das Scheitern des EU-US-Abkommens hat hingegen gezeigt, dass etwa die deutsche Stahl- und Autowirtschaft ohne Schutzwirkung eines Freihandelsabkommens stark unter protektionistischer Politik leidet. Wir ziehen daraus einen klaren Schluss: Nur mit mehr regelbasierten Freihandelsabkommen, insbesondere mit wichtigen Partnern wie Brasilien, Argentinien und Indien, schützen wir unsere Arbeitsplätze und wirtschaftliche Stabilität.